

BAHAN AJAR PERTEMUAN 4

Periode 1500 - 1899

1740–1786: Friedrich Agung

Selama masa pemerintahan Friedrich II, seorang pencinta seni dan panglima perang, Prusia maju menjadi negara adidaya di Eropa. Pemerintahan Friedrich dianggap sebagai contoh bagi era "absolutisme yang telah mengalami pencerahan". →

Friedrich II dari Prusia atau **Frederick II** (24 Januari 1712 – 17 Agustus 1786) dari dinasti Hohenzollern memerintah Kerajaan Prusia antara 1740 sampai 1786. Atas prestasinya, ia dikenal juga dengan nama **Friedrich Agung** (*Friedrich der Große*) dan juga mendapat julukan *der alte Fritz* ("Fritz Tua").

Catatan dari teks asli:

Friedrich II., auch **Friedrich der Große**, **Friedrich der Einzige** oder der **Alte Fritz** genannt, (* 24. Januar 1712 im Berliner Stadtschloss; † 17. August 1786 in Potsdam) war seit 1740 König in Preußen und ab 1772 König von Preußen. Als Kurfürst und Markgraf von Brandenburg wird er als **Friedrich IV.** gezählt.

Im Rahmen der von ihm begonnenen Schlesischen Kriege zwischen 1740 und 1763 erreichte er für Preußen die Eroberung Schlesiens, und mit dem für Preußen siegreichen Ausgang des Siebenjährigen Krieges die europaweite Anerkennung als fünfte Großmacht in der „Pentarchie“ nach Österreich, Frankreich, Russland und Großbritannien.

Friedrich gilt als Repräsentant des aufgeklärten Absolutismus. So bezeichnete er sich selbst als „ersten Diener des Staates“.^[1]

Leben bis zum Herrschaftsantritt

Frühe Jahre (1712–1728)



Antoine Pesne: Friedrich (links) mit seiner Lieblingsschwester Wilhelmine

Friedrich, der älteste überlebende Sohn, war eines von insgesamt 14 Kindern von König Friedrich Wilhelm I. und dessen Gattin Sophie Dorothea von Hannover. Er erhielt eine strenge, autoritär und religiös geprägte Erziehung nach den Idealen Friedrich Wilhelms I. Der Erzieher Friedrichs, Charles Egide Duhan, setzte sich bis zu seiner Verhaftung darüber hinweg und unterrichtete den Kronprinzen auch in Latein, Französisch und Literatur.

Konflikt mit dem Vater (1728–1733)

1728 begann Friedrich heimlich mit dem Flötenunterricht bei Johann Joachim Quantz, wodurch sich die Konflikte zwischen dem tyrannischen, nur aufs Militärische und aufs Ökonomische fixierten Vater und dem Kronprinzen weiter zuspitzten. Brutale körperliche und seelische Züchtigungen durch Friedrich Wilhelm gehörten zu dieser Zeit zur Tagesordnung in der königlichen Familie. Gleichwohl heizte der junge Friedrich diese Konflikte durch sein betont aufsässiges Verhalten seinem Vater gegenüber immer wieder an.

Friedrich II. suchte 1729 eine enge Freundschaft zum musischen und gebildeten acht Jahre älteren Leutnant Hans Hermann von Katte. Katte wurde Freund und Vertrauter Friedrichs, der ihn wegen dessen Weltgewandtheit bewunderte. Beide interessierten sich zudem für das Flötenspiel und die Dichtkunst. Im Frühjahr 1730, während eines von August dem Starken in Zeithain ausgerichteten Lagers (Lustlager von

Deutsche Geschichte (JR 313)

Zeithain), offenbarte Friedrich II. seinem Freund den Plan, nach Frankreich zu fliehen, um sich der Erziehungsgewalt seines strengen Vaters König Friedrich Wilhelm I. zu entziehen.

Friedrich versuchte in der Nacht vom 4. auf den 5. August 1730 zusammen mit dem Pagen Keith erfolglos, aus seinem Reisequartier bei Steinsfurt über Frankreich nach England zu fliehen, während Katte durch einen kompromittierenden Brief als Mitwisser entlarvt und wenig später verhaftet wurde.

Zunächst war Katte von einem preußischen Kriegsgericht wegen Desertion zu lebenslanger Festungshaft verurteilt worden. Friedrichs Vater aber ließ dem Gericht mitteilen, es möge sich nochmals zusammensetzen und ein neues Urteil fällen, womit er die Richter unmissverständlich aufforderte, ein Todesurteil gegen Katte zu verhängen. Schließlich wandelte Friedrich Wilhelm selber den – nach wie vor auf lebenslange Festungshaft lautenden – Spruch am 1. November 1730 per Allerhöchster Kabinettsordre in ein Todesurteil^[2] um, welches am 6. November vor den Augen Friedrichs in Küstrin auch vollstreckt wurde. Der König, der Friedrich anfangs ebenfalls wegen Verrats hinrichten wollte, verschonte ihn schließlich, wohl auch aus außenpolitischen Erwägungen, nachdem sowohl Kaiser Karl VI. als auch Prinz Eugen sich schriftlich für den Kronprinzen verwandt hatten. Er wurde aber zur Festungshaft in Küstrin verurteilt.^[3]

Friedrich wiederum wurde zeitweilig sein prinzlicher Status aberkannt. Anfangs noch arretiert, diente er ab 1731 in der Küstriner Kriegs- und Domänenkammer, bis er im November wieder in die Armee aufgenommen wurde und fortan als Inhaber des Infanterieregiments Nr. 15 im damaligen Ruppin stationiert war. So lernte er Heeres- und Zivilverwaltung in eigener Anschauung kennen. Nachdem er 1732 einer Heirat mit der ungeliebten Elisabeth Christine von Braunschweig-Bevern – der Tochter Herzog Ferdinand Albrechts II. von Braunschweig – zugestimmt hatte, war der Konflikt mit dem Vater nach außen hin beigelegt und Friedrich als Kronprinz rehabilitiert.^[4]

Ruppiner Jahre (1733–1736)



Antoine Pesne: Friedrich als Kronprinz (um 1740)

Friedrich und Elisabeth Christine heirateten am 12. Juni 1733 im Schloss Salzdahlum. Es gab Ballett, eine Pastorale, in der der Kronprinz, der die Hauptrolle führte, Querflöte spielte und Opern von Carl Heinrich Graun und Georg Friedrich Händel.^[5]

Die Ehe blieb kinderlos, was von verschiedenen Forschern darauf zurückgeführt wird, dass Friedrich sich wie sein Bruder Heinrich sexuell stärker zu Männern hingezogen fühlte. Auch eine Geschlechtskrankheit, die er sich kurz vor der Eheschließung bei einem Besuch am Hofe Augusts des Starken zugezogen habe, wird als Ursache angegeben.^[6]

Rheinsberger Jahre (1736–1740)

Mit Erlaubnis seines Vaters zog der Kronprinz 1736 mit seiner Gemahlin nach Rheinsberg und residierte dort auf Schloss Rheinsberg. Die folgenden Jahre bis zum Tode seines Vaters 1740 verbrachte er dort mit eigener Hofhaltung. In der Zeit widmete er sich dem Studium der Philosophie, Geschichte und der Poesie. Während seiner Rheinsberger Jahre sah man das junge Ehepaar glücklich zusammen leben. Später stellte sich in der Öffentlichkeit sein Interesse gegenüber seiner Gattin jedoch als sehr minimal dar.

1738 komponierte Friedrich seine erste Sinfonie. Ein Jahr darauf, 1739 schrieb Friedrich, der bereits mit Voltaire korrespondierte, den „Antimachiavell“, einen Tugendkatalog des aufgeklärten Idealmonarchen. Weitere wichtige politische Schriften waren das „Politische Testament“ (1752) und „Regierungsformen und Herrscherpflichten“ (1777), in denen er sein Verständnis des aufgeklärten Absolutismus darlegte.

Friedrich II. als König

Anfänge 1740–1745

Erste Reformen (1740)

Am 31. Mai 1740 wird Friedrich II. nach dem Tod seines Vaters preußischer König. Als junger Monarch erregte er Aufsehen in Europa, weil er zumindest inoffiziell die Folter abschaffte (Befehl vom 3. Juni 1740 an den Justizminister Cocceji, zunächst noch mit dem Vorbehalt, dass Folter bei „großen Mordtaten, wo viele Menschen ums Leben gebracht“, noch angewendet werden könne). 1754 wurde die Folter dann ohne jeden Vorbehalt abgeschafft.

Die für Preußen in wirtschaftlicher Hinsicht nicht ganz uneigennützig Toleranz und Offenheit gegenüber Einwanderern und religiösen Minderheiten wie Hugenotten und Katholiken ist eine feste Größe seiner Amtszeit: „*Alle Religionen seindt gleich und guht, wan nuhr die Leute, so sie profesieren [(öffentlich) bekennen], erliche Leute seindt, und wen Türken und Heiden kähmen und wolten das Land pöbplieren [bevölkern], so wollen wier sie Mosqueen und Kirchen bauen*“ (aus einem Brief, 1740). Am 22. Juni 1740 schreibt er „*Jeder soll nach seiner Façon selig werden*“. In der diskriminierenden Behandlung der Juden knüpfte Friedrich II. jedoch nahtlos an die Politik seiner Vorgänger an (Revidiertes General-Privileg 1750).

Bei seinem Regierungsantritt gab er dem Professor Formey den Auftrag, in Berlin eine französische Zeitung für Politik und Literatur zu gründen. An den Minister Heinrich von Podewils erging der Befehl, die Zensur für den nichtpolitischen Teil der Zeitungen aufzuheben. Politische Äußerungen unterlagen freilich nach wie vor der Zensur. Preußen war damit die erste absolute Monarchie Europas, in der eine zumindest eingeschränkte Pressefreiheit eingeführt wurde. Außerdem war es im Preußen Friedrichs II. für alle Bürger möglich, sich brieflich oder sogar persönlich an den König zu wenden. Er versuchte, zu große Auswüchse des Feudalsystems zu unterbinden. Dabei war er insbesondere misstrauisch gegenüber seinen eigenen Beamten, denen er im Zweifelsfall einen ausgeprägten Standesdünkel zum Nachteil der ärmeren Schichten unterstellte.

Die ersten beiden Schlesischen Kriege (1740–1745)

Sechs Monate nach seiner Thronbesteigung im Jahre 1740 begann Friedrich den Ersten Schlesischen Krieg. Auslöser für den Angriff auf Schlesien war der Tod des habsburgischen österreichischen Erzherzogs und deutschen Kaisers Karl VI., der keine männlichen Erben hinterließ. Der so genannte Zweite Schlesische Krieg hatte zunächst nichts mit Schlesien zu tun. Das von vielen Seiten bedrängte Österreich war durch eine Allianz mit England und die Eroberung Bayerns soweit erstarrt, dass Friedrich II. auf der Seite der Gegner Österreichs erneut in den Krieg eingriff. Unter der Begründung, dem besetzten Bayern zur Hilfe zu kommen, marschierte er 1744 in Böhmen ein, womit er erneut vertragsbrüchig wurde. Dies festigte endgültig den Ruf Friedrichs als eines höchst unzuverlässigen Bündnispartners. Der Angriff auf Böhmen wurde zu einem militärischen Desaster, so dass sich Friedrich wieder nach Schlesien zurückziehen musste. Die österreichischen Truppen folgten Friedrich nach Schlesien, wo sie jedoch seinen gewagten „Alles-oder-Nichts“-Schlachtmanövern unterlagen. Damit erreichte der preußische König 1745 zumindest die erneute Garantie seiner schlesischen Eroberungen im Frieden von Dresden.

Siebenjähriger Krieg (1756–1763)

Ausgangssituation

Aufgrund der Umkehrung der Allianzen ließ Friedrich II. Ende August 1756 seine Truppen in das Kurfürstentum Sachsen präventiv einmarschieren und löste dadurch den Siebenjährigen Krieg aus. Damit kam er einem koordinierten Angriff einer Allianz praktisch aller direkten Nachbarn Preußens einschließlich der Großmächte Österreich, Frankreich und Russland um wenige Monate zuvor. Seines strategischen Geschicks wegen bürgerte sich für ihn endgültig der Beiname „der Große“ ein.^[1]

Das Jahr 1757

So siegte er als Feldherr in den Schlachten Lobositz 1756; Prag 1757; Roßbach 1757, Leuthen 1757; Zorndorf 1758; Liegnitz 1760; Torgau 1760; Burkersdorf 1762. Er unterlag dreimal (Kolin 1757, Hochkirch 1758, Kunersdorf 1759). Im Belagerungskrieg war er weit weniger erfolgreich. Einer siegreichen Belagerung (Schweidnitz 1762) standen drei Fehlschläge gegenüber (Prag 1757; Olmütz 1758; Dresden 1760). Zwar verlor Friedrich durch die Niederlage von Kolin den Nimbus der Unbesiegbarkeit, galt aber bei seinen Gegnern weiterhin als sehr schnell, unberechenbar und kaum zu bezwingen.

Deutsche Geschichte (JR 313)

Die Niederlage von Kolin zerstörte Friedrichs Hoffnung auf einen kurzen, unkomplizierten Feldzug. Von nun an stellte er sich auf einen langen Waffengang ein. Seine Seelenlage verschlechterte sich zunehmend, zumal als er erfuhr, dass zehn Tage nach der Schlacht seine geliebte Mutter Sophie Dorothea in Berlin gestorben war. Eine Briefnotiz an den Herzog von Bevern vom 26. August 1757 belegt seine hoffnungslose Stimmung eindrücklich:

„Das sind schwere Zeiten, weiss Gott! und solche beklummene Umstände, dass man ein grausam Gelücke gebraucht, um sich aus allem diesen durchzuwickeln.“^{181c}

Am Rand der Niederlage (1758–1760)

Nach dem katastrophalen Ausgang in der Schlacht bei Kunersdorf im August 1759 war Friedrich II. einige Zeit nicht mehr in der Lage, die Armee zu befehligen. Am Abend der Schlacht übertrug er den Oberbefehl auf seinen Bruder Prinz Heinrich und schrieb an den Staatsminister Graf von Finckenstein in Berlin:

„Ich habe heute morgen um 11 Uhr den Feind angegriffen. Wir haben sie bis zum Judenkirchhof bei Frankfurt zurückgedrängt. Alle meine Truppen haben Wunder an Tapferkeit vollbracht, aber dieser Kirchhof hat uns ungeheure Verluste gekostet. Unsere Leute gerieten durcheinander, ich habe sie dreimal wieder rangiert, am Ende war ich selber drauf und dran, gefangen zu werden, und musste das Schlachtfeld räumen. Meine Kleidung ist von Kugeln durchlöchert. zwei Pferde wurden mir unter dem Leib erschossen, mein Unglück ist, dass ich noch am Leben bin. Unsere Niederlage ist enorm. Von einer Armee von 48.000 Mann habe ich keine dreitausend mehr. Indem ich dies schreibe, flieht alles, und ich bin nicht mehr Herr meiner Leute. Man wird gut daran tun in Berlin, an seine Sicherheit zu denken. Das ist ein grausamer Rückschlag, ich werde ihn nicht überleben; die Folgen dieses Treffens werden schlimmer sein als das Treffen selbst. Ich habe keine Reserve mehr, und, um nicht zu lügen, ich glaube, dass alles verloren ist. Ich werde den Untergang meines Vaterlandes nicht überleben. Adieu für immer! Friedrich“

– *Politische Correspondenz*, Bd. 18, S. 481; dt.

Nach Kunersdorf stand die totale Niederlage für Preußen kurz bevor. Friedrich selber war tief getroffen: „Es steht zu vermuten“, schreibt Wolfgang Venohr, „dass Friedrich in den ersten schrecklichen Tagen nach Kunersdorf mit Todesgedanken spielte.“¹⁹¹ Doch es kommt zu einer unerwarteten Wendung: Anstatt auf Berlin zu marschieren, zögern Österreicher und Russen volle zwei Wochen, bis sie, am 1. September, ostwärts abrücken. Friedrich ist vorläufig gerettet und spricht erleichtert vom „Mirakel des Hauses Brandenburg“. An Prinz Heinrich schreibt er am 5. September aus dem Lager Waldow an der Oder:

„Ich habe Ihr Schreiben vom 25. erhalten und ich verkünde Ihnen das Wunder des Hauses Brandenburg: Während der Feind die Oder überquerte und nur eine [zweite] Schlacht zu wagen brauchte, um den Krieg zu beenden, ist er von Müllrose nach Lieberose abmarschiert.“

Rétablissement und späte Erwerbungen (1763–1779)

Wiederaufbau im Inneren

Preußen hatte sich unter Friedrich II. im Siebenjährigen Krieg gegen den Widerstand von schließlich drei europäischen Großmächten (Frankreich, Österreich, Russland) und den Mittelmächten Schweden und Kursachsen behauptet. Allerdings war Friedrich II. durch die Strapazen und persönlichen Verluste der Feldzüge bis 1763 früh gealtert. Die intellektuelle Weltoffenheit des jungen Königs aus seinen ersten Regierungsjahren wich der Verbitterung und einem ausgeprägten Zynismus. Trotzdem hatte er 1763 Preußen eine sichere existenzielle Basis im politischen Konzert der damaligen Mächte verschafft und neben Russland, Österreich, Frankreich und England als fünfte europäische Großmacht etabliert. 1769 war er beschäftigt mit seinem Neffen und seiner Cousine: nämlich mit der Ehescheidung zwischen Elisabeth Christine Ulrike von Braunschweig-Wolfenbüttel und dem Thronfolger Friedrich Wilhelm II. Sehr verdient machte er sich um die Entwicklung des Rechts, insbesondere des Allgemeinen Landrechts. Weitere, seine Regierungszeit kennzeichnende, innenpolitische Taten nach 1763 waren in der Landwirtschaft die Einführung der Kartoffel als Nahrungsmittel. So ordnete er allen preußischen Beamten am 24. März 1756 im so genannten Kartoffelbefehl an, sämtlichen Untertanen den Kartoffelanbau „begreiflich“ zu machen. Nach 1763 kümmerte er sich verstärkt um den Landesausbau, besonders in der Mark Brandenburg durch die Trockenlegung unter anderen des Drömlings ab 1770 und des Oderbruches bis 1762.

Deutsche Geschichte (JR 313)

Die von ihm gewünschte und angeregte allgemeine Abschaffung oder Milderung der Leibeigenschaft scheiterte am massiven Widerstand des preußischen Landadels, wurde aber auf den königlichen Krondomänen schrittweise durchgesetzt. In den neu erschlossenen Gebieten wurden Dörfer errichtet und freie Bauern angesiedelt. Es war bei anstehender Verlängerung eines Pachtvertrags für staatlichen Grund üblich, dass Angestellte, Mägde, Knechte über ihre Behandlung befragt wurden und bei Missständen der Pächter, auch bei erfolgreichem Wirtschaften, ausgetauscht wurde.

Während der Regentschaft Friedrich II. wurden ebenfalls Hunderte von Schulen gebaut. Das Landschulsystem krankte allerdings an der unregelmäßigen Lehrerausbildung. Häufig wurden ehemalige Unteroffiziere herangezogen, die des Lesens, Schreibens und Rechnens selbst oft nur lückenhaft mächtig waren.

Außenpolitik

Im Zuge der Ersten Teilung Polens im Jahre 1772 kam es zur Annektierung polnischer Gebiete durch Russland, Preußen und Österreich. Preußen bekam das so genannte Polnisch-Preußen oder Westpreußen. Seitdem nannte sich der Monarch Friedrich II., König *von* Preußen und nicht mehr, wie seine beiden Vorgänger, König *in* Preußen. Die Initiative dazu ging vom Diplomaten Graf Lynar aus und stand vor dem Hintergrund kriegerischer Unruhen in Polen und des sich daraus ergebenden russisch-türkischen Krieges. In einem Brief an seinen Gesandten von Solms in Sankt Petersburg schrieb Friedrich II. 1769 von einer „seltsamen Idee“ und einem „interessanten“ und „verführerischen“ Plan Lynars, sich für die Schwierigkeiten in Polen und die Hilfe in Russlands Krieg gegen die Türken an einigen Landesteilen Polens schadlos zu halten.

Im Bayerischen Erbfolgekrieg (1778/1779), auch als „Kartoffelkrieg“ bekannt, vereitelte Friedrich II. die Bestrebungen des Habsburgers und Kaisers Joseph II., Belgien gegen große Teile Bayerns zu tauschen. Ohne das Eingreifen Preußens wäre Bayern damals mit einiger Wahrscheinlichkeit ein Teil Österreichs geworden. Das österreichische Festhalten am bayerisch-belgischen Tauschprojekt beantwortete Preußen mit der Gründung des protestantisch dominierten Fürstenbundes im Jahre 1785.

Tod



Grabplatte auf der Terrasse von Schloss Sanssouci in Potsdam (von Bewunderern mit Kartoffeln belegt). Friedrich starb am 17. August 1786 im Schloss Sanssouci in seinem Sessel. Obwohl er in einer Gruft auf der Terrasse von Schloss Sanssouci neben seinen Hunden beerdigt werden wollte, ließ ihn sein Neffe und Nachfolger Friedrich Wilhelm II. in der Potsdamer Garnisonkirche in einer hinter dem Altar befindlichen Gruft an der Seite seines Vaters, Friedrich Wilhelm I., beisetzen. 1944 wurde der Sarg in die Elisabethkirche nach Marburg verbracht und kam 1952 – auf Initiative von Louis Ferdinand von Preußen – in die Kapelle der Burg Hohenzollern. Erst nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten 1990, am 17. August 1991, wurde der letzte Wille des großen Königs erfüllt und der Sarg Friedrichs II. wieder nach Potsdam überführt, um dort in der bereits zu Lebzeiten Friedrichs vollendeten Gruft beerdigt zu werden. Somit wurde Friedrichs altes Bonmot, in Französisch, „Quand je suis là, je suis sans souci“ („Wenn ich da bin, bin ich ohne Sorgen“) endlich zur Wahrheit.

Dennoch wurde der testamentarische Wunsch des Königs bei der Überführung seines Leichnams nach Sanssouci erneut missachtet. Der König verlangte, nachts, nur in kleinstem Gefolge und beim Schein einer Laterne beigesetzt zu werden. Das entsprach seinem philosophischen Anspruch. Stattdessen gestaltete sich die Beisetzung auf dem Weinberg von Sanssouci zu einer Art Staatsbegräbnis.

Persönlichkeit Friedrichs II.

Friedrich korrespondierte mit Voltaire, den er mehrmals traf. Im Jahre 1740 war Voltaire 14 Tage auf Schloss Rheinsberg zu Gast. Ab 1751 verweilte er für etwa zwei Jahre in Potsdam. Allerdings kam es bald, im Jahr 1753, zum Zerwürfnis, das für dauerhafte Verstimmungen sorgte.

Deutsche Geschichte (JR 313)

Friedrich schrieb zahlreiche Werke in französischer Sprache. Europaweit berühmt wurde sein „Antimachiavell“ (1740), in dem er staatspolitische Grundsätze des Machiavelli einer kritischen, dem Geist der Aufklärung verpflichteten Analyse unterzog.

Er war an Kunst in jeder Form interessiert, skizzierte beispielsweise selbst sein Potsdamer Schloss Sanssouci und ließ es von Knobelsdorff ausführen. Er legte eine bedeutende Bildersammlung an, spielte sehr gut Querflöte, und komponierte, unterstützt von seinem Flötenlehrer Johann Joachim Quantz, auf gehobenem Niveau. Auch Franz Benda und Johann Gottlieb Graun spielten im Musikleben in Rheinsberg und Berlin eine wichtige Rolle. Sein Kunstgeschmack war sehr gefestigt, aber eher statisch, so dass er europäische Entwicklungen in vielen Bereichen kaum beachtete. Weithin bekannt ist sein – von Friedrichs Hofmusiker Carl Philipp Emanuel Bach arrangiertes – Treffen mit Johann Sebastian Bach 1747 in Sanssouci. Im Zuge dieser Begegnung schrieb Bach sein berühmtes „Musikalisches Opfer“ über das von Friedrich vorgegebene „Königliche Thema“. Ferner hatte Friedrich II. eine große Vorliebe für die Flötensonaten von Muzio Clementi (1752–1832).



Der „Alte Fritz“: Friedrich II. im Alter von 68 Jahren

Gemälde von Anton Graff, 1781

Ein aus der Sicht des deutschen Bildungsbürgertums großes Ärgernis war seine Schrift *De la Littérature Allemande (Über die deutsche Literatur, 1780)*, in der er durchaus kenntnisreich, aber aus einer an der Hofkultur und am europäischen Zentrum Paris orientierten Sicht den Aufschwung der deutschsprachigen Literatur verurteilte, die im 19./20. Jahrhundert einen deutschen Nationalstolz begründete. Als einer von wenigen traute sich Erich Kästner mit seiner Dissertation 1925, sich mit der franzosenfreundlichen Schrift auseinander zu setzen.

Der Monarch schonte sich wenig, so dass insbesondere die zahlreichen Kriegszüge, an denen er persönlich teilnahm – was bei Regenten der damaligen Zeit durchaus nicht selbstverständlich war –, sehr an ihm zehrten. Doch nicht zuletzt trug diese eiserne Konsequenz des „roi charmant“ aus Sanssouci in den schweren Zeiten des Siebenjährigen Krieges, die zudem vom Tod enger Freunde, wie des Generals von Winterfeldt, seiner geliebten Schwester Wilhelmine von Bayreuth oder des Marschalls Keith überschattet wurden, zu seinem bis heute nicht verblassten Ruhm bei.

Einige der wenigen Frauen, die seinem hohen Anspruchsniveau entsprachen und denen er deshalb seinen Respekt zollte, waren die so genannte „große Landgräfin“ Henriette Karoline von Pfalz-Zweibrücken und Katharina die Große, der er mehrere Gedichte widmete und mit der er in einem regen Briefverkehr stand. Er erwartete von Frauen den gleichen schöngestigen Esprit, für den seine Tafelrunden gerühmt wurden.

Rezeption



Reiterstandbild Friedrichs des Großen auf der Straße Unter den Linden, Berlin

Deutsche Geschichte (JR 313)

Die meisten heute bekannten Gemälde und Bildnisse sind keine zeitgenössischen Darstellungen. Friedrich der Große stand während seiner Regierungszeit nachweislich nur im Jahre 1763 und auch nur einmal einem Künstler Modell als Verfügung. Es handelt sich um ein Gemälde von Johann Georg Ziesenis^[10]. Alle anderen Bildnisse sind anhand von - heute wohl nicht mehr auffindbaren - Vorlagen und Skizzen entstanden.

Nach Friedrichs Tod wurden ihm zahlreiche Denkmäler errichtet. So wurde seine Büste in der Walhalla aufgestellt und von Joseph Uphues ein Standbild in der Denkmalgruppe 28 der Siegesallee errichtet, das Kaiser Wilhelm II. besonders am Herzen lag. Das bedeutendste Denkmal ist das Reiterstandbild Friedrichs des Großen, zu sehen Unter den Linden in Berlin. Diese Statue wurde im Krieg gerettet und noch zu Zeiten der DDR wieder aufgestellt. Dies geschah im Jahre 1980, als eine Änderung über die historische Rolle des Königs stattfand. Jedoch war und ist die Aufgeklärtheit Friedrichs nicht unumstritten. Friedrich gehörte der Freimaurerei an, einer humanistischen Bewegung seiner Zeit. Ein Gedenkstein für Friedrich befindet sich am ehemaligen „Knüppelweg“ in Lieberose. Dieser alte und fast vergessene Denkstein steht an dem Ort, an dem Friedrich seinen erfolgreichen Schlesienfeldzug begann.

Im 19. und 20. Jahrhundert war der politische Mythos rund um Friedrich den Großen einem stetigen Wandel unterworfen. Galt der „Alte Fritz“ bis 1870 noch als Begründer des deutschen Dualismus, so nutzten ihn spätere Generationen für ihre propagandistischen Zwecke aus. Viele Politiker und Aristokraten des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts versuchten ihm nachzueifern und stilisierten ihn zum Wegbereiter des protestantischen Deutschland. Ein Beispiel für solcherlei Verklärung sind die Fridericus-Rex-Filme der 1920er Jahre. Friedrich war einer der ersten Prominenten, deren Biographie für das zu jener Zeit gerade im Kommen begriffene Medium Kino aufbereitet wurde.

Ihren Höhepunkt erreichte die Glorifizierung Friedrichs im Dritten Reich unter der Federführung des Propagandaministers Joseph Goebbels. Das Regime bezeichnete ihn nicht nur als „ersten Nationalsozialisten“ – Friedrich und dessen Gefolgsleute wurden auch zum Inbegriff deutscher Disziplin, Standhaftigkeit und Vaterlandstreue hochstilisiert. So rechtfertigten die Nationalsozialisten in den letzten Kriegsmonaten beispielsweise die Einberufung der Hitlerjungen zum Volkssturm mit der Begründung, Friedrich habe auch 15-jährige Adelsöhne zu Leutnants erhoben. So wurde die Legende des charismatischen Preußenkönigs jahrhundertlang von politischen Machthabern missbraucht; ob er als „undeutsch“ oder „deutschnational“ bezeichnet wurde, unterlag dabei dem jeweiligen Zeitgeist.

Werke

- Liste der literarischen Werke Friedrichs des Großen

Literatur

Bibliographien

- Bibliographie Friedrich der Grosse: 1786–1986. Das Schrifttum des deutschen Sprachraums und der Übersetzungen aus Fremdsprachen. Bearbeitet von Herzeleide (Henning) und Eckart Henning. Berlin, New York: Walter de Gruyter 1988. – XIX, 511 S. ISBN 3-11-009921-7
- (Reinhard) B(reymayer): Philosophe de Sans-Souci, Bibliographische Nachweise. In: Friedrich Christoph Oetinger: Die Lehrtafel der Prinzessin Antonia. Hrsg. von Reinhard Breymayer und Friedrich Häußermann, Teil 2. Anmerkungen. Berlin, New York 1977 (Texte zur Geschichte des Pietismus, Abt. VII, Bd. 1, Teil 2), S. 258–266 [75 Titel vor allem zum dichterischen Werk Friedrichs des Großen]; vgl. weitere Nachweise S. 267–312. ISBN 3-11-004130-8.

Monographien

Biographien

Wissenschaftliche Arbeiten

- Friedrich Benninghoven, Helmut Börsch-Supan, Iselin Gundermann: Friedrich der Große. Ausstellung des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz anlässlich des 200. Todestages König Friedrichs II. von Preußen, Berlin: Nicolai 1986.
- Jean-Paul Bled: Frédéric le Grand, Fayard, Paris 2004.
 - Friedrich der Große, Artemis & Winkler, Düsseldorf 2006, ISBN 3-538-07218-3.
- Wilhelm Bringmann: Friedrich der Große. Ein Porträt. Herbert Utz Verlag, München 2006, ISBN 3-8316-0630-7.
- Pierre Gaxotte: Frédéric II, Fayard, Paris 1941.

Deutsche Geschichte (JR 313)

- *Friedrich der Große*, Erlenbach-Zürich: Rentsch 1940, erweiterte Fassung Frankfurt/Main: Propyläen ⁴1974.
- Peter-Michael Hahn: *Friedrich der Große und die deutsche Nation. Geschichte als politisches Argument*, Kohlhammer, Stuttgart 2007.
- Oswald Hauser (Hrsg.): *Friedrich der Große in seiner Zeit*, Böhlau, Köln 1987, ISBN 3-412-08186-8.
- Gerd Heinrich: *Friedrich II. von Preußen. Leistung und Leben eines großen Königs*, Duncker & Humblot, Berlin 2009, ISBN 978-3-428-12978-2.
- Georg Holmsten: *Friedrich II. Mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten*, Rowohlt, Reinbek 1969, Neuausgabe 2001.
- Onno Klopp: *König Friedrich von Preußen und die deutsche Nation*, Hurter, Schaffhausen 1860 (2. Auflage 1867).
- Franz Theodor Kugler: *Geschichte Friedrichs des Großen* (mit Illustrationen von Adolph Menzel), Leipzig 1840, Nachdruck: Seemann, Leipzig 2008, ISBN 978-3-86502-176-2.
- Reinhold Koser: *Geschichte Friedrichs des Großen*, 4 Bde., Cotta, Berlin 1914–1925, Nachdruck: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1963.
- ders.: *Friedrich der Große als Kronprinz*, Cotta, Stuttgart 1886.
- Johannes Kunisch: *Friedrich der Große. Der König und seine Zeit*, C.H. Beck, München 2004, ISBN 3-406-52209-2.
- Johannes Kunisch: *Friedrich der Große in seiner Zeit. Essays*, C.H. Beck, München 2008.
- Carl Lindberg: *Friedrich der Große. Der König als Diener seines Staates*, Wiener Verlag, Wien 1976.
- Ingrid Mittenzwei: *Friedrich II. von Preußen*, Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1980, ISBN 3-326-004001.
- Leopold von Ranke: *Friedrich der Große*, Duncker & Humblot, Leipzig 1878.
- Theodor Schieder: *Friedrich der Große. Ein Königtum der Widersprüche*, Propyläen, Berlin 2002, ISBN 3-549-07157-4.

Populärwissenschaftliche Arbeiten

- Karl Otmar Freiherr von Aretin u. a.: *Friedrich der Große. Herrscher zwischen Tradition und Fortschritt*, Orbis-Verlag, München 1991, ISBN 3-572-00507-8.
- Rudolf Augstein: *Preußens Friedrich und die Deutschen*, Fischer, Frankfurt/Main 1968, Neuausgabe 1981.
- Thomas Carlyle: *History of Friedrich II. of Prussia, called Frederick the Great*, 8 Bde., Chapman & Hall, London 1858, sowie 13 Bde., Tauchnitz, Leipzig 1858–65.
 - *Geschichte Friedrichs II. von Preußen, genannt der Große* (übers. v. Friedrich Althaus), Fischer, Berlin 1954.
- Hans Dollinger (Hrsg.): *Friedrich II. von Preußen. Sein Bild im Wandel von 2 Jahrhunderten*, List, München 1986.
- Walter Elze: *Friedrich der Große. Geistige Welt, Schicksal, Taten*, Mittler, Berlin 1936.
- Siegfried Fischer-Fabian: *Preußens Gloria. Der Aufstieg eines Staates*. Kaiser, Klagenfurt 1991, ISBN 3-7043-4043-X.
- George P. Gooch: *Frederick the Great. The ruler, the writer, the man*, New York/ London 1947.
 - *Friedrich der Große. Preußens legendärer König*. Hugendubel, Kreuzlingen 2006, ISBN 3-7205-2859-6 (Nachdruck der Ausgabe Göttingen 1951).
- Christian Graf von Krockow: *Friedrich der Große. Ein Lebensbild*, Bastei Lübbe, Bergisch Gladbach 2000, ISBN 3-404-61460-7.
- ders./Karl-Heinz Jürgens: *Friedrich der Große. Lebensbilder*, Lübbe, Bergisch-Gladbach 1986, ISBN 3-78570414-3.
- Thomas Mann: *Friedrich und die Große Koalition*, Fischer, Berlin 1915.
- Nancy Mitford: *Frederick the Great*, Hamilton, London 1970.
- Herman von Petersdorff: *Friedrich der Große. Ein Bild seines Lebens*, Paetel, 3. Auflage, Berlin 1911.

Deutsche Geschichte (JR 313)

- Gerhard Ritter: *Friedrich der Große. Ein historisches Profil*, Quelle & Meyer Leipzig 1936 (2. Auflage 1942).
- Edith Simon: *The making of Frederik the Great*, Cassell, London 1963.
 - *Friedrich der Große. Das Werden eines Königs*, Wunderlich, Tübingen 1963.
- Veit Valentin: *Friedrich der Große*, Reiß, Berlin 1027.
- Wolfgang Venohr: *Der große König. Friedrich II. im siebenjährigen Krieg*, Lübbe, Bergisch Gladbach 1995, ISBN 3-7857-0681-2.
- Wolfgang Venohr: *Fridericus Rex. Friedrich der Große – Porträt einer Doppelnatur*, Lübbe, Bergisch Gladbach 2000, ISBN 3-7857-2026-2.

Studien zu Einzelaspekten

Familie

- Reinhold Brode: *Friedrich der Große und der Conflict mit seinem Vater. Zur inneren Geschichte der Monarchie Friedrich Wilhelms des Ersten*; Hirzel, Leipzig 1904.
- Christian Graf von Krockow, *Die preußischen Brüder. Prinz Heinrich und Friedrich der Große*, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1996.
- Ernest Lavisse: *La Jeunesse du Grand Frédéric*, Hachette, Paris 1891.
 - *Die Jugend Friedrichs des Großen*, Hobbing, Berlin 1919.
- Charlotte Pangels: *Friedrich der Große. Bruder, Freund und König*, Callwey, München 1979.
- Johann David Erdmann Preuß: *Friedrich der Große mit seinen Verwandten und Freunden. Eine historische Skizze*, Duncker & Humblot, Berlin 1838.
- Ulrich von Schwerin: *Friedrich der Große und Frau von Wreech. Eine historische Studie mit familiengeschichtlichem Einschlag*, Schlieffen-Verlag, Berlin 1929.
- Carl Eduard Vehse: *Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große als Kronprinz. Eine intime Geschichte des Berliner Hofes in den Jahren 1713 bis 1740*, Müller, München o.J. (~1914).

Kultur

- Wilhelm Dilthey: *Friedrich der Große und die deutsche Aufklärung*, in: *Studien zur Geschichte des deutschen Geistes* (= *Gesammelte Schriften*, Bd. 3), Leipzig: Teubner 1927, Nachdruck Vandenhoeck & Ruprecht, 3. Auflage, Göttingen 1962, 6. Auflage, 1992, S. 81–205.
- James R. Gaines: *Evening in the Palace of Reason. Bach meets Frederick the Great in the age of enlightenment*. Harper Perennial Books, London 2005, ISBN 0-00-715658-8.
- Erich Kästner: *Friedrich der Große und die deutsche Literatur. Die Er widerungen auf seine Schrift «De la littérature allemande»*, Kohlhammer, Stuttgart 1972 (= *Studien zur Poetik und Geschichte der Literatur*, Bd. 21); zugl. Diss., Universität Leipzig 1925, u.d.T.: *Die Er widerungen auf Friedrichs des Großen Schrift «De la Littérature Allemande»*. Ein Beitrag zur Charakteristik der deutschen Geistigkeit um 1780, ISBN 3-17-087238-9.
- Werner Langer: *Friedrich der Große und die geistige Welt Frankreichs*, Hamburg: Seminar für romanische Sprachen und Kultur 1932.
- Gertrud Jagdhuhn: *Die Dichtungen Friedrichs des Großen*. In: *Romanische Forschungen. Organ für romanische Sprachen und Literaturen* 60 (1036), S. 137–240.
- Johann David Erdmann Preuß: *Friedrich der Große als Schriftsteller. Vorarbeit zu einer echten und vollständigen Ausgabe seiner Werke*, Veit, Berlin 1837.
- Eduard Spranger: *Der Philosoph von Sanssouci*, Quelle & Meyer, 2. Auflage, Heidelberg 1962.
- Brunhilde Wehinger (Hrsg.): *Geist und Macht. Friedrich der Große im Kontext der europäischen Kulturgeschichte*, Akademie Verlag, Berlin 2005.
- Eduard Zeller: *Friedrich der Große als Philosoph*, Weidmann, Berlin 1886.

Politik und Militär

- Friedrich von Bernhardi: *Delbrück, Friedrich der Große und Clausewitz. Streiflichter auf die Lehren des Professor Dr. Delbrück über Strategie*, Leist, Berlin 1892.
- Theodor von Bernhardi: *Friedrich der Große als Feldherr*, 2 Bde., Mittler, Berlin 1881.
- Christopher Duffy: *Frederick the Great. A military life*, Routledge & Paul, London 1985.
 - *Friedrich der Große. Ein Soldatenleben*, Zürich: Benziger 1986. Neuausgabe Düsseldorf 2001. ISBN 978-3491960268.
- Christopher Duffy, *The army of Frederick the Great*, David & Charles, Newton Abbot, 1974.

Deutsche Geschichte (JR 313)

- Walther Hubatsch: *Friedrich der Große und die preußische Verwaltung*, Grote, Berlin 1973.
- Johannes Kunisch: *Das Mirakel des Hauses Brandenburg. Studien zum Verhältnis von Kabinettspolitik und Kriegführung im Zeitalter des Siebenjährigen Krieges*, Oldenbourg, München 1978.
- Johannes Kunisch: *Friedrich der Große und die preußische Königskrönung von 1701*, Schöningh, Paderborn 2002.
- Dieter Wunderlich: *Vernetzte Karrieren. Friedrich der Große, Maria Theresia und Katharina die Große*. Pustet, Regensburg 2000, ISBN 3-7917-1720-0.

1803: Sekularisasi

Pengambilalihan wilayah milik lembaga keagamaan dan peniadaan status Kota Bebas melalui keputusan Reichsdeputationshauptschluss mengawali akhir dari "Kerajaan Romawi Suci Bernasion Jerman". →

1848/49: Revolusi Maret

"Revolusi Jerman" berawal di kerajaan Baden di sebelah barat daya dan cepat menyebar ke negara-negara lain anggota **Serikat Jerman**. Hasilnya ialah Majelis Nasional Jerman pertama yang bersidang di Paulskirche di Frankfurt am Main. →

Revolusi negara-negara Jerman 1848^[1] atau dikenal dalam teks sejarah nasional Jerman sebagai **Revolusi Maret** (*Märzrevolution*) merupakan istilah yang dipakai untuk menggambarkan rangkaian demonstrasi dan kerusuhan di beberapa negara bagian anggota Konfederasi Jerman (*Deutscher Bund*) yang berlangsung mulai Maret 1848 sampai dengan akhir musim panas 1849. Pengaruh revolusi ini menggema pula hingga ke negara-negara tetangga seperti Hungaria, Italia utara, dan bagian Polandia (Poznan). Peristiwa ini menandai dimulainya proses perlahan-lahan menuju terbentuknya negara Jerman dan Austria modern.

Revolusi Maret merupakan imbas langsung dari gelombang revolusi di Italia pada bulan Januari 1848 menentang kekuasaan dinasti Habsburg dari Austria dan dinasti Bourbon dari Spanyol. Pada bulan Februari 1848 bangkit pula revolusi di Prancis yang berakibat turunnya raja Louis Philippe dari Prancis. Semua revolusi ini mengusung tema sama, yaitu restorasi politik. Situasi *status quo* politik seusai Perang Napoleon berakibat pada represi oleh kaum monarkis dan borjuis terhadap kaum pekerja (buruh), petani, dan liberal.

Demonstrasi dan kerusuhan pertama-tama terjadi di wilayah Keadipatian Agung (*Grossherzogtum*) Baden yang berbatasan dengan Prancis. Dalam beberapa minggu kemudian meluas ke negara-negara anggota Konfederasi lainnya. Mereka menuntut dijalkannya pemerintahan liberal dari Berlin sampai Wina dan pelaksanaan pemilihan umum bagi parlemen nasional. Pemicu revolusi ini juga adalah sensor oleh pemerintah yang sangat ketat serta penerapan pajak yang tinggi di beberapa wilayah (misalnya di Pfalz oleh pemerintah Kerajaan Bayern) sehingga warga merasa terbebani.

Pada awalnya revolusi ini mendapat tanggapan positif dengan dikendurkannya sensor dan pembebasan pajak terhadap petani. Sejak musim gugur 1848 usaha-usaha untuk mendorong pembentukan konstitusi bagi cita-cita Reich Jerman mulai melemah, bahkan akhirnya cita-cita pembentukan negara Jerman bersatu (termasuk Austria) digagalkan oleh tentara Prusia dan Austria secara militer. Walaupun gagal secara keseluruhan, revolusi ini berhasil mengumpulkan dan mengkristalisasi sendi-sendi dasar bagi terbentuknya negara Jerman kelak.

Catatan dari teks asli:

Deutsche Revolution 1848/49



Jubelnde Revolutionäre nach Barrikadenkämpfen am 18. März 1848 in Berlin

Als **Deutsche Revolution von 1848/49** – bezogen auf die erste Revolutionsphase des Jahres 1848 auch **Märzrevolution** – wird das revolutionäre Geschehen bezeichnet, das sich zwischen März 1848 und Spätsommer 1849 im Deutschen Bund ereignete. Von den Erhebungen betroffen waren auch Provinzen und Länder außerhalb des Bundes, die unter der Herrschaft dessen mächtigster Staaten Österreich und Preußen standen, so etwa Ungarn, Oberitalien oder Posen.

Die damit verbundenen Ereignisse waren Teil der bürgerlich-demokratischen und nationalen Einheits- und Unabhängigkeitserhebungen gegen die Restaurationsbestrebungen der in der Heiligen Allianz verbündeten Herrscherhäuser in weiten Teilen Mitteleuropas (vgl. Revolutionen von 1848/49). Bereits im Januar 1848 hatten sich italienische Revolutionäre gegen die Herrschaft der österreichischen Habsburger im Norden der Apenninen-Halbinsel und der spanischen Bourbonen im Süden erhoben. Nach Beginn der französischen Februarrevolution wurden auch die deutschen Länder Teil dieser Erhebungen gegen die herrschenden Mächte der Restauration.

In den deutschen Fürstentümern nahm die Revolution ihren Anfang im Großherzogtum Baden und griff innerhalb weniger Wochen auf die übrigen Staaten des Bundes über. Sie erzwang von Berlin bis Wien die Berufung liberaler Regierungen in den Einzelstaaten (die so genannten Märzkabinette) und die Durchführung von Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung, die in der Paulskirche in der damals Freien Stadt Frankfurt am Main zusammentrat. Nach den mit den Märzerrungenschaften relativ rasch erkämpften Erfolgen, wie zum Beispiel Aufhebung der Pressezensur oder Bauernbefreiung, geriet die revolutionäre Bewegung ab Mitte 1848 zunehmend in die Defensive. Auch die vor allem im Herbst 1848 und bei der Reichsverfassungskampagne im Mai 1849 neu aufflammenden Höhepunkte der Erhebungen, die regional teilweise bürgerkriegsähnliche Ausmaße annahmen, konnten das letztliche Scheitern der Revolution in Bezug auf ihre wesentliche Kernforderung nicht mehr aufhalten. Bis Juli 1849 wurde der erste Versuch, einen demokratisch verfassten, einheitlichen deutschen Nationalstaat zu schaffen, von überwiegend preußischen und österreichischen Truppen gewaltsam niedergeschlagen.

Interessengruppen, historische Einordnung und Bedeutung für Mitteleuropa



politische Landkarte des Deutschen Bundes (1815 bis 1866) mit bis zu 41 Staaten

Die Revolutionäre in den deutschen Staaten strebten politische Freiheiten im Sinne demokratischer Reformen und die nationale Einigung der Fürstentümer des Deutschen Bundes an. Sie vertraten vor allem die Ideen des Liberalismus. Dieser spaltete sich jedoch im weiteren Revolutionsverlauf und danach zunehmend in verschiedene Richtungen auf, die in wesentlichen Themenbereichen unterschiedliche Prioritäten setzten und teilweise gegeneinander opponierten (u.a. in der Haltung zum Stellenwert der Nation, der sozialen Frage, der ökonomischen Entfaltung, der Bürgerrechte, als auch zur Revolution selbst).

Stark an den revolutionären Aktivitäten und Aufständen vor Ort beteiligt waren auch Kreise mit radikaldemokratischen, sozialrevolutionären, frühsozialistischen bis hin zu anarchistischen Zielvorstellungen. Diese wirkten vorwiegend außerparlamentarisch, in den Parlamenten waren sie unterrepräsentiert oder gar nicht vertreten. In den bestimmenden Gremien der Revolution konnten sie sich daher nicht durchsetzen.

Außerhalb des Deutschen Bundes strebten Länder und Regionen, die dem Habsburgerreich Österreich angegliedert waren, die Unabhängigkeit von dessen Vorherrschaft an. Dazu gehörten Ungarn, die polnischen Provinzen sowie die oberitalienischen Fürstentümer. Zudem setzten sich die Revolutionäre im überwiegend von Polen bewohnten Teil Posens für die Loslösung von der preußischen Herrschaft ein.

Deutsche Geschichte (JR 313)

In den meisten dieser Staaten wurde die Revolution spätestens 1849 niedergeschlagen. In Frankreich hielt sich die Republik bis 1851/1852. Nur in den Königreichen Dänemark und Sardinien-Piemont überdauerten Revolutionserfolge längere Zeit. So hielten sich dort beispielsweise die durchgesetzten Verfassungsänderungen in konstitutionelle Monarchien auch bis in das 20. Jahrhundert hinein. Die Verfassung Sardinien-Piemonts wurde zur Grundlage für das 1861 durchgesetzte Königreich Italien (vgl. Risorgimento).

Ein dauerhaftes Ergebnis der bürgerlich-demokratischen Bestrebungen in Mitteleuropa seit den 1830er Jahren war die Umwandlung der Schweiz von einem losen und politisch sehr heterogenen Staatenbund in einen liberalen Bundesstaat. Die durch den Sonderbundskrieg von 1847 ermöglichte neue Bundesverfassung von 1848 bestimmt ihre staatlichen und gesellschaftlichen Grundstrukturen bis heute.



Karikatur von Ferdinand Schröder zur Niederlage der Revolutionen in Europa 1849. Zuerst erschienen in:

Düsseldorfer Monatshefte, 1849 unter dem Titel *Rundgemälde von Europa im August MDCCCXLIX*

Von den mächtigen europäischen Staaten blieben durch diese Ereignisse nur England, Spanien und Russland unberührt. Bei letzterem abgesehen von der Beteiligung russischen Militärs an der Niederschlagung des ungarischen Unabhängigkeitsaufstands gegen das Kaiserreich Österreich 1849.

Obwohl insbesondere die nationalstaatliche Zielsetzung der Märzrevolution mit ihren grundsätzlichen Veränderungsanliegen scheiterte und in eine Periode der politischen Reaktion mündete, setzte sich mit ihr in der historischen Betrachtung das wohlhabende Bürgertum durch und wurde endgültig zu einem politisch und wirtschaftlich einflussreichen Machtfaktor neben der Aristokratie. Spätestens ab 1848 wurde die Bourgeoisie, im engeren Sinn das Großbürgertum, zur ökonomisch herrschenden Klasse der Gesellschaften Mitteleuropas. Begonnen hatte dieser Aufstieg mit den politischen und sozialen Kämpfen seit der französischen Revolution von 1789.

Die Revolutionen von 1848/1849 prägten die politische Kultur und das pluralistische Demokratieverständnis der meisten Staaten Mitteleuropas in der Moderne langfristig und nachhaltig. Wie in der Bundesrepublik Deutschland, deren Grundgesetz auf dem 1848/1849 in der Frankfurter Paulskirche ausgearbeitetem Verfassungsentwurf basiert, Österreich, Frankreich, Italien, Ungarn, Polen, Dänemark, der Tschechoslowakei bzw. im heutigen Tschechien und der Slowakei. Mit den Ereignissen von 1848/1849 wurde der Siegeszug der bürgerlichen Demokratie in die Wege geleitet, der auf lange Sicht die spätere historische, politische und soziale Entwicklung fast ganz Europas bestimmte.

Die Märzrevolution gab in zwischenstaatlichen Grundzügen zusätzlich zu vorherigen, in der Aufklärung begründeten Entwicklungen einige ideelle Impulse für die Entwicklung der Europäischen Union (EU) im späten 20. Jahrhundert. So vertrat der italienische Revolutionär Giuseppe Mazzini schon vor den revolutionären Wirren um 1848 ein Europa der Völker. Er stellte diese Utopie gegen das Europa der autoritären Fürstentümer und nahm damit eine politisch-soziale Grundidee der EU vorweg. Mazzinis entsprechende Ideen waren bereits 1834 von einigen idealistischen republikanisch eingestellten Deutschen, unter ihnen Carl Theodor Barth, im Geheimbund Junges Deutschland aufgegriffen worden. Zusammen mit Mazzinis Jungem Italien und dem von polnischen Emigranten gegründeten Jungen Polen bildeten sie im schweizerischen Bern ebenfalls 1834 den übernationalen Geheimbund Junges Europa. Von deren Idealen war oft auch die Aufbruchstimmung zu Beginn der Märzrevolution geprägt, als vielerorts bei der revolutionären Basis von einem Internationalen Völkerfrühling die Rede war.

Vorgeschichte und Ursachen

Wirtschaftliche und soziale Hintergründe

Ein unmittelbarer Vorbote der Märzrevolutionen im damaligen Mitteleuropa war das Krisenjahr 1847, dem eine schwere Missernte 1846 vorausging. In den deutschen Staaten bedeutete dies eine Verteuerung der Lebensmittel, daraus folgend Hungersnöte und Hungerrevolten in fast allen deutschen Staaten und Regionen. Viele auch ärmere, vom Pauperismus (vorindustrielle Massenarmut) betroffene

Deutsche Geschichte (JR 313)

Bevölkerungsschichten wie Arbeiter, verarmte Handwerker, Landarbeiter usw. schlossen sich, bedingt durch ihre soziale Not, daraufhin zunehmend den Forderungen demokratisch und liberal gesinnter Kreise an. Eine weitere Folge der Krise war außerdem die Abnahme der Kaufkraft bei Industrieprodukten, hier besonders Textilwaren, und daraus resultierend unter anderem ein Niedergang des noch stark handwerklich dominierten Textilgewerbes.



Die schlesischen Weber (Gemälde von Carl Wilhelm Hübner, 1846)

Der Niedergang des Textilgewerbes, das in den deutschen Ländern noch von minimal bezahlter Heimarbeit vieler Familien für wenige reiche Unternehmer und Grundbesitzer geprägt war, und allgemein die Krise des Handwerks war auch bedingt durch die fortschreitende industrielle Revolution in Europa, die schon seit Mitte des 18. Jahrhunderts durch neue technische Erfindungen und Entwicklungen von England ausgehend nach und nach die sozialen, wirtschaftlichen und industriellen Verhältnisse auf dem ganzen Kontinent grundlegend veränderte. Hinzu kam ein derartiger Bevölkerungszuwachs, dass die produktiver werdende Agrarwirtschaft auf dem Land und die Industrie der Städte die Masse an entstandener Arbeitskraft nicht mehr aufnehmen konnte. Die Folge war Massenarbeitslosigkeit. Die überschüssigen Arbeitskräfte bildeten eine „industrielle Reservearmee“. Immer mehr Menschen suchten in den schnell wachsenden Städten Arbeit in Manufakturen und den neu entstehenden Fabriken, wo durch rationellere Massenproduktion viele Produkte billiger hergestellt werden konnten.



Das Lichten eines Hochwaldes (Karikatur gegen die deutsche Kleinstaaterei und ihre Zollschranken, erste Hälfte des 19. Jahrhunderts)

Eine neue Bevölkerungsschicht, das Proletariat (die abhängig beschäftigte Arbeiterklasse), wuchs rasch an. Die Arbeits- und Lebensbedingungen in den Industriebetrieben und deren Umfeld waren im 19. Jahrhundert in der Regel katastrophal. Die meisten Arbeiter lebten in den Ghettos und Slums der Städte am Rande des Existenzminimums oder oft auch darunter, von Arbeitslosigkeit bedroht und ohne soziale Absicherung. Schon Jahre vor der Märzrevolution war es immer wieder auch zu kleineren, regional begrenzten Aufständen gegen Industriearbete gekommen. So war etwa der Weberaufstand vom Juni 1844 in Schlesien, eine Hungerrevolte der Weber aus Langenbielau und Peterswaldau, der erste in der überregionalen Öffentlichkeit bedeutsame Aufstand des deutschen Proletariats in Folge der sozialen Not, die durch die Industrialisierung verursacht war. Der Aufstand wurde jedoch schon nach wenigen Tagen durch preußisches Militär niedergeschlagen.

Auch das wohlhabendere Bürgertum sah sich zunehmend in seiner wirtschaftlichen Entwicklung eingeschränkt. Durch die Zollpolitik der Fürstentümer waren die Möglichkeiten des freien Handels stark begrenzt. Forderungen nach einer Liberalisierung der Wirtschaft und des Handels waren in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts auch in den deutschen Staaten immer lauter geworden. Am 22. März 1833 wurde der Deutsche Zollverein gegründet, wodurch der Handel in den deutschen Ländern vereinfacht wurde. Es war daraufhin Ende der 1830er Jahre auch insgesamt zu einem gewissen wirtschaftlichen Aufschwung gekommen. Jedoch veränderte sich an der sozialen Not der ärmeren Bevölkerungsschichten kaum etwas.



Fürst Metternich (1773–1859)

Ein wesentliches Ziel der Märzrevolution war die Überwindung der Restaurationspolitik, die die Zeit seit dem Wiener Kongress 1815 geprägt hatte.

Einer der bedeutendsten Verfechter der politischen Restauration war der reaktionäre österreichische Diplomat und Staatskanzler Fürst Klemens Wenzel von Metternich. Die Politik der Restauration, die auf dem Wiener Kongress am 9. Juni 1815 – noch unmittelbar vor der endgültigen Niederlage Napoléon Bonapartes bei der Schlacht von Waterloo (18. Juni 1815) – von den meisten europäischen Staaten beschlossen wurde, sollte innenpolitisch und zwischenstaatlich die politischen Machtverhältnisse des „Ancien Régime“ in Europa wiederherstellen, wie sie vor der Französischen Revolution von 1789 geherrscht hatten. Dies bedeutete die Vorherrschaft des Adels und die Wiederherstellung seiner Privilegien. Weiterhin sollte die napoleonische Neuordnung Europas, die mit dem Code Civil auch bürgerliche Rechte etabliert hatte, rückgängig gemacht werden.

Innenpolitisch wurden im Zuge der Restauration Forderungen nach liberalen Reformen oder nach nationaler Einigung unterdrückt, Zensurmaßnahmen verschärft und die Pressefreiheit stark eingeschränkt. Die Werke des literarischen Jungen Deutschland, einer Gruppe junger revolutionär eingestellter Schriftsteller, wurden zensiert oder verboten. Auch andere gesellschaftskritische oder nationalistische Dichter waren von der Zensur betroffen, so dass sie teilweise ins Exil – vor allem nach Frankreich oder die Schweiz – ausweichen mussten. Bekannte Beispiele sind Heinrich Heine, Georg Herwegh, Georg Büchner (der mit der Flugschrift Der Hessische Landbote die aus der Zeit der Französischen Revolution stammende Parole „*Friede den Hütten, Krieg den Palästen!*“ verbreitete) oder Heinrich Hoffmann von Fallersleben (der Dichter des Deutschlandlieds).

Die studentischen Burschenschaften waren zu dieser Zeit vor allem Träger der Forderung nach nationaler Einigung und demokratischen Bürgerrechten. Bereits im Oktober 1817 hatten sie bei einer größeren Demonstration aus Anlass des vierten Jahrestags der Völkerschlacht bei Leipzig und des 300. Jahrestags der Lutherischen Reformation in der Nähe der Wartburg, dem so genannten Wartburgfest, vehement die Forderung nach der Deutschen Einheit vertreten. Dabei kam es auch zu einer öffentlichen Bücherverbrennung, als eine Minderheit der Demonstranten Werke so genannter „undeutscher“, als reaktionär bezeichneter Schriftsteller verbrannte, darunter zum Beispiel August von Kotzebues Deutsche Geschichte sowie auch einige Werke von jüdischen Autoren wie zum Beispiel Saul Aschers Germanomanie, eine Verurteilung von Nationalismus und Deutschtümelei.

Heinrich Heine, selbst ein demokratisch gesinnter, dem oft völkischen Nationalismus der Burschenschaften jedoch zunehmend reserviert gegenüberstehender Dichter des Vormärz, sprach in jener Zeit seine berühmt gewordene Prophezeiung aus: „Dies war ein Vorspiel nur; dort, wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen“. Diese bezog sich zwar auf einen anderen Zusammenhang, die Reconquista in Spanien, wurde von Heine, der sich stets als zeitkritischer Dichter verstand, jedoch unter dem Eindruck der zeitgenössischen Erfahrung geprägt.



Darstellung von Kotzebues Ermordung 1819, die der Anlass für die Repressionen durch die Karlsbader Beschlüsse war (kolorierter zeitgenössischer Kupferstich)

Entsprechende vom Wartburgfest inspirierte Aktivitäten machten die staatlichen Behörden auf die Burschenschaften aufmerksam, die darauf zunehmenden Repressionen ausgesetzt waren. Gesetzesform erhielten diese Repressionen 1819 als Karlsbader Beschlüsse, die eine Reaktion auf die Ermordung des Dichters August von Kotzebue durch den radikaldemokratischen und als fanatisch nationalistisch geltenden Burschenschafter Karl Ludwig Sand waren. Trotz Verbot und Verfolgung blieben Mitglieder der Burschenschaften oft im Untergrund aktiv. Teilweise wurden scheinbar unpolitische Tarnorganisationen auf- und ausgebaut wie etwa die Turnerbewegung des „Turnvater Jahn“, wo weiterhin kulturell von der Romantik geprägte liberale und nationale Ideen gepflegt wurden, die jedoch auch schon antiemanzipatorische und antiaufklärerische Züge in sich trugen. So gab es in diesen Gruppierungen wie in den Burschenschaften insgesamt auch einen stark verbreiteten Antijudaismus, der bereits die rassistisch-biologisch geprägten Vorurteile des Ende der 1870er Jahre geprägten Antisemitismus-Begriffs enthielt, zu denen sich beispielsweise Jahn selbst offen bekannte. Ein Ausdruck dieses Judenhasses während des Vormärz waren beispielsweise die sich in fast allen deutschen Staaten verbreitenden, von Würzburg ausgehenden Hep-Hep-Unruhen des Jahres 1819, die vielerorts pogromartig eskalierten und sich gegen die Judenemanzipation im Allgemeinen bzw. gegen die wirtschaftliche Gleichstellung der Juden im Besonderen richteten.

Die Julirevolution von 1830 in Frankreich, in der das reaktionäre Königshaus der Bourbonen unter Karl X. gestürzt worden war und die bürgerlich-liberalen Kräfte den „Bürgerkönig“ Louis Philippe von Orleans eingesetzt hatten, gab auch den liberalen Kräften in Deutschland und anderen Regionen Europas neuen Auftrieb. So war es in verschiedenen deutschen Fürstentümern schon 1830 zu regional begrenzten Aufständen gekommen, wie zum Beispiel in Braunschweig, Kurhessen, im Königreich Sachsen und in Hannover, die teilweise zu Verfassungen in den jeweiligen Staaten geführt hatten.



Hambacher Fest 1832: Der Zug zum Hambacher Schloss

Auch in den italienischen Staaten sowie den polnischen Provinzen Österreichs, Preußens und Russlands (Kongresspolen) hatte es 1830 Aufstände mit dem Ziel einer nationalstaatlichen Autonomie gegeben. Im Vereinigten Königreich der Niederlande führte die Belgische Revolution zur Abspaltung der südlichen Provinzen und zur Gründung eines unabhängigen belgischen Staates als parlamentarischer Monarchie. Insgesamt blieb das metternichsche System jedoch zunächst erhalten, auch wenn sich überall Risse zeigten. So war es auch nach den Karlsbader Beschlüssen trotz der „Demagogenverfolgung“ zu weiteren, dem Wartburgfest ähnlichen, spektakulären Versammlungen gekommen, wie etwa dem Hambacher Fest 1832, bei dem – wie schon beim Wartburgfest 1817 – demonstrativ die verbotenen republikanischen schwarz-rot-goldenen Fahnen gezeigt wurden.



Der Frankfurter Wachensturm am 3. April 1833 bildete bereits einen ersten Versuch von etwa 50 Studenten, eine gesamtdeutsche Revolution auszulösen. Die Aktion hatte sich gegen den Sitz des deutschen Bundestags gerichtet, der von den Demokraten als Instrument der Restaurationspolitik betrachtet wurde. Nach der Erstürmung der beiden Frankfurter Polizeiwachen wollten die Aufständischen die Gesandten der Fürsten im Bundestag gefangen nehmen und damit das Fanal zu einer gesamtdeutschen Erhebung setzen. Die Aktion, die schon im Vorfeld verraten worden war, scheiterte jedoch schon im Ansatz nach einem Schusswechsel, bei dem es einige Tote und Verletzte gegeben hatte.

Verlauf

Einführung

Ein wesentlich auslösender Faktor für die Märzrevolutionen war der Erfolg der Februarrevolution 1848 in Frankreich, von wo aus der revolutionäre Funke schnell auf die angrenzenden deutschen Staaten übersprang. Die Ereignisse in Frankreich, wo es gelang, den inzwischen vom Liberalismus zusehends abgekommenen Bürgerkönig Louis Philippe abzusetzen und schließlich die Zweite Republik auszurufen, setzten revolutionäre Umwälzungen in Gang, deren Wirren den Kontinent über eineinhalb Jahre hinweg in Atem hielten.

Die wichtigsten Zentren der Revolution nach Frankreich waren Baden, Preußen, Österreich, Oberitalien, Ungarn, Bayern und Sachsen. Aber auch in anderen Staaten und Fürstentümern kam es zu Aufständen und Volksversammlungen, bei denen die revolutionären Forderungen artikuliert wurden. Ausgehend von der Mannheimer Volksversammlung am 27. Februar 1848, auf der die „Märzforderungen“ erstmals formuliert wurden, lauteten die Kernforderungen der Revolution in Deutschland: „1. Volksbewaffnung mit freien Wahlen der Offiziere, 2. unbedingte Preßfreiheit, 3. Schwurgerichte nach dem Vorbild Englands, 4. sofortige Herstellung eines deutschen Parlaments.“ (Siemann 1985, S. 61)

Im Königreich Dänemark führten die revolutionären Ereignisse 1849 zu einer neuen Verfassung, in der die konstitutionelle Monarchie und ein Zwei-Kammer-Parlament mit allgemeinem Wahlrecht eingeführt wurden.

In manchen Ländern des Deutschen Bundes, zum Beispiel in den Königreichen Württemberg und Hannover, oder in Hessen-Darmstadt, lenkten die Fürsten rasch ein. Dort kam es bald zur Errichtung von liberalen „Märzministerien“, die teilweise den Forderungen der Revolutionäre nachkamen, beispielsweise durch Einrichtung von Schwurgerichten, Abschaffung der Pressezensur und Bauernbefreiung. Oftmals blieb es jedoch bei bloßen Versprechungen. In diesen Ländern nahm die Revolution wegen der frühen Zugeständnisse einen einigermaßen friedlichen Verlauf.

Bereits ab Mai/Juni 1848 setzten verstärkt restaurative Aktivitäten der herrschenden Fürstenhäuser ein, die die Aufständischen in den Staaten des Deutschen Bundes zunehmend in die Defensive drängten. Dabei bildete die Niederschlagung des Pariser Juniaufstands im weiteren Verlauf der französischen Februarrevolution ein entscheidendes Ereignis für das Einsetzen der Konterrevolution („Reaktion“) auch in den anderen europäischen Staaten. Der Juniaufstand der Pariser Arbeiter gilt historisch auch als Markierungspunkt für die Spaltung zwischen revolutionärem Proletariat und Bürgertum.

Ein chronologischer Verlauf der Revolution in ihrer Gesamtheit ist schwer zu erfassen, da die Ereignisse sich nicht immer eindeutig aufeinander beziehen lassen, Entscheidungen auf unterschiedlichen Ebenen und an unterschiedlichen Orten mal nahezu zeitgleich, mal zu verschiedenen Zeitpunkten getroffen und wieder revidiert wurden.

Zeittafel



Abgesandte beim Wiener Kongress, Kupferstich nach einer Zeichnung von Jean Baptiste Isabey, 1819



Die Göttinger Sieben, Lithographie von Carl Rohde, 1837

Vorrevolutionäre Entwicklung

- 18. September 1814 bis 9. Juni 1815: Wiener Kongress. Die beschlossene „Neuordnung“ Europas leitet die Restaurationspolitik ein. Damit beginnt die Phase des politischen „Vormärz“.
- 18. Oktober 1817: Auf dem Wartburgfest wird die deutsche Einheit gefordert.
- Spätsommer–Herbst 1819: In den meisten Staaten des Deutschen Bundes kommt es mit den Hep-Hep-Unruhen zu antijüdischen Krawallen, die sich gegen die Judenemanzipation richten und mancherorts pogromartig eskalieren.
- 20. September 1819: Als Folge der Ermordung des Dichters August von Kotzebue werden mit den Karlsbader Beschlüssen gesetzliche Grundlagen für Repressionen gegen demokratische und nationale Bestrebungen der Burschenschaften und anderer oppositioneller Kreise geschaffen, z. B. durch Verbote demokratischer Gruppen und Vereine, Pressezensur u. a.
- Juli 1830: Die Julirevolution in Frankreich löst auch in den Staaten des Deutschen Bundes einige regional begrenzte Aufstände aus.
- 27. Mai 1832: Auf dem Hambacher Fest werden erneut Forderungen nach einem geeinten Deutschland und nach demokratischen Rechten erhoben.
- 3. April 1833: Beim Frankfurter Wachensturm scheitert der Versuch einer gesamtdeutschen revolutionären Erhebung.
- 1834: In Bern vereinigen sich die von exilierten Demokraten gebildeten Geheimbünde *Junges Italien*, *Junges Deutschland* und *Junges Polen* auf Initiative des italienischen Revolutionärs Giuseppe Mazzini zum übernationalen Geheimbund *Junges Europa*.
- 1834: Georg Büchner und Friedrich Ludwig Weidig verbreiten im Großherzogtum Hessen aus dem Untergrund die sozialrevolutionäre Flugschrift *Der Hessische Landbote* mit dem Motto „*Friede den Hütten, Krieg den Palästen!*“.
- 1837: Die Protestproklamation der Göttinger Sieben (einer Gruppe von namhaften liberalen Universitätsprofessoren, darunter auch die Brüder Grimm) gegen die Aufhebung der Verfassung im Königreich Hannover, findet im ganzen Deutschen Bund Verbreitung. Die Gelehrten werden entlassen und einige von ihnen des Landes verwiesen.
- Juni 1844: In einer Region Schlesiens erheben sich die Weber infolge zunehmender sozialer Not (Weberaufstand).
- 12. September 1847: Bei der Offenburger Versammlung werden von radikal-demokratischen badischen Politikern mit den „Forderungen des Volkes“ Grundrechte eingefordert und der als Bedrohung wahrgenommenen Industrialisierung frühsozialistische Ideen entgegengesetzt.
- 10. Oktober 1847: Bei der Heppenheimer Tagung wird das politische Programm der gemäßigten Liberalen formuliert.

Übergangsphase zur Märzrevolution ab Januar 1848

- Januar 1848: Nationalrevolutionäre Aufstände gegen die Herrschaft der spanischen Bourbonen in Süditalien (Sizilien) und gegen die der Österreicher in Norditalien (Mailand, Padua und Brescia) leiten die gesamteuropäische Phase der Revolutionen von 1848/49 ein.
- 24. Februar 1848: Beginn der Februarrevolution 1848 in Frankreich. Ausrufung der Zweiten Republik. Ministerpräsident François Guizot tritt zurück. Bürgerkönig Louis Philippe dankt ab und geht ins Exil nach England.

Revolutionäre Entwicklung 1848

- 27. Februar 1848: Inspiriert von der Februarrevolution in Frankreich formuliert die Mannheimer Volksversammlung eine Petition an die Regierung in Karlsruhe mit sogenannten Märzforderungen und wird so zum Fanal der Märzrevolution in den Staaten des Deutschen Bundes.

Deutsche Geschichte (JR 313)

- 1. März: Beginn der Märzrevolution in Baden mit der Besetzung des Ständehauses des badischen Landtags in Karlsruhe
- 4. März: Beginn der Märzrevolution in Bayern mit Aufständen in München
- 5. März: Die Heidelberger Versammlung lädt zum Vorparlament.
- 6. März: Beginn der Märzrevolution in Preußen mit ersten Unruhen in Berlin
- 13. März: Beginn der Märzrevolution in Wien mit dem Sturm auf das Ständehaus; Rücktritt des Staatskanzlers Fürst Metternich, der nach England emigriert.
- 17. März: Mailand erklärt die Loslösung der Lombardei von Österreich und ihren Anschluss ans Königreich Sardinien-Piemont.



Aufbahrung der Märzgefallenen, Ölbild von Adolph Menzel, 1848

- 18. März: Bei der Verlesung eines königlichen Patents zu Reformen in Preußen kommt es in Berlin zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen protestierenden Bürgern und Militär. Die genaue Ursache dieses Konflikts ist historisch nicht zu klären. Während der Verlesung des Patents werden nach anfänglich friedlicher Stimmung sozialrevolutionäre Parolen laut. Zwei Schüsse lösen sich, ob beabsichtigt oder aus einem Missverständnis bleibt unklar. Es folgt ein Umschlagen der zuvor mehrheitlich positiven Stimmung der Demonstranten und der gezielte Einsatz des Militärs. Heftige Straßen- und Barrikadenkämpfe schließen sich an und fordern mehrere hundert Tote, nach Behördenangaben 303 Menschen, darunter 11 Frauen und 4 Kinder (Siemann 1985, S. 68f.).
- 19. März: König Friedrich Wilhelm IV. lässt die „Märzgefallenen“ auf dem Schlossplatz aufbahren und bekundet ihnen seine ehrende Anteilnahme.
- 20. März: Abdankung des bayerischen Königs Ludwig I. zugunsten seines Sohnes Maximilian II. in Folge der Unruhen in München und anderen Städten Bayerns
- 18.-22. März: Der Volksaufstand in Mailand gegen die Herrschaft Österreichs in der Lombardei führt zum ersten italienischen Unabhängigkeitskrieg zwischen Österreich und Sardinien-Piemont, dessen Truppen die oberitalienischen Revolutionäre unterstützen.
- 23. März: Revolution in Venedig – Daniele Manin ruft die Unabhängigkeit von Österreich aus und erklärt die Stadt zur Republik (vgl. Repubblica di San Marco).
- 31. März bis 3. April: Das Vorparlament tagt in Frankfurt am Main.
- Anfang April: Beginn des ersten preußisch-dänischen Krieges in Folge der nationaldeutschen Aufstände in den Herzogtümern Schleswig und Holstein. Sowohl deutsche als auch dänische Nationalliberale beanspruchten das Herzogtum Schleswig, welches formal noch als königlich-dänisches Lehen in Personalunion mit Dänemark stand.
- 12. April bis 20. April: Der republikanisch motivierte Heckerzug in Baden wird am 20. April bei Kändern im Schwarzwald niedergeschlagen. Friedrich Hecker geht ins Exil.
- April–Mai: Aufstand der Posener Polen gegen die preußische Vorherrschaft unter Führung von Ludwik Mieroslawski
- 15. Mai: Zweiter Wiener Aufstand
- 17. Mai: Kaiser Ferdinand I. flieht unter dem Druck der revolutionären Unruhen aus Wien nach Innsbruck.
- 18. Mai: Eröffnung der Frankfurter Nationalversammlung in der Paulskirche, des ersten gesamtdeutschen demokratisch gewählten Parlaments; es soll die deutsche Einheit vorbereiten und eine Verfassung für den neuen Einheitsstaat ausarbeiten.
- 2. Juni–12. Juni: Der Slawenkongress tagt in Prag und fordert die Umwandlung der Donaumonarchie Österreich „in einen Bund von gleichberechtigten Völkern“.
- 16. Juni: Niederschlagung des Prager Pfingstaufstandes durch österreichische Truppen

Deutsche Geschichte (JR 313)

- 24. Juni: Niederschlagung des französischen Juniaufstands in Paris. Danach erstarkt auch in den Staaten des Deutschen Bundes die Konterrevolution und zwingt die Revolutionäre zunehmend in die Defensive.
- 25. Juli: Die norditalienischen Aufständischen unter Führung von Sardinien-Piemont unterliegen den österreichischen Truppen in der Schlacht bei Custoza.
- 9. August: Waffenstillstand zwischen Österreich und Sardinien-Piemont
- 26. August: Waffenstillstand zwischen Preußen und Dänemark. Die Nationalversammlung muss dem Vertrag von Malmö letztlich am 16. September zustimmen und offenbart so ihre eigene Machtlosigkeit. Die Krise führt zu neuen Unruhen in Frankfurt am Main (Septemberrevolution) und weiteren deutschen Städten.
- 12. September: Der republikanische Nationalistenführer Lajos Kossuth wird Ministerpräsident in Ungarn. Dem österreichischen Kaiser wird der Titel „König von Ungarn“ verwehrt. Es kommt zu nationalrevolutionären Unruhen gegen die Vorherrschaft Österreichs.
- 18. September: Barrikadenkämpfe gegen preußische und österreichische Truppen in Frankfurt: Septemberrevolution
- 21.–25. September: 2. badischer Aufstand in Lörrach; Gustav Struve, der am 21. September die *deutsche Republik* proklamiert, wird im Anschluss daran verhaftet.
- 6.–31. Oktober: Der Wiener Oktoberaufstand wird nach knapp vier Wochen von kaiserlichen Truppen unter Fürst Windischgrätz blutig niedergeschlagen.
- 9. November: Robert Blum, Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung, wird im Zuge der Vergeltungsmaßnahmen gegen die österreichischen Revolutionäre in Wien unter demonstrativer Mißachtung der parlamentarischen Immunität standrechtlich erschossen.
- 21. November: Konstituierung des Centralmärzvereins als deutschlandweite republikanische Organisation durch Abgeordnete verschiedener Fraktionen der demokratischen Linken in der Frankfurter Nationalversammlung
- 2. Dezember: Der österreichische Kaiser Ferdinand I. dankt ab und überlässt den Thron seinem Neffen Franz Joseph I.
- 27. Dezember: Die Nationalversammlung in Frankfurt verabschiedet die Grundrechte.

Revolutionäre Entwicklung 1849

- Februar–März: Neue Aufstände in einigen österreichischen Gebieten Oberitaliens, insbesondere der revolutionäre Putsch gegen Großherzog Leopold II. in der Toskana, führen zu einem weiteren Krieg zwischen Österreich und Sardinien-Piemont.
- 23. März: Erneute Niederlage der oberitalienischen Revolutionäre und Sardinien-Piemonts gegen die österreichische Armee in der Schlacht bei Novara
- 28. März: Die Nationalversammlung verabschiedet nach vielen kontroversen Debatten die Paulskirchenverfassung.
- 3. April: Der preußische König Friedrich Wilhelm IV. lehnt die ihm von der Nationalversammlung (Kaiserdeputation) angebotene Kaiserkrone ab. Damit sind deutsche Einheit und Reichsverfassung gescheitert.
- 14. April: Ungarn erklärt seine Unabhängigkeit von Österreich und ruft die Republik aus. Darauf kommt es zum ungarischen Unabhängigkeitskrieg gegen Österreich.



Auflösung des *Rumpfparlaments* am 18. Juni 1849 in Stuttgart: Württembergische Dragoner treiben die Demonstration der ausgesperrten Abgeordneten auseinander (Buchillustration von 1893).

- Mai: In den Maiaufständen beginnt die Reichsverfassungskampagne mit dem Versuch, die Verfassung in einigen Staaten und Regionen des Deutschen Bundes doch noch durchzusetzen –

Deutsche Geschichte (JR 313)

und darüber hinaus einzelne Republiken zu installieren. Die Konfrontation zwischen Revolution und Reaktion führt in einigen Staaten zu einer bürgerkriegsähnlichen Eskalation. Neben Sachsen und Baden sind beispielsweise auch die preußische Rheinprovinz und die angrenzende Provinz Westfalen (→ Iserlohner Aufstand von 1849 und Revolution von 1848/49 in Westfalen) sowie die bayerische Rheinpfalz (Pfälzischer Aufstand) Zentren entsprechender Aufstände.

- 3.–9. Mai: Die Ausrufung einer sächsischen Republik scheitert im Dresdner Maiaufstand, der von preußischen Truppen niedergeschlagen wird.
- 11. Mai: Meuterei der badischen Garnison in Rastatt: Beginn des Badischen Maiaufstands.
- 1. Juni: In Baden wird die Republik ausgerufen. Lorenz Brentano übernimmt den Vorsitz der provisorischen Regierung. Preußische Truppen beginnen, gegen Baden vorzurücken.
- 6.–18. Juni: Das Rumpfparlament als verbliebener Rest der Nationalversammlung tagt in Stuttgart, es wird am 18. Juni von württembergischen Truppen aufgelöst.
- 23. Juli: Einnahme Rastatts durch preußische Truppen, Ende der Badischen Revolution und symbolischer Endpunkt der Deutschen Revolution 1848/49

Nachwirkungen bis Oktober 1849

- 6. August: Mailänder Friedensvertrag zwischen Österreich und Sardinien-Piemont
- 23. August: Österreichische Truppen schlagen die revolutionäre Republik Venedig nieder. Oberitalien ist wieder in österreichischer Hand.
- 3. Oktober: Die letzten ungarischen Revolutionäre kapitulieren gegenüber den Österreichern in der Festung Komorn.

Entwicklungen in den Ländern

Baden



Verklärende Darstellung Friedrich Heckers (1811–1881)

Schon am 27. Februar 1848 war es in Mannheim zu einer Volksversammlung gekommen, bei der grundlegende Forderungen der Revolution vorweg genommen wurden. Die badischen Revolutionäre, insbesondere ihr stark vertretener radikaldemokratischer Flügel, verlangten die weitestgehenden Veränderungen.

Unter Führung der Advokaten Friedrich Hecker und Gustav Struve forderten sie unter anderem die Schaffung einer tatsächlichen Volkssouveränität, Abschaffung der Adelsprivilegien, Volksbewaffnung und eine progressive Einkommensteuer. Damit stellten sie auch schon sozialrevolutionäre und sozialistische Forderungen auf.

Struve und Hecker hatten als Vertreter des linken Flügels im Frankfurter Vorparlament, das die Wahl zu einer verfassunggebenden Nationalversammlung vorbereiten sollte, eine föderative deutsche Republik mit nicht nur politischen, sondern auch sozialen Veränderungen gefordert. Ein entsprechendes von Struve veröffentlichtes Programm wurde aber von der Mehrheit des Vorparlaments abgelehnt.



Zeitgenössische Lithographie des Gefechts bei Kandern aus der Perspektive der Revolutionäre am 20. April 1848, bei der der Heckeraufstand niedergeschlagen wurde

Deutsche Geschichte (JR 313)

Daraufhin versuchten Hecker, Struve und deren Anhänger ihre Vorstellungen auf eigenem Weg, von Südwestdeutschland ausgehend, beim so genannten „Heckeraufstand“ durchzusetzen. In Konstanz riefen sie angeblich am 12. April 1848 gemeinsam mit dem Bonner Hochschullehrer Gottfried Kinkel und anderen die Republik aus; allerdings erwähnt dies keine der drei Konstanzer Zeitungen in ihren Berichten über die betreffende Rede. Der Heckerzug machte sich mit etwa 1200 Mann Richtung Rheinebene auf, wo er sich mit einem Zug unter Führung des linksrevolutionären Dichters Georg Herwegh und dessen als Kundschafterin eingesetzter Frau Emma, der aus Frankreich kommenden „Deutschen Demokratischen Legion“, vereinigen und in die badische Hauptstadt Karlsruhe marschieren wollte, um von dort aus die Republik in ganz Baden durchzusetzen. Beide Gruppen wurden aber in kurzer Zeit von regulärem Militär besiegt und aufgerieben: Heckers Freischar am 20. April 1848 in einem Gefecht bei Kandern im Schwarzwald, Herweghs Freischar eine Woche später bei Dossenbach.

Hecker konnte ins Exil entkommen, das ihn über die Schweiz letztlich in die USA führte. Seine Niederlage nahm der Heidelberger Dichter Karl Gottfried Nadler zum Anlass für seine Spottballade „Guckkastenlied vom großen Hecker“.



Gustav Struve (1805–1870)

Ein weiterer Aufstand Struves im September 1848 in Lörrach, wo er mit seinen Anhängern am 21. September die Republik ausgerufen hatte, scheiterte ebenfalls. Struve wurde gefangen genommen und bei einem Hochverratsprozess in Freiburg mit einigen anderen Revolutionären zu einer Haftstrafe verurteilt, bis er bei den Maiunruhen 1849 wieder befreit wurde. Die weitere revolutionäre Entwicklung Badens beschränkte sich danach im Wesentlichen zunächst auf die Auseinandersetzungen in der Frankfurter Nationalversammlung.

Im Mai 1849 kam es, nachdem die Nationalversammlung in Frankfurt gescheitert war, neben anderen deutschen Staaten auch in Baden zu weiteren Aufständen, den so genannten Maiaufständen im Rahmen der Reichsverfassungskampagne. Die Demokraten wollten dabei die Anerkennung ihrer jeweiligen Regierungen in einer Reichsverfassung erzwingen.

In der Bundesfestung Rastatt meuterte am 11. Mai die badische Garnison. Wenige Tage später floh Großherzog Leopold von Baden nach Koblenz. Am 1. Juni 1849 übernahm eine provisorische Regierung unter dem liberalen Politiker Lorenz Brentano die Regierungsgewalt. Es kam zu Kämpfen gegen Bundestruppen und die preußische Armee unter Führung des „Kartätschenprinzen“ Wilhelm von Preußen, des späteren deutschen Kaisers Wilhelm I. Die badische Revolutionsarmee konnte dem Druck der Übermacht der preußischen Truppen nicht standhalten.

Die badischen Revolutionäre standen im Juni 1849 unter der Führung des polnischen Revolutionsgenerals Ludwik Mieroslawski. Mieroslawski war ein taktisch geschickter und erfahrener Soldat der Revolution. Er hatte im Zuge der Märzrevolution auch schon den Aufstand der Posener Polen 1848 gegen die preußische Vorherrschaft und andere vorausgegangene polnische Aufstände angeführt (siehe Unterartikel **Posen, Polen**). Mieroslawski trat jedoch bereits am 1. Juli 1849 als Befehlshaber der badischen Revolutionstruppen zurück; er war resigniert von der zögerlichen Haltung der Regierung Brentanos, der auf Verhandlungen setzte und eine von den Radikalen geforderte allgemeine Volksbewaffnung hinauszögerte. Des Weiteren war die Moral der Truppe zurückgegangen, sodass Mieroslawski letztlich die militärische Lage für einen Erfolg der badischen Republik als aussichtslos betrachtete.

Die Unentschlossenheit Brentanos hatte noch Ende Juni 1849 zu dessen Sturz durch Gustav Struve und seine Anhänger geführt. Aber dieser Schritt konnte den Auflösungsprozess der Revolutionstruppen nicht aufhalten. Ohne einheitliche militärische Führung waren die noch übrigen überzeugten Freischärler nahezu chancenlos. Der Niedergang der badischen Revolution war im Grunde besiegelt.

Deutsche Geschichte (JR 313)

Auf Seiten der badischen Revolutionäre war auch der Sozialist Friedrich Engels aktiv an den Kämpfen beteiligt. Engels war 1848/49 Redakteur der von Karl Marx herausgegebenen Neuen Rheinischen Zeitung und kritisch-sympathisierender Beobachter der Revolution. Ein Jahr zuvor, im Februar 1848, hatte Engels zusammen mit Karl Marx im Auftrag des Bundes der Kommunisten *Das Kommunistische Manifest* herausgegeben. Auch der zu der Zeit noch relativ unbekannte Wilhelm Liebknecht, der spätere Mitbegründer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP), der Vorläuferpartei der SPD, war unter anderem als Adjutant Gustav Struves auf der Seite der Revolutionäre aktiv.

Als am 23. Juli 1849 nach dreiwöchiger Belagerung die Festung Rastatt fiel, war die badische Revolution endgültig gescheitert. 23 Revolutionäre wurden hingerichtet, einige andere wie Gustav Struve, Carl Schurz und Lorenz Brentano konnten sich ins Exil absetzen. Insgesamt verließen nach der Revolution etwa 80.000 Badener ihr Land. Das waren etwa 5 % der Bevölkerung. Einige der prominenten Revolutionäre setzten später in den USA ihr politisches Engagement für demokratische Ziele fort und machten dort politische Karriere. Carl Schurz wurde 1877 Innenminister der USA und war bis 1881 in diesem Amt.

Kennzeichnend für die badische Revolution im Unterschied zu den anderen Aufständen im Deutschen Bund war, dass die Forderung nach einer demokratischen Republik am konsequentesten vertreten wurde. Dagegen wurde in den Gremien und Revolutionsparlamenten der anderen Fürstentümer des Deutschen Bundes mehrheitlich eine konstitutionelle Monarchie mit Erbkaisertum favorisiert.

Preußen, Posen, Polen

Preußen



Jugendliche Barrikadenkämpfer 1848 in Berlin

Unter dem Druck der revolutionären Ereignisse in Berlin seit dem 6. März 1848 gab der preußische König Friedrich Wilhelm IV. zunächst nach und machte Zugeständnisse. Er willigte ein, den Landtag einzuberufen, die Pressefreiheit einzuführen, die Zollschranken zu beseitigen und den Deutschen Bund zu reformieren. Nach der Verlesung des entsprechenden Patents am 18. März fielen zwei Schüsse aus Militärgewehren und vertrieben Tausende der auf dem Schlossplatz versammelten Bürger. Daraufhin kam es in Berlin zum Barrikadenaufstand und zu Straßenkämpfen der Revolutionäre gegen die regulären preußischen Truppen, bei denen sich die Aufständischen vorerst durchsetzen konnten. Am 19. März wurden die Truppen auf Befehl des Königs aus Berlin abgezogen. Mehrere Hundert Tote und über Tausend Verletzte auf beiden Seiten waren die Folge dieser Kämpfe.



Friedhof der Märzgefallenen, Berlin-Friedrichshain

Der König sah sich gezwungen, den getöteten Revolutionären seine Achtung zu erweisen. Er verneigte sich am 19. März vor den aufgebahrten „Märzgefallenen“, bevor sie am 22. März auf dem bis heute so genannten „Friedhof der Märzgefallenen“ beerdigt wurden, und zeigte sich öffentlich mit einer Binde in den Farben der Revolution (Schwarz-Rot-Gold). Am Tag darauf schrieb er insgeheim seinem Bruder, dem Prinzen Wilhelm: „Die Reichsfarben musste ich gestern freiwillig aufstecken, um Alles zu retten. Ist der Wurf gelungen ..., so lege ich sie wieder ab!“

Deutsche Geschichte (JR 313)

In einem Aufruf an „Mein Volk und die deutsche Nation“ versprach er das Aufgehen Preußens in Deutschland. Am 29. März 1848 wurde ein liberales Märzministerium eingesetzt, das sich aber nicht gegen Adel und Militär durchsetzen konnte. Am 20. Juni 1848 wurde es wieder abgeschafft.



Karikatur zum Berliner Zeughaussturm

Als Ende Mai 1848 die Ereignisse sich etwas beruhigt hatten, vollzog der König eine reaktionäre Kehrtwendung. Mit dem Berliner Zeughaussturm kam es am 14. Juni erneut zu einem revolutionären Aufwallen. Das Volk bewaffnete sich aus dem Waffenarsenal. Am 2. November 1848 wurde General Friedrich Wilhelm Graf von Brandenburg zum Ministerpräsidenten von Preußen ernannt. Eine Woche später kehrten die königlichen Truppen nach Berlin zurück. An der folgenden Konterrevolution in Preußen war auch der konservative Abgeordnete Otto von Bismarck beteiligt, der später preußischer Ministerpräsident und schließlich Reichskanzler des 1871 gegründeten Deutschen Reiches wurde. Die seit dem 22. Mai stattfindenden Verhandlungen der preußischen Nationalversammlung über eine Verfassung, die seit 1815 von Friedrich Wilhelm IV. und seinem Vorgänger immer wieder zugesagt, aber nie verwirklicht worden war, blieben letztlich erfolglos. Der im Juli 1848 vorgelegte Verfassungsentwurf, die „Charte Waldeck“, die einige liberaldemokratische Reformen vorsah, wurde sowohl von den konservativen Abgeordneten als auch vom König abgelehnt.



Auflösung der preußischen Nationalversammlung, zeitgenössische Darstellung, November 1848

Am 15. November 1848 ließ der König die preußische Nationalversammlung auflösen und oktroyierte am 5. Dezember selbst eine Verfassung, die weit hinter den Forderungen der Märzrevolution zurückblieb. Die Machtposition des Königs blieb dabei unangetastet. Dieser behielt sich das Vetorecht gegen alle Beschlüsse des preußischen Landtags vor, sowie das Recht, das Parlament jederzeit auflösen zu können. Das Staatsministerium – die preußische Regierung – war nicht dem Parlament, sondern nur dem König gegenüber rechenschaftspflichtig. Dennoch enthielt die oktroyierte Verfassung zunächst noch einige aus der „Charte Waldeck“ übernommene liberale Zugeständnisse, die allerdings in den Folgemonaten modifiziert wurden.

Ende Mai 1849 wurde die Nationalversammlung durch das preußische Abgeordnetenhaus, zweite Kammer, ersetzt. Es wurde ein Dreiklassenwahlrecht eingeführt, um die Vorherrschaft der Besitzenden zu sichern. Dieses undemokratische Wahlrecht blieb in Preußen bis 1918 in Kraft.

Diese Reaktion führte vor allem in den westlichen Provinzen Preußens zu Gegenbewegungen. In ehemals liberal oder katholisch dominierten Wahlkreisen Rheinlands und der Provinz Westfalen wurden bei den Neuwahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus vielfach demokratische Abgeordnete gewählt. Die Truppen des Königs hatten jedoch spätestens im Mai 1849 mit dem Scheitern des Iserlohner Aufstands in Westfalen und des Prümer Zeughaussturms im Rheinland die Überhand über die Revolution gewonnen.

Posen, Polen



Karte des dreigeteilten Polen nach dem Wiener Kongress

Das überwiegend von Polen bewohnte Großherzogtum Posen war 1848 eine preußische Provinz. Der ehemalige litauisch-polnische Staat war schon im 18. Jahrhundert ein politischer Spielball der europäischen Großmächte. Nach mehreren Teilungen unter Russland, Preußen und Österreich hörte der Staat 1795 auf zu bestehen.

Anfang des 19. Jahrhunderts gab es nur von 1807 bis 1815 einen unter napoleonischem Schutz stehenden polnischen Vasallenstaat, das Herzogtum Warschau unter Herzog Friedrich August I. von Sachsen, der auch König von Sachsen war. Nach dem Sieg der Teilungsmächte über Napoleon wurde das Herzogtum Warschau auf dem Wiener Kongress im Jahr 1815 zwischen Russland und Preußen geteilt, wobei eine Verpflichtung zur Sicherung des polnischen Volkstums der Bewohner anerkannt wurde.

In der Folgezeit bildeten sich in den polnischen Gebieten Russlands, Preußens und Österreichs immer wieder Verschwörungen mit dem Ziel, ein eigenständiges Polen neu zu errichten. Im Gefolge der französischen Julirevolution 1830 kam es dadurch im russischen Teilgebiet zu einem schließlich erfolglosen Aufstand.



Ludwik Mieroslawski (1814-1878)

1846 war zuletzt ein geheim geplanter polnischer Aufstand im Großherzogtum Posen aufgedeckt und schon im Keim niedergeschlagen worden. Dessen Anführer, der polnische Revolutionär Ludwik Mieroslawski, wurde gefangen genommen, im Dezember 1847 in Berlin zum Tode verurteilt, dann aber mit sieben anderen am 11. März 1848 zu lebenslänglicher Haft begnadigt.

Nach den Kämpfen am 18. und 19. März 1848 in Berlin wurden 90 polnische Revolutionäre, unter ihnen auch Mieroslawski und Carol Libelt, aus dem Gefängnis in Moabit entlassen. Im Anfangsstadium der Märzrevolution, die in Europa als Völkerfrühling empfunden wurde, herrschte unter den Revolutionären noch eine polnenfreundliche Haltung vor, die den folgenden Aufstand in Posen zunächst begrüßte und begünstigte. Ludwik Mieroslawski stellte sich kurz nach seiner Befreiung im April und Mai 1848 an die Spitze des Aufstands der Posener Polen gegen die preußische Herrschaft, die nun als *deutsch* empfunden wurde. Der Aufstand richtete sich gegen die Einbeziehung überwiegend polnischer Gebiete in die Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung und damit gegen die Inkorporation eines Teils von Polen in einen deutschen Nationalstaat. Ferneres Ziel war eine Vereinigung ganz Polens. Insofern zielte die Revolution in Posen auch auf die Befreiung des Königreichs Polen, des so genannten „Kongresspolens“, das seit 1831 nach dem Verlust der Autonomie, als Provinz unter direkter russischer Herrschaft stand.

Im Zuge des Revolutionsverlaufs in Preußen, wo zunehmend wieder konservative Kräfte die Lage zu bestimmen begonnen hatten, war auch die anfängliche Polenbegeisterung einer nationalistischeren Haltung in Preußen gewichen. Außerdem wollte der preußische König Friedrich Wilhelm IV. wegen des Posener Aufstands keinen Krieg mit Russland riskieren. Am 9. Mai 1848 wurde der Aufstand der Posener Polen von einer Übermacht preußischer Truppen niedergeschlagen und Mieroslawski erneut verhaftet. Auf Intervention des revolutionären Frankreichs wurde er nach kurzer Zeit begnadigt und nach

Deutsche Geschichte (JR 313)

Frankreich ausgewiesen - bis er im Juni 1849 von den badischen Revolutionären gerufen wurde, die ihn an die Spitze ihres Revolutionsheeres setzten (siehe Unterartikel **Baden**).

Nach der Revolution von 1848 hatten die Polen in Preußen erkannt, dass eine gewaltsame Erhebung zu keinem Erfolg führen wird. Als Methode zur Erhaltung des nationalen Zusammenhalts und zur Abwehr der preußischen Germanisierungspolitik gewann die organische Arbeit in dem nunmehr konstitutionellen preußischen Staat immer größere Bedeutung.

Österreich, Böhmen, Ungarn, Italien und erster italienischer Unabhängigkeitskrieg

Österreich

Im Habsburgerreich und Vielvölkerstaat Österreich wurde die Monarchie nicht nur von heftigen Aufständen im Kernland Österreich selbst, sondern auch von weiteren revolutionären Unruhen bedroht, so etwa in Böhmen, in Ungarn, und in Oberitalien. Das Königreich Sardinien-Piemont unterstützte die Revolutionäre militärisch. Während die ungarischen, böhmischen und italienischen Erhebungen unter anderem die Unabhängigkeit von der österreichischen Vorherrschaft anstrebten, hatte die Revolution im Kernland Österreich ähnlich wie in den anderen Staaten des deutschen Bundes eine liberale und demokratische Veränderung der Regierungspolitik und das Ende der Restauration zum Ziel.



Zeitgenössische Karikatur zur Flucht Metternichs (März 1848)



Barrikadenbau der Revolutionäre in Wien, Mai 1848



Verfassungsversprechen Ferdinands I. vom 15. März 1848

Auch in Österreich war es 1847/1848 zu einem Hungerwinter gekommen. Die wirtschaftliche Not traf die benachteiligten Bevölkerungsgruppen am härtesten. Auch in der Arbeiterschaft war nun die Wut auf das überkommene politische System kurz vor dem Überlaufen. Werke wie Alfred Meissners Neue Sklaven oder Karl Becks Gedicht *Warum wir arm sind* geben ein anschauliches Bild von der Wut und Verzweiflung, die unter der Bevölkerung herrschte.

Schließlich kam es am 13. März 1848 in Wien mit dem Sturm auf das Ständehaus und Anschlägen von Sozialrevolutionären gegen Läden und Fabriken in den Vorstädten zum Ausbruch der Revolution in Österreich. Das Lied *Was kommt dort von der Höh*, wobei sich die „Höh“ auf die Polizei und die Kasernen bezog, wurde zum Lied der Revolution. Es wird heute noch von diversen Studentenverbindungen gesungen, um der Beteiligung der Akademischen Legion zu gedenken. Vor dem

Deutsche Geschichte (JR 313)

Sturm auf das Ständehaus wurden in einer schon am 3. März 1848 vom ungarischen Nationalistenführer Lajos Kossuth verfassten Rede der Unmut gegen das politische System und die Forderungen der Revolutionäre nach einer konstitutionellen Umwandlung der Monarchie und nach Verfassungen für die österreichischen Länder ausgedrückt. Diese Rede wurde in der Ständeversammlung von Adolf Fischhof verlesen. Der Versuch, eine Petition an Kaiser Ferdinand zu überbringen, entwickelte sich zu einem regelrechten Demonstrationzug, sodass Erzherzog Albrecht den Befehl zum Feuern gab und es zu den ersten Todesopfern kam.

Am Abend desselben Tages trat der inzwischen 78-jährige Staatskanzler Fürst Metternich, die verhasste Symbolfigur der Restauration, zurück und floh nach England. Dieses Ereignis wurde zum Beispiel durch Hermann Rolletts Gedicht *Metternichs Linde* thematisiert.

Am 14. März machte Kaiser Ferdinand I. erste Zugeständnisse: Er billigte die Errichtung einer Nationalgarde und hob die Zensur auf. Am folgenden Tag präzisierte er dies dahingehend, dass er „vollkommene Preßfreiheit gewährt“ habe und versprach zugleich den Erlass einer Verfassung (das so genannte Verfassungsversprechen vom 15. März 1848, siehe Bild nebenan).

Am 17. März wurde die erste verantwortliche Regierung gebildet; deren Innenminister Franz von Pillersdorf entwarf die nach ihm so benannte Pillersdorfsche Verfassung, welche zum Geburtstagsfest des Kaisers am 25. April 1848 kundgemacht wurde. Diese Verfassung hatte frühkonstitutionellen Charakter; vor allem das Zweikammernsystem und die am 9. Mai veröffentlichte Reichstags-Wahlordnung sorgten für Empörung, worauf es zu neuerlichen Unruhen kam („Mairevolution“). Aufgrund der „Sturmpetition“ vom 15. Mai wurde die Verfassung dahin abgeändert, dass der Reichstag nur aus einer Kammer bestehen sollte und überdies „konstituierend“ erklärt wurde, das heißt, sie hatte den Auftrag, eine definitive Verfassung erst zu erstellen; die Pillersdorfsche Verfassung blieb als Provisorium in Geltung. Der überforderte führungsschwache Kaiser brachte sich am 17. Mai 1848 durch seine Flucht nach Innsbruck vor den sich verstärkenden Unruhen in Sicherheit.

Am 16. Juni schlugen österreichische Truppen unter Alfred Fürst zu Windischgrätz den Prager Pfingstaufstand nieder.

Am 22. Juli 1848 wurde der konstituierende österreichische Reichstag mit 383 Delegierten aus Österreich und den slawischen Ländern von Erzherzog Johann eröffnet. Unter anderem wurde dort Anfang September die Bauernbefreiung von der Erbuntertänigkeit beschlossen.

In Folge der Ereignisse in Ungarn seit dem 12. September 1848, bei denen unter Führung von Lajos Kossuth der ungarische Aufstand in eine kriegerische Auseinandersetzung gegen die kaiserlichen Truppen mündete, und in Folge der Ermordung des österreichischen Kriegsministers Theodor Graf Baillet von Latour am 6. Oktober, kam es in Wien zur 3. Phase der österreichischen Revolution, der so genannten Wiener „Oktoberrevolution“. In deren Verlauf gelang es den Wiener Bürgern, Studenten und Arbeitern, die Hauptstadt in ihre Gewalt zu bringen, nachdem die Regierungstruppen geflohen waren. Aber die Revolutionäre konnten sich nur kurze Zeit halten.

Am 23. Oktober wurde Wien von konterrevolutionären Truppen aus Kroatien unter dem Banus Joseph Jellačić und aus dem böhmischen Prag unter Feldmarschall Alfred Fürst zu Windischgrätz eingeschlossen. Trotz des heftigen, aber aussichtslosen Widerstands der Wiener Bevölkerung, wurde die Stadt nach einer Woche von den kaiserlichen Truppen wieder eingenommen. Um die 2000 Aufständische waren gefallen. Weitere Anführer der Wiener Oktoberrevolution wurden zum Tode oder zu langen Haftstrafen verurteilt.



Hinrichtung Robert Blums; Gemälde von Carl Steffek, 1848/49

Unter den standrechtlich erschossenen Opfern war neben anderen auch der populäre linksliberal-republikanische Abgeordnete der Frankfurter Nationalversammlung Robert Blum, der am 9. November 1848 trotz seiner parlamentarischen Immunität hingerichtet wurde und damit zu einem Märtyrer der

Deutsche Geschichte (JR 313)

Revolution wurde. Literarisch wurde dieses Ereignis im (Volks-), „*Lied von Robert Blum*“ verarbeitet, welches aber vorwiegend in den deutschen Staaten außerhalb Österreichs gesungen wurde.

Am 2. Dezember 1848 kam es in Österreich zum Thronwechsel. Die revolutionären Ereignisse hatten die Führungsschwäche von Kaiser Ferdinand I. verdeutlicht. Auf Initiative des österreichischen Ministerpräsidenten, Feldmarschallleutnant Felix Fürst zu Schwarzenberg dankte Ferdinand ab und überließ den Thron seinem 18-jährigen Neffen Franz, der den Kaisernamen Franz Joseph I. annahm. Mit diesem Namen lehnte er sich bewusst an seinen Urgroßonkel Joseph II. (1741–1790) an, dessen Politik für Reformfreudigkeit gestanden hatte.

Damit war die Revolution in Österreich niedergeschlagen. Die im März ausgearbeitete Verfassung trat nie in Kraft. Allerdings blieben die Ereignisse in Ungarn und Italien zunächst noch ein Hindernis für Franz Joseph I., seinen Machtanspruch im ganzen Habsburgerreich durchzusetzen.

Kulturell war das Jahr 1848 durch die kurzfristige Aufhebung der Zensur geprägt. Dies hatte zur Folge, dass eine Vielzahl von Werken veröffentlicht wurde, Zeitschriften aus dem Boden schossen und wieder verschwanden und sich die Schreibkultur grundlegend wandelte. Friedrich Gerhards „*Die Presse frei!*“, M. G. Saphirs „*Der tote Zensor*“, das *Zensorlied* oder Ferdinand Sauters „*Geheime Polizei*“ geben ein Bild von der Aufbruchsstimmung. Es wurde auch scharfe Kritik am bestehenden System geübt. Beispiele dafür finden sich in Johann Nestroys *Freiheit in Krähwinkel*, *Skizzen zu Höllenangst*, *Lady und Schneider* oder *Die Lieben Anverwandten* (1848), in den politischen Gedichte von Anastasius Grün sowie in den Schriften von Franz Grillparzer: „*Dem Vaterlande*“ und „*Gedanken zur Politik*“.

Böhmen



Zeitgenössische Bilderreihe mit Szenen des Prager Pfingstaufstandes

Im Juni 1848 kam es in Böhmen zum Prager Pfingstaufstand. Dem Aufstand ging der ebenfalls in Prag vom 2. bis 12. Juni abgehaltene Slawenkongress voraus, an dem neben Posener Polen und slawischen Österreichern als einziger Russe auch der Anarchist Michail Bakunin teilnahm. Die Teilnehmer des Kongresses verlangten die Umwandlung der Donaumonarchie in einen Bund gleichberechtigter Völker. Ausdrücklich verworfen wurde die Forderung nach einem tschechischen Nationalstaat, stattdessen wurden lediglich Autonomierechte gegenüber der österreichischen Zentralregierung angestrebt. Der österreichische Kaiser Franz Ferdinand I. lehnte diese Forderungen strikt ab. Darauf begannen tschechische Revolutionäre den Pfingstaufstand gegen die österreichische Herrschaft. Der Aufstand wurde am 16. Juni 1848 von österreichischen Truppen unter Alfred Fürst von Windisch-Grätz niedergeschlagen.

Ungarn

In Ungarn, wo am 12. September 1848 Lajos Kossuth, bis dahin Finanzminister und Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, den liberalen Ministerpräsidenten Lajos Batthyány ablöste, wurde dem österreichischen Kaiser Ferdinand I. als Folge der revolutionären Ereignisse in Österreich die Anerkennung als König von Ungarn verwehrt.

Der kaiserliche Erlass der Oktroyierten Märzverfassung führte am 7. März 1849 zum Unabhängigkeitsaufstand. Um den Aufstand niederzuschlagen, marschierte eine kaiserliche Armee unter Alfred Fürst zu Windischgrätz in Ungarn ein. Diese musste sich jedoch am 10. April 1849 vor dem mit Freischaren und polnischen Emigranten verstärkten Revolutionsheer zunächst zurückziehen.



Lajos Kossuth (1802–1894), Lithographie von Jacott

Am 14. April 1849 erklärte der ungarische Reichstag seine Unabhängigkeit vom Hause Habsburg-Lothringen und rief die Republik aus. Kossuth wurde daraufhin zum ungarischen Reichsverweser erklärt. Er hatte als solcher diktatorische Vollmachten.

Die anderen europäischen Staaten erkannten jedoch die Unabhängigkeit nicht an. Daher leisteten russische Truppen der österreichischen Armee Beistand, und schlugen schließlich gemeinsam die ungarische Revolution nieder. Am 3. Oktober 1849 kam es in der Festung Komárom zur Kapitulation der letzten ungarischen Einheiten. In den darauf folgenden Tagen und Wochen wurden über hundert Anführer des ungarischen Aufstands in Arad hingerichtet. Am 6. Oktober 1849, dem ersten Jahrestag des Wiener Oktoberaufstands, folgte die Hinrichtung des ehemaligen Ministerpräsidenten Batthyány in Pest. Lajos Kossuth, der politisch bedeutendste Vertreter der ungarischen Freiheitsbewegung, konnte sich im August 1849 ins Exil absetzen. Bis zu seinem Tod 1894 in Turin trat er für die Unabhängigkeit Ungarns ein.

Italienische Provinzen und Staaten



Giuseppe Mazzini (1805–1872)



Giuseppe Garibaldi (1807–1882)

[http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Sanesi -](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Sanesi_-_La_proclamazione_della_Repubblica_di_San_Marco,_Marzo_1848_-_litografia_-_ca._1850.jpg&filetimestamp=20071214163341)

[La proclamazione della Repubblica di San Marco, Marzo 1848 - litografia - ca. 1850.jpg&filetimestamp=20071214163341](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Sanesi_-_La_proclamazione_della_Repubblica_di_San_Marco,_Marzo_1848_-_litografia_-_ca._1850.jpg&filetimestamp=20071214163341)

Ausrufung der Repubblica di San Marco in der Lagune von Venedig vor dem Dogenpalast am 23. März 1848 (Lithografie von Sanesi, ca. 1850)

Italien bestand im 19. Jahrhundert, nach der militärischen Beendigung der napoleonischen Hegemonie in Europa und auch in den italienischen Fürstentümern, aus verschiedenen Einzelstaaten. Die oberitalienischen Gebiete (Lombardei, Venetien, die Toskana und Modena) standen unter österreichischer Oberhoheit. Spätestens seit den 1820er Jahren war es zu den Aufständen des Risorgimento („Wiedererstehung“) gekommen, die einen italienischen Einheitsstaat anstrebten, und sich damit auch gegen die österreichische Herrschaft in Oberitalien richteten. Aus dem Untergrund besonders aktiv waren dabei die Gruppen um die radikaldemokratischen Nationalrevolutionäre Giuseppe Mazzini und Giuseppe Garibaldi in den 1830er Jahren, als sie in verschiedenen Regionen Italiens im Gefolge der französischen Julirevolution mehrere Aufstände initiierten, die jedoch alle scheiterten.

Auch in der Zeit der Märzrevolution spielten diese Revolutionäre in Italien eine wichtige Rolle. Mazzinis Thesen von einem geeinten freien Italien in einem von den monarchischen Dynastien befreiten Europa der Völker, die in der verbotenen Zeitung Giovine Italia („Junges Italien“) verbreitet wurden, hatten nicht nur Einfluss auf die Revolutionen in den italienischen Staaten, sondern waren auch bedeutsam für die radikaldemokratischen Strömungen in vielen anderen Regionen Europas.

Deutsche Geschichte (JR 313)

Die revolutionären Ereignisse von 1848 fanden nicht nur in Norditalien, sondern auch in anderen Provinzen Italiens starken Widerhall. Schon im Januar 1848 war es in Sizilien, in Mailand, Brescia und Padua zu ersten Erhebungen italienischer Freiheitskämpfer gegen die Vorherrschaft der Bourbonen im Süden und die der Österreicher im Norden gekommen, die sich am 17. März 1848 in Venedig und Mailand verstärkten. In Mailand erklärten die Revolutionäre die Unabhängigkeit der Lombardei von Österreich und den Anschluss ans Königreich Sardinien-Piemont. Diese Situation führte schließlich zum Krieg zwischen Sardinien-Piemont und Österreich (vgl. Erster Italienischer Unabhängigkeitskrieg).

König Karl Albert von Sardinien-Piemont, der schon am 4. März 1848 in seinem Staat eine an Frankreich orientierte Repräsentativverfassung erlassen hatte, mit der er eine konstitutionelle Monarchie einführte, wollte die revolutionäre Stimmung nutzen, um Italien unter seiner Führung zu einen. Nach anfänglichen Erfolgen Karl Alberts wurden jedoch am 25. Juli 1848 bei der Schlacht von Custoza in der Nähe des Gardasees die Truppen des Königs von den Österreichern unter Feldmarschall Johann Wenzel Radetzky geschlagen. Im Waffenstillstand vom 9. August musste die Lombardei an Österreich abgetreten werden. Nur Venedig blieb vorläufig unbesetzt. Italienische Revolutionäre hatten am 23. März 1848 die Stadt für unabhängig erklärt und die Repubblica di San Marco unter Führung von Daniele Manin ausgerufen.

Als schließlich im Februar 1849 Aufständische gegen den Großherzog Leopold II. von Habsburg in der Toskana putschten, kam es erneut zum Krieg. Dieser wurde wieder zugunsten der kaiserlichen Österreicher unter Radetzky bei ihrem Sieg am 23. März 1849 in der Schlacht bei Novara gegen die 100.000 Mann starke Armee Sardiniens entschieden. Damit war die italienische Einigungsbewegung vorerst zerschlagen und die österreichische Vorherrschaft in Oberitalien im Wesentlichen wieder hergestellt. König Karl Albert von Sardinien-Piemont dankte zugunsten seines Sohnes Viktor Emanuel II. ab und ging nach Portugal ins Exil. Der neue König schloss am 6. August in Mailand einen Friedensvertrag mit Österreich.

Als letzte Bastion der oberitalienischen Aufstände von 1848/49 wurde am 24. August 1849 die revolutionäre Republik von Venedig niedergeschlagen. Radetzky erhielt vom Kaiser das Amt des General-, Zivil- und Militärgouverneurs von Lombardo-Venetien.

Auch in vielen nicht-österreichischen Gebieten Italiens kam es 1848/49 zu revolutionären Unruhen, beispielsweise im Königreich Neapel-Sizilien, auch Königreich beider Sizilien genannt, wo es schon im Januar 1848 zu Aufständen gekommen war, worauf König Ferdinand II. von Neapel-Sizilien eine Verfassung erließ.

Papst Pius IX. floh vor den sich zuspitzenden Unruhen im November 1848 aus Rom und verließ den Kirchenstaat. Er setzte sich nach Gaeta an der Küste Neapel-Siziliens ab. Am 9. Februar 1849 riefen die römischen Revolutionäre unter Giuseppe Mazzini die Republik im Kirchenstaat aus. Am 3. Juli 1849 wurde die römische Revolution von französischen und spanischen Truppen niedergeschlagen, was teilweise in Frankreich selbst zu Protesten, etwa in Lyon, geführt hatte. Nach der Zerschlagung des Aufstands wurde die Macht von einem Exekutivkomitee aus Kardinälen übernommen. Erst 1850 kehrte der Papst zurück, machte einen Großteil seiner 1846 eingeführten Reformen rückgängig und etablierte polizeistaatliche Verhältnisse.

Bayern

In Bayern kam es seit dem 4. März 1848 zunehmend zu demokratisch und liberal motivierten Unruhen und Aufständen. Der bayrische König Ludwig I. gab am 6. März einigen Forderungen der Revolutionäre nach und berief ein liberaleres Kabinett ein. Allerdings steckte der König auch anderweitig wegen seines nicht standesgemäßen Verhältnisses zu der vermeintlichen spanischen Tänzerin Lola Montez, dem er die Staatsgeschäfte teilweise unterordnete, in einer Krise. Diese Affäre brachte Ludwig auch Kritik aus dem konservativ-katholischen Lager ein. Am 11. März 1848 wurde Lola Montez aus München verbannt. Zu neuen Unruhen kam es, als es hieß, die Tänzerin sei wieder zurückgekehrt. Daraufhin dankte der König schließlich zugunsten seines Sohnes, Maximilian II., ab.

Nach dem Scheitern der Paulskirchenverfassung kam es im Rahmen der Reichsverfassungskampagne wie in einigen anderen Regionen Deutschlands auch, in der damals zu Bayern gehörenden Rheinpfalz im Mai 1849 zum Pfälzischen Aufstand. Im Verlauf dieses Aufstands wurde die Rheinpfalz kurzzeitig von der bayerischen Herrschaft abgespalten. Der Aufstand wurde jedoch schnell von preußischen Truppen niedergeschlagen.



Michail Bakunin (1815–1876)

Im Königreich Sachsen kam es im Zuge der revolutionären Ereignisse im März 1848 zu einem Ministerwechsel und zu einigen liberalen Reformen. Nach der Ablehnung der ein Jahr später, am 28. März 1849 in Frankfurt verabschiedeten Reichsverfassung durch den sächsischen König kam es am 3. Mai zum Dresdner Maiaufstand.

Zentrale Figur dieser Erhebung von etwa 12.000 Aufständischen, unter denen sich auch der damalige Hofkapellmeister Richard Wagner befand, war der russische Anarchist Michail Bakunin. Das Ziel des Aufstands war die Durchsetzung der Reichsverfassung („Reichsverfassungskampagne“) und die Erringung demokratischer Rechte. Der Kampf der Radikalen, organisiert in den Märzvereinen, bezweckte aber weniger die Anerkennung der Verfassung selbst, sondern die Durchsetzung und Anerkennung einer sächsischen Republik in der Reichsverfassung.

Die Revolutionäre bildeten eine provisorische Regierung, nachdem der König aus der Stadt in die Festung Königstein geflohen war, die Kammern aufgelöst und die Minister zurückgetreten waren. Die sächsischen Truppen standen größtenteils in Holstein. Die geflohene sächsische Regierung wandte sich an Preußen um Hilfe. Die preußischen Truppen schlugen zusammen mit den verbliebenen regulären Militäreinheiten Sachsens den Aufruhr am 9. Mai 1849 nach erbitterten Straßenkämpfen nieder.

Holstein, Schleswig; Erster deutsch-dänischer Krieg

Ende März 1848 kam es in den nördlichen Herzogtümern Schleswig und Holstein zu einem nationaldeutschen Aufstand, nachdem der dänische König Friedrich VII. unter Einfluss dänischer Nationalliberaler eine gemeinsame Verfassung für das Königreich Dänemark und die beiden Herzogtümer Schleswig und Holstein (Gesamtstaatsverfassung) durchsetzen wollte. Die Herzogtümer unterstanden damals dem dänischen König in seiner Eigenschaft als Herzog. Holstein war jedoch als deutsches Lehen Mitglied des Heiligen Römischen Reiches bzw. ab 1815 des Deutschen Bundes, während Schleswig ein königlich-dänisches Lehen war. Deutsche Nationalliberale fürchteten die Einverleibung Schlesiws in Dänemark und bildeten eine provisorischen Regierung. Die Regierung wurde noch vor der Eröffnung der Frankfurter Nationalversammlung vom Bundestag des deutschen Bundes in Frankfurt am Main anerkannt, allerdings wurde die formelle Aufnahme Schlesiws in den Bund vermieden. Daraufhin begann der erste deutsch-dänische Krieg. Preußische Truppen stießen im Auftrag des Bundes unter Generalfeldmarschall Friedrich von Wrangel bis Jütland vor.



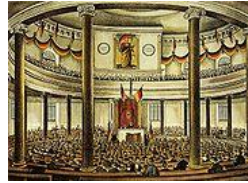
Erstürmung der Barrikade an der Konstablerwache in Frankfurt am Main am 18. September 1848 durch preußisches Militär, Lithographie von E. G. May nach einer Zeichnung von Jean Nicolas Ventadour Dieses Vorgehen führte zum diplomatischen Druck auf Preußen durch Russland und England, die drohten, Dänemark militärisch beizustehen. Preußen lenkte ein, und König Wilhelm IV. schloss am 26. August 1848 einen Waffenstillstand mit Dänemark (Waffenstillstand von Malmö). Darin war der Rückzug der Bundestruppen aus Schleswig und Holstein sowie die Auflösung der provisorischen Regierung in Kiel vorgesehen.

Dieses eigenmächtige Vorgehen Preußens führte in der inzwischen tagenden Nationalversammlung in Frankfurt zu einer Krise. Es wurde deutlich, wie geringfügig die Mittel und der Einfluss der Nationalversammlung waren. Sie war letztlich hilflos dem Gutdünken der mächtigen Einzelstaaten

Deutsche Geschichte (JR 313)

Preußen und Österreich ausgeliefert. Da die Nationalversammlung über keine eigenen Machtmittel verfügte, um den Krieg gegen Dänemark ohne Preußen weiter zu führen, sah sie sich am 16. September 1848 gezwungen, der Waffenstillstandsvereinbarung zuzustimmen. Die Folge dieser Zustimmung waren erneute Unruhen in ganz Deutschland und besonders in Frankfurt am Main (vgl. Septemberunruhen). Darauf wurden preußische und österreichische Truppen nach Frankfurt befohlen, gegen die es am 18. September zu Barrikadenkämpfen kam. Bei diesen Kämpfen ging es den Aufständischen nicht einmal mehr so sehr um die Schleswig-Holstein-Frage, sondern nun zunehmend um die Verteidigung der Revolution selbst.

Frankfurter Nationalversammlung



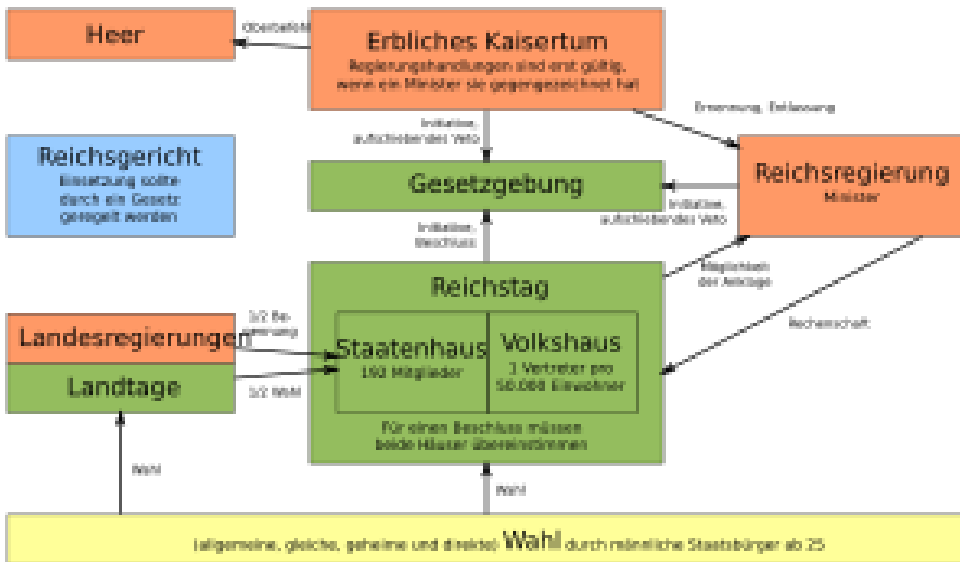
Die Frankfurter Nationalversammlung in der Paulskirche



Debatte in der Frankfurter Nationalversammlung während einer Rede Robert Blums; Gemälde von Ludwig von Elliott, Juni 1848



Karikatur auf die Schaffung eines deutschen Nationalstaats. Von links: Heinrich von Gagern, Alexander von Soiron, Carl Theodor Welcker und Friedrich Daniel Bassermann.



Schema der geplanten Staatsstruktur eines einheitlichen Deutschland in der Paulskirchenverfassung von 1849

Nachdem Friedrich Daniel Bassermann in der badischen Ständeversammlung am 12. Februar 1848 eine Volksvertretung beim Deutschen Bundestag gefordert hatte, gewann diese Forderung ein außerparlamentarisches Eigenleben, die Heidelberger Versammlung am 5. März endete mit der Einladung zu einem Vorparlament als Konstituante. Nachdem der Bundestag am 3. März mit der Freigabe der Pressefreiheit auf den Druck der Öffentlichkeit reagiert hatte, versuchte er auch auf dem

Feld der Verfassung und der parlamentarischen Vertretung die Hoheit zurückzugewinnen durch das Eingeständnis der Notwendigkeit einer Revision der Bundesakte und die Einsetzung eines Siebzehnerausschusses zur Erarbeitung einer neuen Verfassungsgrundlage für ein einiges Deutschland. Das Vorparlament, in dem die Liberalen gegen die radikale Linke die Oberhand behielten, beschloss in den ersten Apriltagen, mit dem Deutschen Bund zusammenzuarbeiten und im Sinne einer Verrechtlichung der Bewegung gemeinsam die Wahlen zu einer konstituierenden Nationalversammlung anzugehen. Zur Repräsentation der revolutionären Bewegung gegenüber dem Bundestag wurde der Fünfigerausschuss eingerichtet, der Bundestag rief die Staaten des Deutschen Bundes zur Durchführung der Wahl zur Nationalversammlung auf. Diese trat am 18. Mai 1848 in der Paulskirche in Frankfurt am Main erstmals zusammen und wählte den gemäßigten Liberalen Heinrich von Gagern zu ihrem Präsidenten. Die Nationalversammlung stellte eine provisorische Zentralgewalt als Exekutive auf, die die Staatsgewalt vom Bundestag übernahm. An der Spitze der Zentralgewalt stand der österreichische Erzherzog Johann als Reichsverweser, Fürst Karl zu Leiningen fungierte als Ministerpräsident des neu geschaffenen „Reichsministeriums“.

Die Frankfurter Nationalversammlung sollte die deutsche Einheit vorbereiten und eine gesamtdeutsche Reichsverfassung ausarbeiten. In der Nationalversammlung waren vornehmlich die Schichten des Bürgertums vertreten, Männer von Besitz und Bildung, hohe Beamte, Professoren, Offiziere, Richter, Staatsanwälte, Advokaten usw. Aufgrund der Häufung des gehobenen Bürgertums wurde die Nationalversammlung vom Volk teilweise abschätzig spöttelnd als „Honoratiorenparlament“ oder „Professorenparlament“ bezeichnet. Im Rahmen der parlamentarischen Arbeit bildeten sich bald unterschiedliche Gruppierungen und Fraktionen heraus, die sich nach den Lokalen benannten, in denen sie sich nach oder zwischen den Sitzungen trafen, um ihre Anträge und Vorstellungen abzustimmen. Außer einer großen Gruppe nicht den – ohnehin Verschiebungen unterworfenen – Fraktionen angehörenden Abgeordneten entstanden im Wesentlichen zwei ideologische Flügel und zwei Mittelparteien:

1. Die *demokratische Linke* – im Sprachgebrauch der damaligen Zeit auch als die *Ganzen* bezeichnet, bestehend aus den Fraktionen Deutscher Hof, Donnersberg (linksaußen), ab November auch Nürnberger Hof – seit Anfang 1849 übergreifend unter dem Dach des Centralmärzvereins vereinigt, aus dem vor allem das „Rumpfparlament“ erwuchs.
2. Das *parlamentarisch-liberale linke Zentrum* – bestehend aus Württembergischer Hof und Westendhall, ab September auch Augsburger Hof, ab Februar 1849 mit dem rechten Zentrum zur „Weidenbusch“-Gruppe vereinigt.
3. Das *konstitutionell-liberale rechte Zentrum* – geprägt von der größten Fraktion Casino, ab August mit der Abspaltung Landsberg – zusammen mit dem linken Zentrum bildeten sie die *liberale Mitte*, die sogenannten *Halben*. Anfang 1849 schloss sich ein Teil des Casinos mit den Rechten zum Pariser Hof zusammen.
4. Die *konservative Rechte* – meist protestantische Konservative, tagten zuerst im Steinernen Haus, ab September bekannt als Café Milani.

Die Vorstellungen der Fraktionen reichten von der von den *Ganzen* vertretenen „radikaldemokratischen“ Minderheitsposition der Errichtung einer parlamentarischen gesamtdeutschen demokratischen Republik, über eine von den *Halben* vertretene konstitutionelle Monarchie mit Erbkaisertum als so genannte Kleindeutsche Lösung (ohne Österreich) oder als so genannte großdeutsche Lösung (mit Österreich), bis hin zum Erhalt des Status quo.

Zu der lähmenden Uneinigkeit der Abgeordneten kam das Fehlen einer handlungsfähigen Exekutive, um die Beschlüsse des Parlaments durchzusetzen, die u. a. oft an österreichischen oder preußischen Alleingängen scheiterten. Dies führte zu mehreren Krisen, so etwa in der schleswig-holsteinischen Frage bezüglich eines Krieges gegen Dänemark (→ oben: Holstein, Schleswig; Erster preußisch-dänischer Krieg).

Trotz allem wurde am 28. März 1849 mit einer Mehrheit von 42 Stimmen die Paulskirchenverfassung verabschiedet, die eine kleindeutsche Lösung unter preußischer Führung vorsah. Der König von Preußen war als Kaiser vorgesehen. Als am 3. April König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen die ihm durch die Kaiserdeputation angetragene Kaiserwürde ablehnte, war die Frankfurter Nationalversammlung faktisch gescheitert. Von den deutschen Mittelstaaten stimmten 29 der Verfassung zu. Österreich, Bayern,

Deutsche Geschichte (JR 313)

Preußen, Sachsen und Hannover lehnten sie ab. Die preußischen und österreichischen Abgeordneten verließen die Nationalversammlung, als sie von ihren Regierungen illegal abberufen wurden.

Um trotz des Erstarkens der Gegenrevolution die Verfassung dennoch in den einzelnen Ländern durchzusetzen, kam es im Mai 1849 in einigen Revolutionszentren zu den so genannten Maiaufständen im Rahmen der Reichsverfassungskampagne. Diese Aufstände bildeten einen zweiten, radikalisierten Revolutionsschub, der in einigen Gebieten des Bundes wie etwa in Baden und Sachsen bürgerkriegsähnliche Ausmaße annahm. Die Frankfurter Nationalversammlung verlor durch die Abberufungen und weitere Austritte den Großteil ihrer Mitglieder und zog als „Rumpfparlament“ ohne die preußischen und österreichischen Abgeordneten am 30. Mai 1849 nach Stuttgart um. Am 18. Juni 1849 wurde dieses Rumpfparlament von württembergischen Truppen gewaltsam aufgelöst. Mit der Niederschlagung der letzten revolutionären Kämpfe am 23. Juli in Rastatt war die *Deutsche Revolution 1848/49* endgültig gescheitert.

Auswirkungen und Folgen in Deutschland

Die Niederschlagung der Revolution und der Sieg der Reaktion hatte einen spezifisch deutschen Dualismus zwischen den Ideen von Nation (→Patriotismus, Nationalismus) und Demokratie geschaffen, der die Geschichte Deutschlands langfristig prägte, und der bis in die Gegenwart spürbar ist. Anders als beispielsweise in Frankreich, den Vereinigten Staaten und anderen Ländern, in denen „Nation“ und „Demokratie“ nach erfolgreichen Revolutionen traditionell eher als Einheit gesehen werden und ein Bekenntnis zur Nation in der Regel auch ein Bekenntnis zur Demokratie mit einschließt, ist das Nation-Demokratie-Verhältnis in Deutschland bis heute Gegenstand polarisierend-kontroverser und oft sehr emotional geführter Debatten (→Deutscher Sonderweg).

Nach dem Scheitern der Revolution setzte sich eine reaktionäre Konterrevolution durch. In der als Reaktionsära bezeichneten Periode des auf 1848 folgenden Jahrzehnts kam es erneut zu einer gewissen Restauration der alten Verhältnisse, die jedoch nicht mehr ganz die Ausmaße der Metternichschen Repression während des Vormärz annahm.

Das offensichtliche Scheitern der nationalstaatlichen Ziele der Revolution von 1848/49 lenkt oft den Blick ab von den bleibenden Erfolgen und nachhaltigen Fortschritten, die in den Revolutionsjahren erzielt wurden, und die von der siegreichen Gegenrevolution nicht revidiert werden konnten. An erster Stelle wird hierzu meist die endgültige Auflösung der feudalen Ordnung genannt. Die Forderungen nach Aufhebung der Erbuntertänigkeit und Aufhebung der feudalen Lasten konnte von weiten Teilen der ländlichen und bäuerlichen Bevölkerung als eine der Ihren verstanden werden und führte sie zur Beteiligung an den Bewegungen des März 1848. Sie gaben der Revolution die Massenbasis und waren damit maßgeblich für den Erfolg der Märzrevolutionen verantwortlich. Bauernkriegsfurcht und Angst vor der sozialen Revolution hatten wesentlich zum schnellen Zurückweichen und Einlenken der Machthaber beigetragen. Die Vorstellung, nach der sich die Bauern nach Erfüllung ihrer Forderungen von der Revolution zurückziehen, ihr so die Massenbasis nehmen und so zu einem Grund des Scheiterns werden, wurde von dem Kulturwissenschaftler Wilhelm Heinrich Riehl, einem Zeitgenossen der Revolution, geprägt. Sie wurde in der neueren Historiographie relativiert: Alltags- und kulturhistorische Forschungen zeigen, dass die Beteiligung ländlicher Bevölkerungsteile an den revolutionären Ereignissen der Jahre 1848/1849 weitaus stärker war, als man lange Zeit einräumen wollte. Insbesondere die Reichsverfassungskampagne war von einer breiten Mobilisierung im ländlichen Bereich, auch bei bäuerlichen Bevölkerungsteilen, getragen worden.

Ein weiterer bleibender Erfolg der Revolutionsjahre war die Abschaffung der geheimen Inquisitionsjustiz der Restaurations- und Vormärzzeit. Die Forderung nach Öffentlichkeit der Strafgerichtsbarkeit, nach öffentlichen Geschworenengerichten, hatte zu den fundamentalen Märzforderungen gehört. Ihre Durchsetzung führte zu einer nachhaltigen Verbesserung der Rechtssicherheit.



Erstausgabe der Satirezeitschrift *Kladderadatsch* (Mai 1848)

Zudem entstand während der Revolution nach Auflockerung der Pressezensur eine mehr oder weniger pluralistische Presselandschaft. Neue Zeitungen nahmen von links bis rechts Einfluss auf das politische Zeitgeschehen. Auf der Linken war dies etwa die von Karl Marx herausgegebene „Neue Rheinische Zeitung“, die 1849 verboten wurde. Die gemäßigte Mitte wurde unter anderem von der „Deutschen Zeitung“ vertreten, die Rechte wurde von der „Neuen Preußischen Zeitung“ („Kreuzzeitung“), an deren Gründung Otto von Bismarck beteiligt war, repräsentiert. Mit dem „Kladderadatsch“ wurde am 7. Mai 1848 auch eine der ersten bedeutenden satirischen Zeitschriften Deutschlands ins Leben gerufen.

Die nationale Idee einer kleindeutschen Einigung (→Unionspolitik) wurde – nach ihrem vorläufigen Scheitern in der Olmützer Punktation 1850 – schließlich von den herrschenden konservativen Kräften unter preußischer Führung, besonders unter Otto von Bismarck als preußischem Ministerpräsidenten seit 1862, nach den drei „deutschen Einigungskriegen“ Preußens gegen Dänemark, gegen Österreich und gegen Frankreich von oben durch- und umgesetzt. 1871 wurde nach Preußens Sieg über Frankreich in Versailles König Wilhelm von Preußen als Wilhelm I. zum ersten deutschen Kaiser gekrönt und das Deutsche Reich ausgerufen, dessen Politik bis 1890 wesentlich durch den Reichskanzler Bismarck geprägt war.

Die im Lauf der Jahrzehnte zunehmende ideologische Überhöhung und Verklärung des deutschen Nationalismus und Militarismus, die mit einer gleichzeitigen Diskreditierung demokratischer Ideale durch die politisch herrschenden Gesellschaftsschichten einher ging, beförderte mittel- bis langfristig in immer stärkeren Maße auch antisemitische Ressentiments und das verstärkte Aufkommen rechtsextremer, im damaligen Sprachgebrauch „völkisch“-nationalistischer Gruppen und Parteien (→Völkische Bewegung). Diese Entwicklungen trugen schließlich mit zu den Kriegen und politischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts bei – Erster Weltkrieg, Zeit des Nationalsozialismus, Zweiter Weltkrieg und Holocaust.

Erst mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949, hundert Jahre nach dem Scheitern der Revolution, konnten die ursprünglichen demokratischen Ideale der Revolution wieder in den Vordergrund gestellt werden. Sowohl in die Weimarer Verfassung als auch ins Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland waren, beispielsweise mit den Grundrechten, wesentliche Elemente der 1849 gescheiterten Paulskirchenverfassung aufgenommen worden. Auch die Deutsche Demokratische Republik berief sich, allerdings mit anderer Ausrichtung, auf die von 1848 ausgegangenen Impulse.

Entwicklung der revolutionären Interessengruppen

Neue Emanzipationsbewegungen, besonders die Arbeiterbewegung und die Frauenbewegung, konnten die Revolution in ihren Ergebnissen nicht entscheidend bestimmen. Sie waren parlamentarisch nicht vertreten, waren auf die Mitvertretung ihrer Interessen durch die bürgerlich-liberaldemokratische Linke in den Parlamenten angewiesen. Die Revolution beförderte allerdings nachhaltig ihre Organisation. Es wurden Strukturen und Institutionen geschaffen, die Repression und Unterdrückung der Reaktionszeit überdauerten:

Zum Beispiel wurde am 3. September 1848 in Berlin die „Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung“ auf Initiative des Schriftsetzers Stefan Born gegründet. Sie gilt als erste überregionale Organisation der deutschen Arbeiterschaft und leitete die Entwicklung der Gewerkschaften ein. Am 12. Mai 1849 rief die

Deutsche Geschichte (JR 313)

Journalistin und frühe Frauenrechtlerin Louise Otto, nach ihrer späteren Heirat als Louise Otto-Peters bekannt, die neue politisch motivierte „Frauenzeitung“ ins Leben, in der sie unter anderem den Zusammenschluss von Arbeiterinnen nach dem Vorbild der Assoziationen männlicher Gesellen forderte. Die liberalen Kräfte sammelten sich 1861 in der ersten politischen Partei im modernen Sinn, der Deutschen Fortschrittspartei. Diese spaltete sich jedoch in Folge des Preußischen Verfassungskonflikts zwischen 1866 und 1868 in verschiedene Richtungen auf, wie sie sich schon in der Fraktionsbildung der Frankfurter Nationalversammlung angedeutet hatten: Nationalliberale (→Nationalliberale Partei), Freisinnige (→Deutsche Freisinnige Partei) bis hin zu den linkoliberalen bzw. sozialliberalen Strömungen (→Deutsche Volkspartei und Sächsische Volkspartei). In der Zersplitterung des deutschen Liberalismus und der weiteren Entwicklung der aus ihm hervorgegangenen Parteien zeigt sich die Polarität zwischen den unterschiedlichen Ideen von „Nation“ und „Demokratie“ besonders deutlich.

Die radikal-„libertäre“, staatsverneinende Strömung des Anarchismus entwickelte sich noch stärker in eine fundamental-sozialistische Richtung. In den 1870er Jahren kam es in der Internationalen Arbeiterassoziation, der „Ersten Internationale“, zum offenen Konflikt zwischen den anarchistischen Verfechtern des Sozialismus um Michail Bakunin und dessen marxistischen Verfechtern um Karl Marx. Der Konflikt führte zum Bruch zwischen Anarchismus und Kommunismus und letztendlich zur Auflösung der Internationale bis 1876.

Viele radikale Demokraten waren, wenn sie nicht inhaftiert oder hingerichtet worden waren, während und nach der Revolution ins Exil geflohen. Nach 1848/49 gab es eine beispiellose Auswanderungswelle, vor allem in die USA. Dort gibt es eine spezifische Bezeichnung für die deutschen Immigranten, die in Folge der Märzrevolution ins Land kamen: „The Forty-Eighters“ („Die Achtundvierziger“). Viele der „Forty-Eighters“ zeichneten sich auch in den USA durch ihr demokratisches politisches Engagement aus. Beispielsweise setzten sie sich 1860 für die Wahl Abraham Lincolns zum US-Präsidenten ein, bekämpften die Sklaverei oder beteiligten sich auf der Seite der Nordstaaten am Sezessionskrieg von 1861 bis 1865. Einige, wie etwa Lorenz Brentano oder Carl Schurz, machten in den USA auch eine politische Karriere. Schurz war von 1877 bis 1881 US-Innenminister.

Manch andere radikale Demokraten, die in Deutschland geblieben oder nach der Amnestie von 1862 wieder zurückgekehrt waren, schlossen sich der aufkommenden und ab den 1860er Jahren rasch wachsenden Arbeiterbewegung und der im 19. Jahrhundert marxistisch orientierten Sozialdemokratie an, aus deren verschiedenen Parteien sich zwischen 1863 und 1890 die SPD entwickelte (→Kommunismus, Sozialismus, Kommunistische Partei).

Die in Corps und seit Beginn des 19. Jahrhunderts auch in Burschenschaften organisierte „Bewegung“ der Studentenverbindungen, ursprünglich wegbereitend für die Märzrevolution, verlor zunächst an Bedeutung. Mit der Zeit verkümmerten deren liberale und demokratische Ideale zusehends zugunsten eines sich verstärkenden, rechtsorientierten autoritären Nationalismus, der mit einem zunehmend auch rassistisch definierten Antisemitismus einherging. Aus den derart ausgerichteten Verbindungen, insbesondere den so genannten schlagenden Verbindungen, bildete sich ein Teil der späteren intellektuellen Eliten des Kaiserreichs und des Nationalsozialismus heraus.

Nahezu alle im 20. Jahrhundert relevanten gesellschaftspolitischen Strömungen Deutschlands und Europas – von der radikalen Linken über bürgerliche Demokraten bis zur nationalistischen Rechten – können sich auf politische Ideen, Persönlichkeiten und Entwicklungen berufen, die in den Revolutionsjahren 1848/49 ihre fundamentale Prägung erfahren hatten.

Resümee Georg Herweghs



Georg Herwegh (1817–1875)

Ein eher bitteres und vorläufiges Resümee der Märzrevolution stammt vom sozialistisch-revolutionären Dichter Georg Herwegh, der 1848 selbst an den revolutionären Ereignissen in Baden beteiligt war. 1873, zwei Jahre vor seinem Tod, schrieb er unter dem Titel „Achtzehnter März“ zum 25-jährigen Jubiläum des

Deutsche Geschichte (JR 313)

Revolutionsbeginns in Preußen unter dem Eindruck des noch jungen deutschen Kaiserreichs, folgendes Gedicht.^[1]

Achtzehnhundert vierzig und acht,
Als im Lenze das Eis gekracht.
Tage des Februar, Tage des Märzen,
Waren es nicht Proletarierherzen.
Die voll Hoffnung zuerst erwacht,
Achtzehnhundert vierzig und acht?

Achtzehnhundert vierzig und acht,
Als du dich lange genug bedacht,
Mutter Germania, glücklich verpreußte,
Waren es nicht Proletarierfäuste,
Die sich ans Werk der Befreiung gemacht
Achtzehnhundert vierzig und acht?

Achtzehnhundert vierzig und acht,
Als du geruht von der nächtlichen Schlacht,
Waren es nicht Proletarierleichen,
Die du, Berlin, vor den zitternden, bleichen
Barhaupt grüßenden Cäsar gebracht
Achtzehnhundert vierzig und acht?

Achtzehnhundert siebenzig und drei,
Reich der Reichen, da stehst du, juchhei!
Aber wir Armen, verkauft und verraten,
Denken der Proletariertaten –
Noch sind nicht alle Märze vorbei,
Achtzehnhundert siebenzig und drei.

Die 1848/49er Revolution im engeren Sinn:

- Badische Revolution, Centralmärzverein, Charte Waldeck, Dresdner Maiaufstand, Elberfelder Aufstand, Februarrevolution 1848, Forty-Eighters, Frankfurter Nationalversammlung, Heckerzug, Iserlohner Aufstand von 1849, Kaiserdeputation, Neue Rheinische Zeitung, Paulskirchenverfassung, Pfälzischer Aufstand, Prager Pfingstaufstand, Preußische Nationalversammlung, Reichsverfassungskampagne, Revolution von 1848/49 im Kaisertum Österreich, Rumpfparlament (Deutschland), Sonderbundskrieg 1847 in der Schweiz, Vorparlament, Westfalen in der Revolution von 1848/49, Wiener Oktoberaufstand 1848

Die Revolution im weiteren Sinn und anderen Zusammenhängen:

- Literatur der Restaurationsepoche, Geschichte Deutschlands, Geschichte Österreichs, Industrielle Revolution, Liberalismus, Nationalismus, Restauration (Geschichte), Risorgimento, Vormärz, Wiener Kongress

Auswahl von für die Revolution aktiven Persönlichkeiten (Nachnamen in alphabetischer Reihenfolge)

- Michail Bakunin, Friedrich Daniel Bassermann, Robert Blum, Hermann Theodor Breithaupt, Lorenz Brentano, Friedrich Christoph Dahlmann, Karl Friedrich Christian Ludwig Freiherr Drais von Sauerbronn, Friedrich Engels, Heinrich von Gagern, Giuseppe Garibaldi, Georg Gottfried Gervinus, Friedrich Hecker, Georg Herwegh und Emma Herwegh, Gottfried Kinkel und Johanna Kinkel, Lajos Kossuth, Ferdinand Lassalle, Wilhelm Liebknecht, Giuseppe Mazzini, Ludwik Mieroslawski, Carl Mittermaier, Joseph Maximilian Moll, Ludwig Pfau, Franz Raveaux, Karl Schapper, Carl Schurz, Franz Sigel, Eduard Simson, Valentin Streuber, Gustav Struve und Amalie Struve, Carl Vogt, Franz Leo Benedikt Waldeck

Einzelnachweise

1. ↑ Siehe auch im Internet unter Projekt Gutenberg: Georg Herwegh: Achtzehnter März (März 1873).

Literatur

Deutsche Geschichte (JR 313)

- Helmut Bleiber, Walter Schmidt, Sabine Schötz (Hrsg.): *Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution 1848*. Fides, Berlin 2004. [ISBN 3-931363-11-2](#)
- Dieter Dowe, Heinz-Gerhard Haupt, Dieter Langewiesche (Hrsg.): *Europa 1848. Revolution und Reform*. J.H.W. Dietz Nachfolger, Bonn 1998. [ISBN 3-8012-4086-X](#)
- Friedrich Engels: *Revolution und Konterrevolution in Deutschland*. New York Daily Tribune, New York 1851/52, Nachdr. in: *Karl Marx und Friedrich Engels. Werke*. Band 8. Dietz, Berlin 1988. [ISBN 3-320-00611-8](#)
- Alfred Georg Frei, Kurt Hochstuhl: *Wegbereiter der Demokratie. Die badische Revolution 1848/49. Der Traum von der Freiheit*. G. Braun, Karlsruhe 1997. [ISBN 3-7650-8168-X](#)
- Sabine Freitag (Hrsg.): *Die 48-er. Lebensbilder aus der deutschen Revolution 1848/49*. Verlag C. H. Beck, München 1998. [ISBN 3-406-42770-7](#)
- Rüdiger Hachtmann: *Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution*. J.H.W. Dietz Nachfolger, Bonn 1997. [ISBN 3-8012-4083-5](#)
- Rüdiger Hachtmann: *Epochenschwelle zur Moderne. Einführung in die Revolution von 1848/49 - Reihe: Historische Einführungen 9*; edition diskord, 2002, [ISBN 3-89295-723-1](#) (online Rezension bei hsozkult)
- Klaus Herdepe: *Die Preußische Verfassungsfrage 1848*. Deutsche Universitätsedition Bd. 22. ars et unitas, Neuried 2003. [ISBN 3-936117-22-5](#)
- Wolfgang von Hippel: *Revolution im deutschen Südwesten. Das Großherzogtum Baden 1848/49*. Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs. Bd. 26. Kohlhammer, Stuttgart 1998 (kostenlos zu beziehen über die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg). [ISBN 3-17-014039-6](#)
- Hans Jessen (Hrsg.): *Die Deutsche Revolution 1848/49 in Augenzeugenberichten*. Karl Rauch, Düsseldorf 1968, DTV, München 1978. [ISBN 3-423-00927-6](#)
- Günter Mick: *Die Paulskirche. Streiten für Recht und Gerechtigkeit*. Kramer, Frankfurt Main 1988, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1997. [ISBN 3-7829-0357-9](#)
- Wolfgang J. Mommsen: *1848 - Die ungewollte Revolution*. Fischer Taschenbuch, Frankfurt Main 2000. [ISBN 3-596-13899-X](#)
- Thomas Nipperdey: *Deutsche Geschichte 1800-1866. Bürgerwelt und starker Staat*. C. H. Beck, München 1993. [ISBN 3-406-09354-X](#)
- Otto Rühle: *1848 - Revolution in Deutschland*. Dresden, 1927. Nachdr. Unrast, Münster 1998. [ISBN 3-928300-85-7](#)
- Wolfram Siemann: *Die deutsche Revolution von 1848/49*. Neue Historische Bibliothek Bd. 266. Suhrkamp, Frankfurt am Main 1985. [ISBN 3-518-11266-X](#) (Standardwerk!)
- Ulrich Speck: *1848. Chronik einer deutschen Revolution*. Insel, Frankfurt am Main und Leipzig 1998. [ISBN 3-458-33914-0](#)
- Veit Valentin: *Geschichte der deutschen Revolution 1848-1849*. 2 Bände. Beltz Quadriga, Weinheim-Berlin 1998 (Neudruck). [ISBN 3-88679-301-X](#) (ausführlichste Darstellung, Klassiker) Digitalisat auf google books
- Heinz Rieder: *Die Völker läuten Sturm - Die europäische Revolution 1848/49*. Casimir Catz, Gernsbach 1997. [ISBN 3-925825-45-2](#)
- Christian Jansen; Thomas Mergel (Hrsg.): *Die Revolutionen von 1848/49. Erfahrung - Verarbeitung - Deutung*". Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1998. [ISBN 3-525-01364-7](#)
- Horst Stuke; Wilfried Forstmann (Hrsg.): *Die europäischen Revolutionen von 1848*. Athenäum-Hain-Scriptor-Hanstein, Königstein/Ts. 1979 (Neue wiss.Bibl; 103 : Geschichte). [ISBN 3-445-01894-4](#) bzw. [ISBN 3-445-11894-9](#) (europäische Perspektive)
- Dieter Langewiesche (Hrsg.): *Die deutsche Revolution von 1848/49*. Wiss.Buchges., Darmstadt 1983 (Wege der Forschung; 164). [ISBN 3-534-08404-7](#) (historiographisch bedeutsame Aufsätze)
- Walter Grab (Hrsg.): *Die Revolution von 1848/49. Eine Dokumentation*. Nymphenburger, München 1980. Neuausgabe: Reclam, Stuttgart 1998 (Universal-Bibliothek; 9699). [ISBN 3-15-009699-5](#)
- Helmut Bleiber, Rolf Dlubek, Walter Schmidt (Hrsg.): *Demokratie und Arbeiterbewegung in der deutschen Revolution von 1848/49*. Beiträge eines Kolloquiums zum 150. Jahrestag der Revolution

Deutsche Geschichte (JR 313)

von 1848/49 am 6./7. Juni 1998 in Berlin”, Gesellschaft – Geschichte – Gegenwart Band 22, trafo verlag Berlin, 2000, [ISBN 3-89626-226-2](#) (Inhaltsverzeichnis und Vorwort-Auszug online)

Filme

- *Feuer*. Fernsehfilm. Revolutionsdrama zur Märzrevolution in Österreich. Österreich 1979, 90 Min., Regie: [Reinhard Schwabenitzky](#)
- *Lenz oder die Freiheit*. 4-teiliger Fernsehfilm. Revolutionsdrama zur badischen Revolution 1849. Nach der gleichnamigen Übersetzung des ursprünglich in englisch geschriebenen historischen Romans von [Stefan Heym](#) („The Lenz papers“). Bundesrepublik Deutschland 1986, 4 x 90 Min., Regie: [Dieter Berner](#)
- *Der Traum von der Freiheit - Die deutsche Revolution von 1848/49*. Szenische Dokumentation zur Märzrevolution. Deutschland 1997, 95 Min.

1871: Pendirian Reich

Pada tanggal 18 Januari, saat Perang Jerman-Perancis belum berakhir, Wilhelm I diproklamasikan di Versailles sebagai Kaisar Jerman. Reich Jerman (yang kedua) berupa monarki konstitusional. Tidak lama setelah pendirian kerajaan itu, perekonomian Jerman mengalami perkembangan cepat. →

Kekaisaran Jerman

<u>Sejarah Jerman</u>	
	
<u>Prasejarah Jerman</u>	
<u>Jerman pra-Romawi</u> (Etnogenesis)	
Periode Antik: <u>Jerman dan Kekaisaran Romawi</u>	
<u>Abad Pertengahan</u>	
<u>Dinasti Jermanik awal</u>	
<u>Kerajaan Franka</u>	
<u>Kekaisaran Romawi Suci</u>	
<u>Kolonisasi daerah Timur oleh bangsa Jerman</u>	
<u>Reformasi</u>	
<u>Perang Tiga Puluh Tahun</u>	
Sejarah Modern Jerman	
<u>Konfederasi Jerman</u>	
<u>Konfederasi Jerman Utara</u>	
<u>Negara Jerman</u> (<i>Deutsches Reich</i>)	
Kekaisaran Jerman	
▪ <u>Wilayah Timur Kekaisaran Jerman</u>	
<u>Perang Dunia I</u>	
<u>Republik Weimar</u>	
<u>Jerman Nazi</u>	
<u>Perang Dunia II</u>	
<u>Jerman di bawah Sekutu</u> (1945-1949)	
<u>Perbatasan Oder-Neisse</u>	
<u>Jerman Barat</u>	
<u>Jerman Timur</u>	
<u>Penyatuan Kembali Jerman</u>	

Istilah **Kekaisaran Jerman** (*Deutsches Kaiserreich*) umumnya merujuk kepada Jerman dari konsolidasinya sebagai sebuah negara bersatu sejak kemenangan koalisi Konfederasi Jerman Utara

dengan negara-negara Jerman selatan (dimotori Kerajaan Baden, Kerajaan Württemberg, dan Kerajaan Bayern) atas Prancis dalam Perang Prancis-Jerman, 18 Januari 1871, hingga turun takhtanya Kaiser (Kaisar) Wilhelm II pada 9 November 1918. Warga Jerman, ketika merujuk kepada Reich pada masa kekuasaan Kaisar ini, biasanya menggunakan istilah Kaiserreich dan istilah ini telah sering digunakan oleh sejarawan-sejarawan non-Jerman.

Sejak rezim inilah untuk pertama kalinya nama "Jerman" dipakai dalam pengertian modern yang sesungguhnya.

Arti Kekaisaran Jerman

Kekaisaran Jerman adalah sebuah percobaan persatuan kembali wilayah-wilayah di Eropa yang mayoritas penduduknya adalah bangsa Jerman setelah leburnya Kekaisaran Suci Romawi. Namun ide Kekaisaran Jerman ini adalah "Jerman Kecil" yang dikepalai Prusia tanpa Austria. Sebab kala itu ada perbedaan agama. Prusia beragama Protestan sedangkan Austria beragama Katolik. Namun di wilayah kekaisaran Jerman banyak pula warga yang beragama Katolik meski di beberapa daerah mereka didiskriminasi, apalagi jika mereka keturunan Polandia.

Negara-negara anggota dan wilayah Kekaisaran Jerman



Kekaisaran Jerman.

Negara bagian	Bentuk pemerintahan	Ibukota	Wilayah dalam km ²
<u>Prusia</u> dengan <u>Lauenburg</u>	<u>Kerajaan</u>	<u>Berlin</u>	348.702
<u>Bayern</u>	<u>Kerajaan</u>	<u>München</u>	75.870
<u>Württemberg</u>	<u>Kerajaan</u>	<u>Stuttgart</u>	19.511
<u>Sachsen</u>	<u>Kerajaan</u>	<u>Dresden</u>	14.992
<u>Baden</u>	<u>Großherzogtum</u>	<u>Karlsruhe</u>	15.067
<u>Mecklenburg-Schwerin</u>	<u>Großherzogtum</u>	<u>Schwerin</u>	13.126
<u>Hessen(-Darmstadt)</u>	<u>Großherzogtum</u>	<u>Darmstadt</u>	7.688
<u>Oldenburg</u>	<u>Großherzogtum</u>	<u>Oldenburg (Oldb)</u>	6.428
<u>Sachsen-Weimar(-Eisenach)</u> , seit 1903 amtlich: <u>Großherzogtum Sachsen</u>	<u>Großherzogtum</u>	<u>Weimar</u>	3.611
<u>Mecklenburg-Strelitz</u>	<u>Großherzogtum</u>	<u>Neustrelitz</u>	2.929
<u>Braunschweig</u>	<u>Herzogtum</u>	<u>Braunschweig</u>	3.672
<u>Sachsen-Meiningen</u>	<u>Herzogtum</u>	<u>Meiningen</u>	2.468
<u>Anhalt</u>	<u>Herzogtum</u>	<u>Dessau</u>	2.299
<u>Sachsen-Coburg und Gotha</u>	<u>Herzogtum</u>	<u>Gotha</u>	1.977
<u>Sachsen-Altenburg</u>	<u>Herzogtum</u>	<u>Altenburg</u>	1.323
<u>Lippe</u>	<u>Fürstentum</u>	<u>Detmold</u>	1.215
<u>Waldeck</u>	<u>Fürstentum</u>	<u>Bad Arolsen</u>	1.121

<u>Schwarzburg-Rudolstadt</u>	Fürstentum	<u>Rudolstadt</u>	940
<u>Schwarzburg-Sondershausen</u>	Fürstentum	<u>Sondershausen</u>	862
<u>Reuß jüngere Linie</u>	Fürstentum	<u>Gera</u>	826
<u>Schaumburg-Lippe</u>	Fürstentum	<u>Bückeburg</u>	340
<u>Reuß ältere Linie</u>	Fürstentum	<u>Greiz</u>	316
<u>Elsaß-Lothringen</u>	"Reichsland"	<u>Straßburg</u>	14.517
<u>Hamburg</u>	<u>Freie Stadt</u>	Hamburg	413
<u>Lübeck</u>	Freie Stadt	Lübeck	297
<u>Bremen</u>	Freie Stadt	Bremen	256
Bersama			540.766

Catatan dari teks asli:
Deutsches Kaiserreich

Deutsches Reich 1871–1918	
	
Navigation	
 Norddeutscher Bund ↔ Weimarer Republik 	
<u>Verfassung</u>	<u>Verfassung des Deutschen Reichs vom 16. April 1871</u>
<u>Amtssprache</u>	<u>Deutsch</u>
<u>Hauptstadt</u>	<u>Berlin</u>
<u>Regierungsform</u>	<u>Konstitutionelle Monarchie</u>
<u>Kaiser</u> 1871–1888 1888 1888–1918	<u>Wilhelm I.</u> <u>Friedrich III.</u> <u>Wilhelm II.</u>
<u>Fläche</u> (1910)	540.858 km ²
<u>Einwohnerzahl</u> 1871 (1. Dezember) 1890 (1. Dezember) 1910 (1. Dezember)	41.058.792 Ew. 49.428.470 Ew. 64.925.993 Ew.
<u>Bevölkerungsdichte</u> 1871 1890 1910	76 Ew. pro km ² 91 Ew. pro km ² 120 Ew. pro km ²
<u>Staatsgründung</u> 1. Januar 1871 18. Januar 1871	Inkrafttreten der <u>Novembervträge</u> <u>Proklamation</u>
<u>Nationalhymne</u>	<i>Keine.</i>

	Kaiserhymne: <u>Heil dir im Siegerkranz</u>
<u>Nationalfeiertag</u>	inoffiziell 2. September (<u>Sedantag</u>)
<u>Währung</u>	1 <u>Mark</u> = 100 <u>Pfennig</u>

Karte



Das **Deutsche Kaiserreich** wurde zur Reichsgründung am 18. Januar 1871 nach dem Sieg des Norddeutschen Bundes und der mit ihm verbündeten süddeutschen Staaten im Deutsch-Französischen Krieg gegründet. Auf kleindeutscher Grundlage und unter der Herrschaft der preußischen Hohenzollern war damit erstmals ein deutscher Nationalstaat entstanden.

Der Bundesstaat mit dem Namen Deutsches Reich war bis zur Novemberrevolution und der Abdankung Wilhelms II. am 9. November 1918 eine konstitutionelle Monarchie. Nach der Proklamation der Republik am Ende des Ersten Weltkriegs konstituierte die verfassunggebende Nationalversammlung das Reich 1919 als parlamentarische Demokratie.

Einleitender Überblick

In der Zeit des Kaiserreichs war Deutschland wirtschafts- und sozialgeschichtlich geprägt durch die Hochindustrialisierung. Ökonomisch und sozial-strukturell wandelte es sich in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts von einem landwirtschaftlich dominierten zu einem industriell ausgerichteten Staat. Auch der Dienstleistungssektor gewann mit dem Ausbau des Handels und des Bankenwesens wachsende Bedeutung. Das Wirtschaftswachstum wurde durch den Gründerkrach von 1873 und die ihm folgende langjährige Konjunkturkrise zeitweilig getrübt. Trotz erheblicher politischer Folgen änderte dies nichts an der strukturellen Entwicklung zum Industriestaat.

Kennzeichnend für den gesellschaftlichen Wandel waren ein deutliches Bevölkerungswachstum, Binnenwanderung und Urbanisierung. Die Gesellschaftsstruktur wurde durch die Zunahme der städtischen Arbeiterbevölkerung und – vor allem in den Jahren ab etwa 1890 – auch des neuen Mittelstandes aus Technikern, Angestellten, sowie kleinen und mittleren Beamten wesentlich verändert. Dagegen ging der Einfluss des Handwerks und des Adels – bezogen auf deren Beiträge zum Bruttosozialprodukt – eher zurück. Allerdings behielt der Adel sein hohes Sozialprestige und konnte weiterhin seine dominante Rolle beim Militär, in der Diplomatie und der höheren Zivilverwaltung behaupten.^[1]

Die innen- und außenpolitische Entwicklung wurde bis 1890 vom ersten und am längsten amtierenden Kanzler des Reiches, Otto von Bismarck, bestimmt. Dessen Regierungszeit lässt sich in eine relativ liberale Phase, geprägt von innenpolitischen Reformen und vom Kulturkampf, und eine eher konservativ geprägte Zeit nach 1878/79 einteilen. Als Zäsur gilt der Übergang zum Staatsinterventionismus (Schutzzoll, Sozialversicherung) und Repressionsmaßnahmen gegen die seit 1875 auf Basis des Gothaer Programms vereinten Sozialisten (SAP). Außenpolitisch versuchte Bismarck, das Reich durch ein

Deutsche Geschichte (JR 313)

komplexes Bündnissystem abzusichern. In seine Amtszeit fiel auch der – wenn auch erst später intensivierte – Einstieg in den überseeischen Imperialismus. Daraus folgten zunehmend internationale Interessenkonflikte mit anderen Kolonialmächten, insbesondere der Weltmacht Großbritannien.

Die Phase nach der Ära Bismarck wird in der Historiographie oft als Wilhelminisches Zeitalter bezeichnet, weil der 1888 inthronisierte Kaiser Wilhelm II. nach der Entlassung Bismarcks persönlich in erheblichem Umfang Einfluss auf die Tagespolitik ausübte. Allerdings spielten daneben auch andere, teilweise konkurrierende Akteure eine wichtige Rolle. Sie beeinflussten die Entscheidungen des Kaisers und ließen sie oft widersprüchlich und unberechenbar erscheinen: Zu den entsprechenden Faktoren gehörten die wechselnden Regierungen, die Parteien des Reichstags und Kreise der militärischen Führung.

Durch den Aufstieg von Massenverbänden und -parteien sowie der wachsenden Bedeutung der Presse gewann zudem die öffentliche Meinung an Gewicht. Nicht zuletzt darum versuchte die Regierung mit einer imperialistischen Weltpolitik, einer antisozialdemokratischen Sammlungspolitik und einer populären Flottenrüstung ihren Rückhalt in der Bevölkerung zu erhöhen.

Außenpolitisch führte das Weltmachtstreben, einhergehend mit der Aufrüstung des Reiches und der Auflösung des bismarckschen Bündnissystems, in die Isolation. Durch diese Politik hat das Reich dazu beigetragen, die Gefahren eines großen Krieges zu erhöhen. Als dieser Erste Weltkrieg schließlich 1914 ausgelöst wurde, war das Reich in einen Mehrfrontenkrieg verwickelt. Auch in der Innenpolitik gewann das Militär an Einfluss. Mit der zunehmenden Anzahl von Kriegstoten an den Fronten und der sozialen Not in der Heimat begann die Monarchie an Rückhalt zu verlieren. Der Zusammenbruch der Westfront und die Novemberrevolution bewirkten 1918 das Ende des Kaiserreichs.

Gliederung

Dem Kaiserreich gehörten 25 Bundesstaaten (*Bundesglieder*) – darunter die drei republikanisch verfassten Hansestädte Hamburg, Bremen und Lübeck – sowie das Reichsland Elsaß-Lothringen an.

Gliederung des Deutschen Kaiserreichs 1871–1918^[2]

<u>Bundesstaat</u> ☒	<u>Staatsform</u> ☒	<u>Hauptstadt</u> ☒	<u>Fläche in km² (1910)</u> ☒	<u>Einwohner (1910)</u> ☒
<u>Preußen</u>	<u>Königreich</u>	<u>Berlin</u>	348.780	40.165.219
<u>Bayern</u>	<u>Königreich</u>	<u>München</u>	75.870	6.887.291
<u>Württemberg</u>	<u>Königreich</u>	<u>Stuttgart</u>	19.507	2.437.574
<u>Sachsen</u>	<u>Königreich</u>	<u>Dresden</u>	14.993	4.806.661
<u>Baden</u>	<u>Großherzogtum</u>	<u>Karlsruhe</u>	15.070	2.142.833
<u>Mecklenburg-Schwerin</u>	<u>Großherzogtum</u>	<u>Schwerin</u>	13.127	639.958
<u>Hessen</u>	<u>Großherzogtum</u>	<u>Darmstadt</u>	7.688	1.282.051
<u>Oldenburg</u>	<u>Großherzogtum</u>	<u>Oldenburg</u>	6.429	483.042
<u>Sachsen(-Weimar-Eisenach)</u>	<u>Großherzogtum</u>	<u>Weimar</u>	3.610	417.149
<u>Mecklenburg-Strelitz</u>	<u>Großherzogtum</u>	<u>Neustrelitz</u>	2.929	106.442
<u>Braunschweig</u>	<u>Herzogtum</u>	<u>Braunschweig</u>	3.672	494.339
<u>Sachsen-Meiningen</u>	<u>Herzogtum</u>	<u>Meiningen</u>	2.468	278.762
<u>Anhalt</u>	<u>Herzogtum</u>	<u>Dessau</u>	2.299	331.128
<u>Sachsen-Coburg und Gotha</u>	<u>Herzogtum</u>	<u>Coburg/Gotha</u>	1.977	257.177
<u>Sachsen-Altenburg</u>	<u>Herzogtum</u>	<u>Altenburg</u>	1.324	216.128
<u>Lippe</u>	<u>Fürstentum</u>	<u>Detmold</u>	1.215	150.937
<u>Waldeck</u>	<u>Fürstentum</u>	<u>Arolsen</u>	1.121	61.707
<u>Schwarzburg-Rudolstadt</u>	<u>Fürstentum</u>	<u>Rudolstadt</u>	941	100.702
<u>Schwarzburg-Sondershausen</u>	<u>Fürstentum</u>	<u>Sondershausen</u>	862	89.917
<u>Reuß jüngere Linie</u>	<u>Fürstentum</u>	<u>Gera</u>	827	152.752

Deutsche Geschichte (JR 313)

<u>Schaumburg-Lippe</u>	Fürstentum	<u>Bückerburg</u>	340	46.652
Reuß ältere Linie	<u>Fürstentum</u>	<u>Greiz</u>	316	72.769
<u>Hamburg</u>	<u>Freie Stadt</u>	Hamburg	414	1.014.664
<u>Lübeck</u>	Freie Stadt	Lübeck	298	116.599
<u>Bremen</u>	Freie Stadt	Bremen	256	299.526
<u>Elsaß-Lothringen</u>	Reichsland	<u>Straßburg</u>	14.522	1.874.014
Deutsches Reich	Kaiserreich	Berlin	540.858	64.925.993

Geografisch-politische Lage in Mitteleuropa

Das Deutsche Kaiserreich hatte acht Nachbarstaaten:

Im Norden grenzte es an Dänemark (65 Kilometer), im Nordosten und Osten an das Russische Reich (1.322 Kilometer), im Südosten und Süden an Österreich-Ungarn (2.388 Kilometer), im Süden an die Schweiz (385 Kilometer), im Südwesten an Frankreich (392 Kilometer), im Westen an Luxemburg (219 Kilometer) und Belgien (84 Kilometer), im Nordwesten an die Niederlande (567 Kilometer).

Die Grenzlänge betrug insgesamt 5.422 Kilometer (ohne Grenze im Bodensee).

Vorgeschichte

Die deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts war bis zur Nationalstaatsgründung geprägt von vielfachen politischen und territorialen Veränderungen, die nach dem Ende des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation ab 1806 in eine neue Phase eingetreten waren. Das *Alte Reich*, ein von den römisch-deutschen Kaisern geführtes vor- und übernationales Gebilde, war zunehmend geprägt von den Interessengegensätzen seiner beiden Großmächte: Österreich und dem aufstrebenden Preußen. Es zerbrach durch die Napoleonischen Kriege und die von Frankreich initiierte Gründung des Rheinbundes.

In der Folgezeit verstärkten sich, ausgelöst durch das Vorbild der französischen Revolution und der Befreiungskriege gegen die Hegemonie der *Grande Nation* unter Napoléon Bonaparte, in nahezu ganz Europa einschließlich des deutschen Sprachraums Nationalstaatsbewegungen mit der Vorstellung der Nation als Grundlage der Staatenbildung. Als Großdeutsche Lösung wurde dabei ein einheitliches Reich unter Einbeziehung Österreichs, als Kleindeutsche Lösung ein Reich ohne Österreich bezeichnet.

Nach dem Sieg der gegen Frankreich stehenden Fürstentümer Europas (ihnen voran Großbritannien, Preußen, Russland und Österreich) über die Armeen Napoléons hatten die deutschen Fürsten jedoch kein Interesse an einer zentralen Macht, die ihre Autonomie beschneiden würde. Auf dem Wiener Kongress wurde 1815 daher lediglich der Deutsche Bund gegründet, ein lockerer Zusammenschluss jener Gebiete, die vor 1806 zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation gehört hatten. Die dem Wiener Kongress folgende, in der späteren Geschichtsschreibung als Vormärz bezeichnete Ära war geprägt von der Restaurationspolitik, die überstaatlich vom österreichischen Staatskanzler Clemens Wenzel Fürst von Metternich dominiert war. Im Rahmen der sogenannten Heiligen Allianz, einem zunächst zwischen Österreich, Preußen und Russland geschlossenen Bündnis, sollte die Restauration innenpolitisch und zwischenstaatlich die Machtverhältnisse des Ancien Régime in Europa wiederherstellen, wie sie vor der französischen Revolution von 1789 geherrscht hatten.



Jubelnde Revolutionäre nach Barrikadenkämpfen am 18. März 1848 in Berlin

Dieser Politik entgegenstehende nationalstaatliche und bürgerlich-demokratische Bewegungen führten zu zahlreichen Erhebungen in weiten Teilen Mitteleuropas, zu denen schließlich auch die Märzrevolution von 1848 in den deutschen Staaten zählt. Abgeordnete des durch die Revolution neu entstandenen ersten gesamtdeutschen, demokratisch gewählten Parlaments, der Frankfurter Nationalversammlung, boten nach der Verabschiedung der sogenannten Paulskirchenverfassung dem preußischen König Friedrich Wilhelm IV. im Rahmen der kleindeutschen Lösung die deutsche Kaiserkrone an. Weil dieser aber mit Berufung

Deutsche Geschichte (JR 313)

auf sein Gottesgnadentum ablehnte, scheiterte der Versuch, den Großteil der deutschen Staaten auf konstitutioneller Basis zu vereinigen.

Der Deutsche Bund existierte nach der letztlich gewaltsamen Niederschlagung der revolutionären Bewegung von 1848/49 unter österreichischer Führung weiter. Es folgte ein Jahrzehnt der politischen Reaktion (Reaktionsära), in dem demokratische und liberale Bestrebungen erneut unterdrückt wurden. Ab Beginn der 1860er-Jahre bildeten sich in den deutschen Staaten die ersten politischen Parteien im heutigen Sinn.

1864 gelangte der Bund im Sinn eines einheitlichen Bündnisses zu größerer Bedeutung, als sich an der Schleswig-Holsteinischen Frage der Deutsch-Dänische Krieg entzündete, in dem Preußen und Österreich aufgrund einer Bundesexekution Seite an Seite standen. Diese Einvernehmlichkeit der beiden Mächte war jedoch nur von kurzer Dauer. Durch den Streit um Schleswig-Holstein wurde 1866 der Deutsche Krieg Preußens gegen Österreich ausgelöst, in dem die Armeen Preußens und einiger norddeutscher Staaten gemeinsam mit Italien gegen die Truppen Österreichs kämpften, das mit den süddeutschen Staaten, u. a. Baden, Bayern, Hessen und Württemberg verbündet war. Nach der Niederlage Österreichs, im Endeffekt des Deutschen Bundes, wurde der Norddeutsche Bund unter preußischer Führung gegründet. Die zuvor mit Österreich alliierten süddeutschen Fürstentümer schlossen Schutz- und Trutzbündnisse mit Preußen ab.



Otto von Bismarck und Frankreichs Kaiser Napoleon III. nach der Schlacht bei Sedan (nach einem Gemälde von Wilhelm Camphausen von 1878)

Ausgelöst durch Streitigkeiten zwischen Preußen und Frankreich um die spanische Erbfolge, begann 1870 der Deutsch-Französische Krieg. Die Kriegserklärung kam von französischer Seite, nachdem der preußische Ministerpräsident Bismarck eine redigierte Version der Emser Depesche veröffentlicht und somit Frankreich politisch bloßgestellt hatte. Die süddeutschen Staaten schlossen sich Preußen an. Bismarck nutzte dies, um die Krönung des preußischen Königs zum Deutschen Kaiser voran zu treiben und so auch die süddeutschen Staaten im Rahmen einer kleindeutschen Lösung in ein geeintes Reich einzubinden. Die drei Kriege zwischen 1864 und 1871 werden auch als Deutsche Einigungskriege bezeichnet.

Reichsgründung



Proklamation des Deutschen Kaiserreiches im Spiegelsaal von Schloss Versailles (idealisiertes Gemälde von Anton von Werner)

Nach dem deutschen Sieg bei Sedan und der Gefangennahme des französischen Kaisers Napoleon III. war der Weg für die Reichsgründung frei. Bismarck begann mit den süddeutschen Staaten zu verhandeln, die einer kleindeutschen Lösung zustimmten, und konnte dabei seine eigenen Vorstellungen weitgehend durchsetzen. Dies bedeutete den faktischen Anschluss Bayerns, Württembergs und Badens an den Norddeutschen Bund. Andere Pläne wie der eines Doppelbundes, wie ihn etwa Bayern vorgeschlagen hatten, waren nunmehr chancenlos. Die Bismarcksche Lösung garantierte einerseits eine Dominanz Preußens auch im neuen Reich. Andererseits bedeutete der gestärkte monarchische Föderalismus eine Barriere gegen Tendenzen zur Parlamentarisierung. In der deutschen Öffentlichkeit wurde der Drang nach einer Annexion des Elsass und Teilen Lothringens erhoben und Bismarck machte sich diese Forderungen zu Eigen. Dies verlängerte den Krieg, war ein Grund für die Verstärkung der so genannten Deutsch-französischen Erbfeindschaft, gab der nationalen Begeisterung in Deutschland aber weiteren

Auftrieb. Dies erleichterte Bismarck die Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten, die in den Novemberverträgen mündeten. Gleichwohl musste er Zugeständnisse machen. So behauptete Bayern in Friedenszeiten seine eigene Armee. Überdies hielt es genauso wie Württemberg an einem eigenen Postwesen fest. Die süddeutschen Staaten insgesamt behielten ihre staatlichen Eisenbahnen sowie weitere Reservatsrechte. In der Außenpolitik pochten sie erfolgreich auf eigene diplomatische Beziehungen. Trotz der weitgehenden Übernahme der Verfassung des Norddeutschen Bundes war die Gründung des Deutschen Reiches formal eine Neugründung, da sie der Ratifizierung durch die Legislativen der beteiligten Partner bedurfte. An die Stelle des Bundespräsidiums trat der preußische König als Deutscher Kaiser. Diese Umbenennung war staatsrechtlich von untergeordneter, symbolisch jedoch von erheblicher Bedeutung – die Erinnerung an das Alte Reich erleichterte die Identifikation mit dem neuen Staat. Um die monarchische Legitimität des Nationalstaats zu betonen, war es Bismarck wichtig, dass König Ludwig II. als Monarch des größten Beitrittslandes König Wilhelm I. die Kaiserkrone antragen sollte.^[31] Der widerstrebende aber finanziell angeschlagene Bayer erklärte sich durch die Zusage von Zahlungen von jährlich 4 bis 5 Millionen Mark aus dem Welfenfonds zu diesem Schritt bereit und schlug in dem von Bismarck vorformulierten Kaiserbrief König Wilhelm zum deutschen Kaiser vor. Bezeichnend für den Charakter des neuen Reiches war, dass die Vertreter des norddeutschen Reichstages warten mussten bis die Bundesfürsten ihre Zustimmung zur Kaiserwürde erklärt hatten. Erst danach durften die Abgeordneten den König um eine Annahme der Kaiserkrone bitten. Dies stand im deutlichen Kontrast zur Kaiserdeputation von 1849. König Wilhelm selbst, der nicht zu Unrecht fürchtete, dass der neue Titel die preußische Königswürde überdecken würde, blieb lange ablehnend. Wenn überhaupt verlangte er den Titel eines Kaisers von Deutschland. Die verbündeten Monarchen lehnten diese Titulatur allerdings ab, weil sie als ein weiterreichender Herrschaftsanspruch gedeutet werden konnte. Nur auf massiven Druck von Bismarck akzeptierte Wilhelm schließlich den Titel eines Deutschen Kaisers.^[41] Die Proklamation erfolgte im Spiegelsaal des Schlusses von Versailles.^[51]

Am 3. März kam es dann zu den ersten Reichstagswahlen. Die erste konstituierende Reichstagssitzung fand am 21. März im Preußischen Abgeordnetenhaus in Berlin statt, das zur Reichshauptstadt erklärt wurde. Die Reichsverfassung trat am 16. April in Kraft.

Der Friede von Frankfurt beendete offiziell den Deutsch-Französischen Krieg. Die Unterzeichnung fand am 10. Mai statt. Das Reichsmünzgesetz vereinheitlichte die deutschen Währungen, die Mark wurde als einheitliches Zahlungsmittel im Reich eingeführt. Die neue Währung basierte auf dem Goldstandard.

Struktur des Reiches

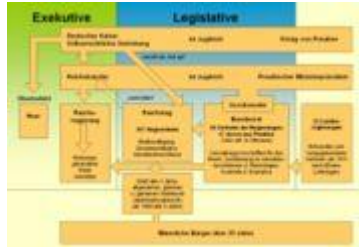
Symbole des Reiches

Das Deutsche Reich hatte keine offizielle Nationalhymne und zunächst auch keine offizielle Nationalflagge. Als Nationalhymnenersatz galten die Lieder Heil Dir im Siegerkranz, dessen Melodie mit der britischen Nationalhymne identisch ist, sowie Die Wacht am Rhein. Zunächst wurde mit Schwarz-Weiß-Rot die Bundesflagge des Norddeutschen Bundes als Marineflagge und Kauffahrteiflagge übernommen. Erst 1892 wurde *durch Allerhöchsten Erlass* Schwarz-Weiß-Rot zur Nationalflagge bestimmt. Die Farben setzen sich aus den Farben Preußens (schwarz und weiß) und denen der Freien und Hansestädte (weiß über rot) zusammen.

Die Bismarcksche Reichsverfassung

→ Hauptartikel: Verfassung des Deutschen Reiches vom 16. April 1871

Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 16. April 1871 ging aus der 1866 ausgearbeiteten Verfassung des Norddeutschen Bundes hervor; Otto von Bismarck hatte sie maßgeblich geprägt und auf sich zugeschnitten. Sie war zum einen ein Organisationsstatut, welches die Kompetenzen der Staatsorgane, durch die das Reich handelte, und sonstiger Einrichtungen des Reiches gegenseitig nach innen abgrenzte. Sie legte andererseits die Zuständigkeit des Reiches gegenüber den Bundesstaaten fest. Hier folgte sie dem Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung. Das Reich durfte nur für diejenigen Angelegenheiten tätig werden, die dem Reich in der Verfassung ausdrücklich als Zuständigkeit zugewiesen wurden. Im übrigen waren die Bundesstaaten zuständig.



Graphische Darstellung der Reichsverfassung

Die Verfassung verfügt über keinen Grundrechtsteil, der die Beziehung zwischen Untertan (Bürger) und Staat mit Verfassungsrang rechtlich näher ausgestaltet hätte. Lediglich ein Benachteiligungsverbot auf Grund der Staatsbürgerschaft eines Bundesstaates (Inländergleichbehandlung) war normiert. Der fehlende Grundrechtsteil musste sich nicht zwangsläufig nachteilig auswirken. Weil die Bundesstaaten in der Regel die Reichsgesetze vollzogen, wurden nur sie rechtseingreifend gegenüber dem Bürger tätig. Maßgeblich war daher, ob und welche Grundrechte die Landesverfassungen vorsahen. So enthielt beispielsweise die für das Königreich Preußen geltende Verfassungsurkunde für den Preußischen Staat vom 31. Januar 1850 einen Grundrechtskatalog.

Die Verfassung verstand das Deutsche Reich als eine Stiftung der Bundesfürsten. Dem entsprach, dass das Deutsche Reich ein Bundesstaat war. Die Bundesstaaten hatten ausgeprägte Eigenzuständigkeiten, wobei ihnen zusätzlich über den Bundesrat eine bedeutende Gestaltungsfunktion auf Reichsebene zufiel. Der Bundesrat war von Verfassungs wegen als der eigentliche Souverän des Reiches gedacht. Seine Kompetenzen waren dabei sowohl legislativer wie auch exekutiver Art. Realpolitisch blieb seine Bedeutung als eigenständiges Machtzentrum aus verschiedenen Gründen allerdings beschränkt. Ein Aspekt war, dass Preußen als größter Bundesstaat zwar nur über 17 von 58 Stimmen verfügte, sich die nord- und mitteldeutschen Kleinstaaten aber fast immer dem preußischen Votum anschlossen.^[6]

Der König von Preußen bildete das Präsidium des Bundes. Dem Kaiser standen beachtliche Kompetenzen zu, die weit über das hinausgingen, was die Bezeichnung *Präsidium des Bundes* vermuten ließ. Er ernannte und entließ den Reichskanzler und die Reichsbeamten (insbesondere die Staatssekretäre). Er bestimmte mit dem Reichskanzler, der in der Regel auch noch preußischer Ministerpräsident und preußischer Außenminister war, die Außenpolitik des Reiches. Der Kaiser führte den Oberbefehl über die Kriegsmarine und über das deutsche Heer (über das bayerische Heer nur in Kriegszeiten). Insbesondere sah die Verfassung vor, dass der Kaiser, falls erforderlich, mittels des Heeres die innere Sicherheit wieder herstellen konnte. Diese Konzentration der Kommandogewalt wurde oftmals in der Innenpolitik als Druckmittel eingesetzt. Die süddeutschen Königreiche Württemberg und Bayern behielten sich bei den Verfassungsverhandlungen Reservatrechte vor. Allerdings war die Macht weder des preußischen Königs noch des deutschen Kaisers absolut, sondern sie standen in der Tradition des deutschen Konstitutionalismus des 19. Jahrhunderts wenn auch mit starken extrakonstitutionellen Elementen.^[7]

Der Reichskanzler war in diesem Machtgefüge der dem Kaiser verantwortliche Reichsminister, welchem die Staatssekretäre unterstanden. Er hatte den Vorsitz des Bundesrates inne und stand der Reichsverwaltung vor. Er war in der Regel zugleich preußischer Ministerpräsident und Außenminister. Das demokratische Defizit dieser Verfassung lag vor allem in der fehlenden parlamentarischen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers begründet, den der Reichstag weder wählen noch stürzen konnte. Erst im Oktober 1918 wurde die parlamentarische Verantwortlichkeit des Reichskanzlers im Rahmen der Oktoberverfassung eingeführt.

Das eigentliche Gegengewicht zu den verbündeten Regierungen, dem Bundesrat und zur *Reichsleitung* bildete der Reichstag. Die Wahlen waren allgemein (alle Männer ab 25 Jahren), gleich (in Form des Mehrheitswahlrechts) und geheim. Dies war im Vergleich mit anderen europäischen Staaten aber auch mit dem Wahlrecht in vielen Bundesstaaten, etwa dem Dreiklassenwahlrecht in Preußen, ein geradezu demokratisch anmutender Zug der Reichsverfassung. Die Legislaturperiode dauerte anfangs drei Jahre, nach 1888 fünf Jahre. Eine entscheidende Schwäche für die Macht des Reichstages war, dass der Bundesrat mit Zustimmung des Kaisers das Parlament jederzeit auflösen und Neuwahlen ausschreiben konnte. Die Abgeordneten erhielten als Gegengewicht zum allgemeinen Wahlrecht keine Diäten. Die Abgeordneten hatten ein freies Mandat und waren nach dem Verfassungstext nicht an die Aufträge der

Deutsche Geschichte (JR 313)

Wähler gebunden. Tatsächlich gab es in den ersten Legislaturperioden zahlreiche „wilde Abgeordnete.“ In der Praxis setzte sich freilich nach und nach die Fraktionsbildung durch.

Der Reichstag war neben dem Bundesrat gleichberechtigte Kammer bei der Verabschiedung von Gesetzen. Dieses zentrale Parlamentsrecht war im Zeitalter des Rechtspositivismus von wachsender Bedeutung, beruhte das Regierungshandeln doch im Kern auf Gesetzen. Verordnungen der Regierung spielten nach der Entwicklung der Lehre vom Gesetzesvorbehalt nur noch nach parlamentarischer Ermächtigung eine Rolle. Verwaltungsrichtlinien kam nur verwaltungsinterne Wirkung zu. Die zweite Kernkompetenz des Parlaments war die Verabschiedung des Haushalts in Form eines Gesetzes. Die Haushaltsdebatte entwickelte sich rasch zur Generaldebatte über das gesamte Handeln der Regierung. Allerdings war die Entscheidungsmöglichkeit über den Militäretat, der den Hauptausgabeposten des Reiches bildete, begrenzt. Bis 1874 war der Etat ohnehin festgelegt und später sorgten die Septennate und später die Quinquennate für eine Begrenzung der Parlamentsrechte in diesem Bereich.^[8]

Damit war die politische Leitung des Reiches auf die Zusammenarbeit mit dem Reichstag angewiesen. Die verfassungsrechtliche Fiktion des Fürstenbundes entsprach somit nicht der Wirklichkeit. Vielmehr stellte die Verfassung einen Kompromiss zwischen den nationalen und demokratischen Forderungen des aufstrebenden Wirtschafts- und Bildungsbürgertums und den dynastischen Herrschaftsstrukturen dar (konstitutionelle Monarchie).

Machtzentren des Reiches

Die Verfassungsordnung der Bismarckschen Reichsverfassung war ein wichtiger Rahmen für die tatsächliche Herrschaftsordnung. Tatsächlich waren die in der Verfassung verankerten Institutionen wie der Reichstag oder der Kanzler für das politische System von zentraler Bedeutung. Darüber hinaus gab es weitere Machtzentren die von der geschriebenen Verfassung nur teilweise abgebildet wurden.

Bürokratie und Verwaltung

So gut wie keine Erwähnung fand etwa die Bürokratie. Bei allen innenpolitischen Konflikten sorgte der bürokratische Apparat für Kontinuität. Gleichzeitig mussten die politischen Entscheidungsträger – auch Reichskanzler und Kaiser – mit dem Eigengewicht der höheren Beamten rechnen. Allerdings hatte das Reich selbst zu Anfang nur einen bescheidenen Apparat und war lange Zeit auf die Zuarbeit der preußischen Ministerien angewiesen. Neben dem Reichskanzler gab es keine regelrechte Reichsregierung. Anstelle von Ministern gab es lediglich eine Reihe von dem Kanzler unterstellten Staatssekretären, die Reichsämtern vorsahen. So entstanden im Laufe der Zeit neben dem Reichskanzleramt, ein Reichseisenbahnamt, ein Reichspostamt, ein Reichsjustizamt, ein Reichsschatzamt, ein Amt für die Verwaltung des Reichslandes Elsaß-Lothringen, das auswärtige Amt, Reichsamt des Innern, ein Reichsmarineamt und schließlich ein Reichskolonialamt. Die verwaltungsmäßige Abhängigkeit von Preußen verringerte sich zwar mit dem personellen Ausbau der Reichsverwaltung. Bis zum Schluss aber war die organisatorische Verbindung zwischen Preußen und dem Reich von großer Bedeutung. In den höheren Positionen auch der höheren Reichsverwaltung waren Protestanten ebenso wie Angehörige des Adels überrepräsentiert. So gehörten von insgesamt 31 Reichsstaatssekretären zwölf dem Adel an und 1909 waren 71 % evangelischer Konfession. Politisch allerdings waren diese anfangs noch vergleichsweise liberal ausgerichtet. Erst eine langfristige Nachwuchspolitik sorgte auf längere Sicht für eine konservative Ausrichtung der höheren Beamenschaft.^[9]

Die Monarchie und der kaiserliche Hof



Adolph Menzel *Das Ballsouper* 1878

Die Verfassung garantierte dem Kaiser einen erheblichen Handlungsspielraum. Für die Entscheidungen der Monarchen spielten die verschiedenen kaiserlichen Beratungsgremien wie das Zivil-, Militär- und Marinekabinett wichtige Rollen. Hinzu kamen der Hof und die engen persönlichen Vertrauten der Kaiser.

Bereits mit Wilhelm I. nahm der Monarch erheblichen Einfluss auf die Personalpolitik, ohne in der Regel in die Tagesgeschäfte einzugreifen. Vor allem unter Kaiser Wilhelm II. mit seinem Anspruch eines „persönlichen Regiments“^[10] war diese Ebene eines der zentralen Machtzentren des Reiches. Kaum zu unterschätzen ist auch der Wandel des Kaisers von einem Präsidenten des Bundes zu einem Reichsmonarchen. Auch außerhalb Preußens wurden nicht mehr nur die Gedenktage der verschiedenen Dynastien, sondern auch Kaisers Geburtstag gefeiert. Der Kaiser wurde zunehmend zu einem Symbol des Reiches. Die Frage, inwieweit Kaiser Wilhelm II. tatsächlich ein persönliches Regime durchsetzen konnte, ist freilich in der Geschichtswissenschaft umstritten. Unstreitig ist, dass der kaiserliche Einfluss bis 1897 noch begrenzt war, während die Bedeutung des Kaisers bis 1908 deutlich zunahm, um danach wieder an Bedeutung zu verlieren. Dazu beigetragen hat die Affäre um den Vertrauten des Kaisers Philipp zu Eulenburg. Diese und die anschließende Daily-Telegraph-Affäre haben mit dazu geführt, das Ansehen des Kaisers – nicht aber der Monarchie als Institution – in der Öffentlichkeit zu verringern.^[11]

Das Militär

Das Heer und die Marine blieben abgesehen von der Bewilligung der nötigen Finanzmittel nach der Verfassung weitgehend der Verfügungsgewalt des preußischen Königs beziehungsweise des Kaisers unterstellt. Die Grenzen der absolutistisch anmutenden „Kommandogewalt“ waren dabei kaum definiert. Es blieb daher eine der zentralen Stützen der Monarchie. Unterhalb des „obersten Kriegsherren“ existierten mit dem Militärkabinett, dem preußischen Kriegsministerium und dem Generalstab drei Institutionen, die zeitweise untereinander um Kompetenzen stritten. Insbesondere der Generalstab bereits unter Helmuth Karl Bernhard von Moltke und später Alfred von Waldersee versuchte Einfluss auch auf politische Entscheidungen zu nehmen. Dasselbe gilt für Alfred von Tirpitz in Marinefragen.^[12]

Die Armee richtete sich nicht nur gegen äußere Feinde, sondern sollte nach dem Willen der militärischen Führung auch im Innern etwa bei Streiks zum Einsatz kommen.^[13] In der Praxis wurde die Armee allerdings bei den großen Streiks kaum eingesetzt. Gleichwohl bildete die Armee als Drohpotential einen nicht zu unterschätzenden innenpolitischen Machtfaktor.

Die enge Verbundenheit mit der Monarchie spiegelte sich zunächst noch im stark adelig geprägten Offizierskorps wider. Auch später behielt der Adel eine starke Stellung unter den Führungsrängen, allerdings drang im mittleren Bereich mit der Vergrößerung der Armee und der Flotte der bürgerliche Anteil stärker vor. Die entsprechende Auswahl und die innere Sozialisation im Militär sorgten allerdings dafür, dass auch das Selbstverständnis dieser Gruppe sich kaum von der ihrer adeligen Kameraden unterschied.^[14]

Zwischen 1848 und den 1860er Jahren hat die Gesellschaft das Militär eher mit Misstrauen betrachtet. Dies änderte sich nach den Siegen von 1864 bis 1871 fundamental. Das Militär wurde zu einem zentralen Element des entstehenden Reichspatriotismus. Kritik am Militär galt als unpatriotisch. Dennoch unterstützten die Parteien eine Vergrößerung der Armee nicht unbegrenzt. So erreichte das Militär erst 1890 mit einer Friedenspräsenzstärke von fast 490.000 Mann ihre von der Verfassung vorgegebene Stärke von einem Prozent der Bevölkerung. In den folgenden Jahren wurden die Landstreitkräfte weiter verstärkt. Zwischen 1898 bis 1911 forderte die kostspielige Flottenrüstung Einschränkungen beim Landheer. Bemerkenswert ist, dass sich in dieser Zeit der Generalstab selbst gegen einen Ausbau der Truppenstärke gewandt hatte, weil er eine Verstärkung des bürgerlichen zu Lasten des adeligen Elements im Offizierskorps befürchtete. In dieser Zeit entstand mit dem Schlieffenplan das Konzept für einen möglichen Zwei-Fronten-Krieg gegen Frankreich und Russland unter Berücksichtigung einer Teilnahme Englands auf Seiten der Gegner. Nach 1911 wurde die Aufrüstung intensiv vorangetrieben. Die für die Durchführung des Schlieffenplanes notwendige Truppenstärke wurde dabei letztlich nicht erreicht.

Das Heer gewann während des Kaiserreichs einen sehr starken gesellschaftlichen Nimbus. Das Offizierskorps galt in weiten Teilen der Bevölkerung als „Erster Stand im Staate.“ Dessen Weltbild war dabei geprägt von der Treue zur Monarchie und der Verteidigung der Königsrechte, es war konservativ, antisozialistisch und grundsätzlich antiparlamentarisch geprägt.^[15] Der militärische Verhaltens- und Ehrenkodex^[16] reichte weit in die Gesellschaft hinein. Auch für viele Bürger wurde der Status eines Reserveoffiziers nunmehr zu einem erstrebenswerten Ziel.

Von Bedeutung war das Militär zweifellos auch für die innere Nationsbildung. Der gemeinsame Dienst verstärkte etwa die Integration der katholischen Bevölkerung in das protestantisch geprägte Reich. Selbst

Deutsche Geschichte (JR 313)

die Arbeiter blieben gegenüber der Ausstrahlung des Militärs nicht immun. Dabei spielte der Wehrdienst von zwei Jahren (bei der Kavallerie drei Jahre) bei der „Schule der Nation“ eine prägende Rolle.

Heinrich Manns Untertan, der Hauptmann von Köpenick oder die Zabern-Affäre machen die Bedeutung des Militarismus in der deutschen Gesellschaft deutlich. Überall im Reich wurden die neuen Kriegervereine zu Trägern einer militaristischen Weltanschauung. Welche Breitenwirkung diese entfalteten, zeigt die Mitgliederzahl von 2,9 Millionen im Kyffhäuserbund (1913). Der Bund war damit die stärkste Massenorganisation des Reiches. Die vom Staat geförderten Vereine sollten die militärische, nationale und monarchische Gesinnung pflegen und die Mitglieder gegenüber der Sozialdemokratie immunisieren. ^[17]

Bevölkerung, Wirtschaft und Gesellschaft

→ Hauptartikel zu Wirtschaft und Gesellschaft: Hochindustrialisierung in Deutschland



Bevölkerungsdichte des Deutschen Reiches

In die Zeit des Kaiserreichs fielen fundamentale demografische, wirtschaftliche und soziale Veränderungen, die in einem erheblichen Maß auch Kultur und Politik beeinflussten.

Ein Kennzeichen der Geschichte des Kaiserreichs war das enorme Wachstum der Bevölkerung. Im Jahr 1871 lebten im Reich 41 Mio. Einwohner, 1890 waren es über 49 Mio. und 1910 zählte man fast 65 Mio. Einwohner. Nicht zuletzt durch Binnenwanderungen zunächst aus der Umgebung später auch durch Fernwanderungen etwa aus den agrarischen preußischen Ostgebieten nach Berlin oder Westdeutschland wuchs die Stadtbevölkerung und insbesondere die Großstadtbevölkerung stark an. Lebten 1871 noch 64 % der Bevölkerung in Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern und nur 5 % in Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern, kam es bereits 1890 zu einem Gleichstand zwischen Stadt- und Landbewohnern. Im Jahr 1910 lebten nur noch 40 % in Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern aber 21,3 % in Großstädten. Damit verbunden war auch eine Veränderung der Lebensweisen. So unterschied sich das Leben etwa in den Mietskasernen von Berlin grundlegend vom Leben auf dem Dorf.



Industrie, Bergwerke und Hütten

Dieser Wandel war nur möglich, weil die Wirtschaft aufs Ganze gesehen während des Reiches in der Lage war, genügend Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Eine wichtige Voraussetzung war der Aufschwung des Bankwesens und insbesondere die Entwicklung der großen Universalbanken. ^[18] In diese Zeit fällt der Übergang Deutschlands von einem noch stark agrarisch geprägten Land zu einem modernen Industriestaat. Dabei dominierten zu Beginn des Reiches eindeutig der Eisenbahnbau und die Schwerindustrie, später kamen als neue Leitsektoren die chemische Industrie und die Elektroindustrie hinzu. 1873 hatte der Anteil des primären Sektors am Nettoinlandsprodukt bei 37,9 % und das der Industrie bei 31,7 % gelegen. 1889 war der Gleichstand erreicht und 1895 kam die Landwirtschaft nur noch auf 32 %, der sekundäre Sektor dagegen auf 36 %. Diese Veränderung spiegelte sich auch in der Entwicklung der Beschäftigungsverhältnisse wider. Lag die Relation der landwirtschaftlich Berufstätigen gegenüber denen in Industrie, Verkehr und Dienstleistungssektor 1871 noch bei 8,5 zu 5,3 Millionen, betrug das Verhältnis 9,6 zu 7,5 Millionen im Jahr 1880 und 9,6 zu 10 Millionen im Jahr 1890. Im Jahr

Deutsche Geschichte (JR 313)

1910 zählte man 10,5 Millionen Beschäftigte in der Landwirtschaft, hingegen in Industrie, Verkehr und Dienstleistungsberufen 13 Millionen Arbeitnehmer.



Landwirtschaft

Erwerbstätige und Angehörige in % der Gesamtbevölkerung ^[19]

Wirtschaftssektor	1882	1895	1907
Landwirtschaft	41,6	35,0	28,4
Industrie/Handwerk	34,8	38,5	42,2
Handel/Verkehr	9,4	11,0	12,9
Häusliche Dienste	5,0	4,3	3,3
Öffentl. Dienst/freie Berufe	4,6	5,1	5,2
Berufslose/Rentner	4,7	6,1	8,1

Sozialgeschichtlich war das Kaiserreich vor allem geprägt vom Aufstieg der Arbeiterschaft. Dabei entwickelten die unterschiedlichen Herkunftsgruppen aus Ungelernten, Angelernten und gelernten Arbeitern bei allen weiterbestehenden Unterschieden durch die gemeinsamen Erfahrungen am Arbeitsplatz aber auch in den Wohnquartieren tendenziell ein spezifisches Selbstverständnis der Arbeiterbevölkerung.^[20] Mit der Entstehung von Großbetrieben, neuen staatlichen Dienstleistungen und der Zunahme von Handel und Verkehr nahm daneben die Zahl der Angestellten sowie der kleineren und mittleren Beamten zu. Diese achteten auf soziale Distanz zu den Arbeitern, auch wenn sich ihre ökonomische Lage von der der Industriearbeiter nur unwesentlich unterschied. Zu den stagnierenden Teilen der Gesellschaft gehörte der alte städtische Mittelstand. Vor allem die Handwerker fühlten sich oft von der Industrie in ihrer Existenz bedroht. Die Realität war allerdings differenziert. Es gab auf der einen Seite überbesetzte traditionelle Handwerksberufe, andererseits profitierte das Bau- und Nahrungsmittelhandwerk von der wachsenden Bevölkerung und der Stadtentwicklung. Daneben passten sich viele Berufe an die Entwicklung an. So stellten die Schuhmacher keine Schuhe mehr her, sondern reparierten sie nur noch. Dennoch blieb die Sorge um den sozialen Abstieg ein Kennzeichen der Handwerkspolitik des Kaiserreichs.

Es gelang dem Bürgertum seine kulturellen Normen weitgehend durchzusetzen, wobei das Wirtschaftsbürgertum vor allem in Form der großen Industriellen ökonomisch führend war und die Bildungsbürger Deutschland zu einem Zentrum der Wissenschaft und Forschung machten.^[21] Gleichzeitig aber blieb der politische Einfluss des Bürgertums durch die Eigenarten des politischen Systems aber auch durch den Aufstieg der Arbeiter und der neuen Mittelschichten begrenzt.

Ökonomisch war die Existenz des grundbesitzenden Adels vor allem in Ostelbien durch die zunehmende internationale Verflechtung des Agrarmarktes bedroht. Die Forderung des Adels und der landwirtschaftlichen Interessenverbände nach staatlicher Hilfe wurde ein Merkmal der Innenpolitik während der Kaiserzeit. Gleichzeitig sorgte die preußische Verfassung dafür, dass der Adel im größten Staat des Reiches zahlreiche Sonderrechte behielt. Auch konnte der Adel in Militär, Diplomatie und Bürokratie seinen Einfluss bewahren.^[22]

Konfessionen und nationale Minderheiten

Weniger stark verändert als Wirtschaft und Gesellschaft haben sich in dieser Zeit die konfessionellen Unterschiede. Aber auch sie waren für die Gesamtgeschichte des Reiches bedeutend. Gleiches gilt für den Widerspruch zwischen dem Anspruch, Nationalstaat zu sein und dem Vorhandensein von zahlenmäßig nicht unbedeutenden nationalen Minderheiten.

Konfessionen und Kirchen im Kaiserreich



Konfessionskarte (evangelisch/katholisch) des Deutschen Reiches (ca. 1890)



Verbreitung der israelitischen Religion im Deutschen Reich (ca. 1890)

An der allgemeinen Konfessionsverteilung der Frühen Neuzeit änderte sich grundsätzlich kaum etwas. Weiterhin gab es fast rein katholische Gebiete (Nieder- und Oberbayern, nördliches Westfalen, Oberschlesien und andere) und fast rein protestantische (Schleswig-Holstein, Pommern, Sachsen, etc.). Die konfessionellen Vorurteile und Vorbehalte, insbesondere gegenüber gemischt konfessionellen Ehen, waren daher weiterhin erheblich. Nach und nach kam es durch Binnenwanderung zu einer allmählichen konfessionellen Durchmischung. In den östlichen Reichsgebieten kam häufig auch ein nationaler Gegensatz hinzu, da dort weitgehend die Gleichung *protestantisch = deutsch, katholisch = polnisch* galt. In den Zuwanderungsgebieten etwa im Ruhrgebiet und Westfalen oder in einigen Großstädten kam es zum Teil zu erheblichen konfessionellen Verschiebungen (insbesondere im katholischen Westfalen durch protestantische Zuwanderer aus den Ostprovinzen). Politisch hatte die Konfessionsverteilung erhebliche Folgen. In den katholisch dominierten Gebieten gelang es der Zentrumspartei, die überwiegende Mehrzahl der Wähler für sich zu gewinnen. So gelang es den Sozialdemokraten und ihren Gewerkschaften kaum, in den katholischen Teilen des Ruhrgebiets Fuß zu fassen. Erst mit der zunehmenden Säkularisierung in den letzten Jahrzehnten des Kaiserreichs begann sich dies zu ändern.^[23]

Religionsbekenntnisse im Deutschen Reich 1880

Gebiet	Protestanten	Katholiken	Sonst. Christen	Juden	Andere
Deutsches Reich	28.331.152	16.232.651	78.031	561.612	30.615
Preußen	17.633.279	9.206.283	52.225	363.790	23.534
Bayern	1.477.952	3.748.253	5.017	53.526	30
Sachsen	2.886.806	74.333	4809	6518	339
Württemberg	1.364.580	590.290	2817	13.331	100
Baden	547.461	993.109	2280	27.278	126
Elsaß-Lothringen	305.315	1.218.513	3053	39.278	511

Judentum und Antisemitismus

Neben den christlichen Konfessionen gab es eine kleine, insgesamt im prozentualen Anteil, der bei knapp einem Prozent der Gesamtbevölkerung lag, langsam abnehmende jüdische Bevölkerungsgruppe. Die Ursache für die relative Abnahme des jüdischen Bevölkerungsanteils lag in der geringeren Geburtenzahl und dem zunehmenden Anteil christlich-jüdischer Mischehen, bei denen die Kinder meist christlich erzogen wurden. Die jüdische Bevölkerung konzentrierte sich zunehmend in den großen Städten. Um 1910 lebten ein Drittel aller deutschen Juden allein in der Stadt Berlin (mit Umlandgemeinden), in der der jüdische Bevölkerungsanteil etwa 5–10 % ausmachte. Ähnliche Prozentzahlen an jüdischer Bevölkerung ergaben sich für Frankfurt am Main, Breslau und Hamburg. Andererseits gab es auch ländliche Regionen mit über dem Durchschnitt liegendem jüdischen Bevölkerungsanteil: im Osten die Provinz Posen, Westpreußen, sowie Oberschlesien, und im Westen Hessen, Unterfranken, die Rheinpfalz und Elsaß-

Lothringen. In den Ostprovinzen mit gemischt deutscher und polnischer Bevölkerung zählten sich die Juden ganz überwiegend zum Deutschtum. Unter den Juden war die Tendenz zur Assimilation in die bürgerliche deutsche Gesellschaft lange Zeit stark ausgeprägt. Der Zionismus, der eine nationale Heimstätte für die Juden in Palästina zu begründen suchte, wurde von der ganz überwiegenden Mehrheit der deutschen Juden abgelehnt. 1893 wurde der Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens gegründet und der Name des Vereins war Programm. Der Central-Verein machte sich die Bekämpfung des Antisemitismus zur Aufgabe, lehnte aber alle Vorstellungen von den Juden als einem Volk oder eigenen Rasse ab, sondern betrachtete die deutschen Juden gewissermaßen als einen der deutschen Stämme. Insgesamt waren die Juden im Bereich von Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und den akademischen Berufen außerordentlich erfolgreich. Nach der Statistik von 1910 lag der jüdische Bevölkerungsanteil bei 0,95 % (615.000 von 64.926.000). Davon waren 60.000 nicht-deutscher Staatsangehörigkeit (meist Flüchtlinge aus Polen und Russland) und 555.000 deutsche Staatsbürger. 4,28 % der deutschen Staatsanwälte und Richter, 6,01 % der Ärzte, 14,67 % der Anwälte und Notare waren Juden.^[24] Überproportional viele prominente Musiker und Virtuosen waren jüdischer Abstammung. Besonders deutlich war der jüdische Beitrag naturgemäß in den Städten mit hohem jüdischem Bevölkerungsanteil, insbesondere in Berlin. Damit leisteten die Juden einen Beitrag zum deutschen und europäischen Kulturleben, der weit über ihrem prozentualen Bevölkerungsanteil lag.

Gleichwohl konnte der Antisemitismus aus unterschiedlichen Gründen gerade im Kaiserreich gesellschaftlich und politisch Fuß fassen.^{[25][26]} Bestimmte Berufe waren den Juden praktisch verschlossen. So war es für einen Juden praktisch unmöglich, Offizier zu werden (was eine schwerwiegende Einschränkung war, da der Offiziersstand zu den angesehensten Berufen des Kaiserreichs gehörte). Beispielhaft äußerte der preußische Kriegsminister Karl von Einem 1907, dass „*ein Eindringen jüdischer Elemente in das aktive Offizierskorps nicht nur für schädlich, sondern für direkt verderblich zu erachten sei*“.^[26] Der Anteil jüdischer Universitätsprofessoren lag prozentual deutlich unter dem Anteil jüdischer Privatdozenten (was zumindest zum Teil Ausdruck eines antisemitischen Vorurteils bei der Lehrstuhlbesetzung war). Juden war es sehr erschwert oder unmöglich, ein höheres Staatsamt zu erhalten. Einen jüdischen Minister oder Staatssekretär gab es im Kaiserreich nicht (im Gegensatz z. B. zu Großbritannien, wo ein getaufter Jude – Benjamin Disraeli – sogar Premierminister hatte werden können). In den aufblühenden Seebädern an Nord- und Ostsee breitete sich der Bäder-Antisemitismus aus. Antisemitische Vorurteile und karikaturhafte Darstellungen von Juden waren in fast allen Bevölkerungsschichten zu finden. Als Gegenreaktion auf den Antisemitismus wurde von liberalen Gelehrten und Politikern (u. a. Theodor Mommsen, Rudolf Virchow, Johann Gustav Droysen) 1890 der Verein zur Abwehr des Antisemitismus („Abwehrverein“) gegründet. Politisch gelang es den Antisemiten nicht, eine einheitliche Partei zu formieren. Der Stimmenanteil antisemitischer Parteien lag bei allen Reichstagswahlen vor dem Weltkrieg bei unter 5 %.

Nationale Minderheiten

Das Deutsche Reich verstand sich als einheitlicher Nationalstaat. Dennoch gab es 1880 neben den damals fast 42 Millionen deutschen Muttersprachlern rund 3,25 Millionen Nichtdeutschsprachige, darunter 2,5 Millionen Polen und Tschechen, 140.000 Sorben, 200.000 Kaschuben, 150.000 Litauer, 140.000 Dänen sowie 280.000 Franzosen und Wallonen.^[27] Diese lebten fast überwiegend in der Nähe der Außengrenzen des Reiches. Nicht nur die Regierung, sondern auch das national gesinnte Bürgertum befürwortete grundsätzlich eine Politik der kulturellen Germanisierung. Dabei spielte die Schule mit dem Ersatz des muttersprachlichen Unterrichts durch die deutsche Sprache eine zentrale Rolle.^[28] Im Zusammenhang mit dem Kulturkampf aber eben auch der Nationalisierungspolitik wurden die polnischen Pfarrer durch weltliche meist deutsche Lehrer ersetzt. War der preußische Staat vor der Reichsgründung gegenüber seinen nationalen Minderheiten überwiegend sehr tolerant gewesen und hatte den Schulunterricht in der Muttersprache ausdrücklich gefördert, so wich diese Toleranz insbesondere in den polnischsprachigen Gebieten im Osten zunehmend einer Politik der kulturellen Germanisierung. Eine gewisse Ausnahme bildeten die überwiegend französischsprachigen Gebiete Elsaß-Lothringens, wo die französische Sprache auch als Schulsprache zugelassen war. Wichtig war die Einführung des Deutschen als Amts- und Gerichtssprache. Im Fall der polnischen Bevölkerung kamen später auch Maßnahmen hinzu, die den polnischen Großgrundbesitz zu Gunsten deutscher Siedler begrenzen sollten. Auch hat die Preußische

Ansiedlungskommission mit wenig Erfolg versucht polnischen Grundbesitz für deutsche Neusiedler zu erwerben.

Dennoch hatte diese Politik nur begrenzten Erfolg, oder war, wie Kritiker bemerkten, sogar kontraproduktiv, da sie die Polen, die zuvor mit der toleranten Haltung des preußischen Staates relativ gut leben konnten, gegen die neue Obrigkeit aufbrachte. Trotz finanzieller Anstrengungen und markiger nationalistischer Reden („Wir gehen hier keinen Schritt zurück!“) kam es eher zu einer Zunahme des polnischsprachigen Bevölkerungsanteils und Rückgang des deutschen Bevölkerungsanteils beispielsweise in der Provinz Posen. Die Minderheiten versuchten ihre eigene Identität zu bewahren. Alle Nationalitäten waren beispielsweise relativ stabil im Reichstag vertreten. Selbst die ins Ruhrgebiet ausgewanderten Polen hielten an ihrer Herkunft fest. Dort entstanden starke polnische Gewerkschaften.^[29]

Wandel und Entwicklung der politischen Kultur

Das Kaiserreich war prägend für die politische Kultur in Deutschland weit über das Ende der Monarchie hinaus. Industrialisierung, Urbanisierung sowie die verbesserten Kommunikationsmöglichkeiten (z. B. die Verbreitung der Tageszeitungen bis in die unteren Schichten hinein) und andere Faktoren veränderten auch den Bereich der politischen Kultur. War die Politik zuvor überwiegend eine Sache der Eliten und Honoratioren, kam es nunmehr zu einer Fundamentalpolitisierung, an der in unterschiedlicher Weise fast alle sozialen Gruppen einen Anteil hatten. Dazu beigetragen hat zweifellos auch die Einführung des allgemeinen und gleichen Männerwahlrechts (ab dem Alter von 25 Jahren) auf Reichsebene. Ein Indiz für die Veränderung war die Zunahme der Wahlbeteiligung. Beteiligte sich 1871 nur 51 % der Wahlberechtigten an den Reichstagswahlen, waren es 1912 84,9 %.^[30]

Entstehung der politischen Lager

In die Reichsgründungszeit fällt die Ausprägung der verschiedenen politischen Lager. Karl Rohe unterscheidet dabei ein sozialistisches, ein katholisches und ein nationales Lager. Andere Autoren unterteilen letzteres noch einmal in ein nationales und ein liberales Lager. Ungeachtet von Parteispaltungen, Zusammenschlüssen oder ähnlichen Ereignissen prägten diese Lager bis in die Weimarer Republik hinein das politische Leben weitgehend mit. Alle diese Grundorientierungen hatte es in der ein oder anderen Weise bereits vor der Gründung des Kaiserreichs gegeben. Allerdings entstand mit der Deutschen Zentrumspartei (Zentrum) erstmals eine starke katholische Partei, die annähernd alle sozialen Gruppen von der katholischen Landbevölkerung, die Arbeiterschaft bis hin zu Bürgertum und Adel erreichte. Allerdings blieb die Parteiorganisation schwach und das Zentrum entwickelte sich nicht zu einer Massenpartei. Ein weiteres Kennzeichen war der Aufstieg der Sozialdemokratie. Insgesamt hatte sich deren Anhängerschaft von 1874 bis 1912 verachtfacht. Von einem Stimmenanteil von etwa 9,4 % (1877) stieg der Stimmenanteil auf 28,9 % (1912).

Dem Aufstieg der Sozialdemokraten stand dabei kein signifikanter Abstieg des bürgerlichen und des katholischen Lagers gegenüber. Obwohl das Zentrum seinen Mobilisierungsgrad aus der Kulturkampfzeit nicht vollständig halten konnte, gelang es der Partei, sich auch angesichts einer wachsenden Wählerzahl zu behaupten. Bei allen Verwerfungen gelang es auch dem bürgerlichen Lager, weiterhin etwa ein Drittel der Wahlberechtigten zu erreichen. Nach der überproportionalen Stellung der Nationalliberalen und der Freikonservativen Partei zu Beginn des Kaiserreichs gab es innerhalb dieses Bereichs erhebliche Verschiebungen. Am Ende des Kaiserreichs lagen Linksliberale, Konservative und Nationalliberale mit jeweils etwas mehr als 10 % gleichauf.

Nicht zuletzt auf Grund des Kulturkampfes und später des Sozialistengesetzes entwickelten die katholische Bevölkerung und die Anhänger der Sozialdemokratie einen besonders starken inneren Zusammenhalt. Begünstigt durch weitere Faktoren entstand ein katholisches und sozialdemokratisches Milieu. In deren Umfeld entwickelte sich jeweils ein Organisations- und Vereinswesen, das die Bedürfnisse der jeweiligen Gruppe von der „Wiege bis zur Bahre“ erfüllte. Im katholischen Milieu war die Entwicklung differenziert. Vor allem in den agrarischen Teilen des katholischen Deutschland banden die Pfarrer, die Kirche sowie die traditionellen gemeindenahen Vereine die Menschen an das Milieu. In den Industriegebieten und Städten dagegen entwickelten sich zur Integration der katholischen Arbeiterbevölkerung mit dem Volkverein für das katholische Deutschland und den christlichen Gewerkschaften Organisationen mit Millionen von Mitgliedern.

Deutsche Geschichte (JR 313)

Im sozialdemokratischen Bereich entwickelten sich nach dem Ende des Sozialistengesetzes nicht nur die SPD zu einer Massenorganisation. Noch stärker stiegen die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften an. Außerdem entstand teilweise auf älteren Grundlagen ein weit verzweigtes Vereinswesen der Arbeiterbildungsvereine, der Arbeitersänger oder der Arbeitersportvereine. Konsumgenossenschaften rundeten dieses Bild ab.

Das Selbstverständnis und die Lebensweise von Katholiken, von Sozialdemokraten und der protestantischen bürgerlichen Gesellschaft fielen deutlich auseinander. Ein Wechsel zwischen ihnen war kaum möglich. Der Zusammenhalt wurde durch die jeweilige Sozialisation auch nach dem Ende von Kulturkampf und Sozialistengesetze weiter getragen.^[31]

Massenorganisationen

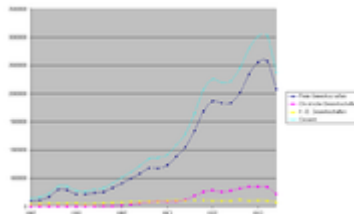
Nicht nur im politischen Bereich, sondern auch in fast allen Lebensbereichen entfaltete sich die Massenmobilisierung zur Durchsetzung von Interessen und anderen gesellschaftlichen Zielen.



Propagandapostkarte des Flottenvereins

Auf der rechten Seite des politischen Spektrums mobilisierten ein übersteigerter Nationalismus und die Kolonialbewegung Anhänger aus verschiedenen sozialen Gruppen. Der Deutsche Flottenverein stützte sich auf 1,2 Millionen Mitglieder. Zumindest zeitweise gelang es auch dem Antisemitismus, beachtliche Resonanz zu gewinnen. Dazu gehörte die christlich-soziale Partei um den Prediger Adolf Stoecker. Einige wirtschaftliche Interessenorganisationen griffen diese populistischen Forderungen auf, um so ihre eigene Position zu stärken. Besonders stark ausgeprägt war der Antisemitismus etwa im Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband. Eng verbunden waren Nationalismus und Antisemitismus im Alldeutschen Verband.

Besonders erfolgreich organisierte der Bund der Landwirte (BdL) auch mit nationalen und antisemitischen Untertönen Landwirte aus dem ganzen Reich, wobei die Führung jedoch stets bei den ostelbischen Agrariern lag. Er stützte sich dabei auf eine gut ausgebaute Organisation mit Millionen von Mitgliedern. Der Unterstützung des Bundes verdankten eine große Zahl von Reichs- und Landtagsabgeordneten ihr Mandat. Diese waren daher auch inhaltlich dem BdL verpflichtet. Weniger erfolgreich in dieser Hinsicht waren die Industriellenverbände wie der Centralverband deutscher Industrieller (CdI). Aber auch diesem gelang es, durch eine erfolgreiche Lobbyarbeit im Hintergrund etwa in der Schutzzollfrage die Politik zu beeinflussen. Mit den großen Industrieverbänden CdI und dem Bund der Industriellen verbunden waren die vor allem seit den 1890er-Jahren entstehenden Arbeitgeberverbände, die sich primär gegen die Mitspracheansprüche der Gewerkschaften richteten. Neben den großen Interessenverbänden gab es zahlreiche weitere wirtschaftlich orientierte Organisationen. Allein im Bereich Industrie, Handwerk, Handel und Gewerbe existierten 1907 500 Verbände mit ca. 2000 angeschlossenen Organisationen.



Entwicklung der Richtungsgewerkschaften in Deutschland 1887–1914

Ein Aspekt der Verknüpfung von Politik und Interessenvertretung in der Arbeiterbevölkerung war die Entstehung von Richtungsgewerkschaften. Träger waren der (linke) Liberalismus, das katholische Milieu und die Sozialdemokratie. Dabei hatten die sogenannten freien Gewerkschaften im Umfeld der SPD nach dem Ende des Sozialistengesetzes die meisten Mitgliederzahlen. In wichtigen Industriegebieten, wie dem Ruhrgebiet, waren die christlichen Gewerkschaften teilweise aber ebenso stark oder sogar stärker. Hinzu kamen in diesem Gebiet nach der Jahrhundertwende auch Organisationen der polnischsprachigen Bergarbeiter, sodass die nichtsozialistischen Gewerkschaften in diesem industriellen Kernbereich des

Deutsche Geschichte (JR 313)

Reiches sehr bedeutend waren. Besonders schwer tat sich der linke Flügel des Liberalismus mit dieser neuen Form der Politik. Zwar bestanden seit den 1860er-Jahren mit den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen liberal ausgerichtete Gewerkschaften, ihr Mobilisierungserfolg blieb allerdings vergleichsweise gering.^[32]

Der Wandel des Nationalismus



Kaiser Wilhelm-Denkmal an der Porta Westfalica um 1895

Zwar gab es weiterhin einzelstaatliche und dynastisch geprägte Sonderidentitäten. Aber im Überblick gewann die Identifikation mit der Gesamtnation eine gesellschaftlich prägende Bedeutung. Während des Kaiserreichs hat sich die Nationalstaatsidee deutlich gewandelt. Der alte Nationalismus war bis 1848/1849 eine auf Veränderung abzielende Oppositionsbewegung, die sich aus den klassisch-liberalen Idealen der französischen Revolution gespeist und sich gegen die zu der Zeit als konservativ geltenden Kräfte der Restaurationsära gerichtet hatte. Spätestens mit der Reichsgründung begannen sich die Schwerpunkte zu verlagern. Die bisherigen Gegner auf der Rechten übernahmen nationale Ideen und Ziele. Der Nationalismus wurde tendenziell konservativ geprägt. Auf längere Sicht verlor dabei das demokratische Element an Gewicht.

Wichtiger als die „Freiheit“ wurde die „Einheit“. Dies führte unter anderem zu einer Wendung gegen die nationalen und kulturellen Minderheiten im Reich, insbesondere gegen die Polen und – in Verbindung mit dem ab Ende der 1870er-Jahre an Bedeutung gewinnenden rassistisch begründeten Antisemitismus – gegen die Juden (vgl. Berliner Antisemitismustreit). In diesen Zusammenhang gehören auch die nationalen Leidenschaften im Kampf gegen den ultramontanen Katholizismus. Im weiteren Verlauf der Reichsgeschichte richtete sich der Nationalismus nicht zuletzt gegen die Sozialdemokratie. Deren internationalistische und revolutionäre Ideologie schien der politischen Elite und ihren Anhängern ein Beleg für ihre Reichsfeindschaft zu sein. Vor diesem Hintergrund wurden die Sozialisten/Sozialdemokraten seit Ende des 19. Jahrhunderts noch während der *Ära Bismarck* als „vaterlandslose Gesellen“ diffamiert, beziehungsweise deren entsprechender Ruf in den damaligen regierungsfreundlichen und kaisertreuen Zeitungen lanciert.

Der Nationalismus im Kaiserreich entfaltete seit der Reichsgründung eine bis dahin unbekannt Breitenwirkung und erfasste im Zusammenwirken mit dem sich ebenfalls verstärkenden Militarismus nunmehr auch die kleinbürgerlichen und bäuerlichen Bevölkerungsteile. Getragen wurde der Nationalismus von den Turn-, Schützen-, Sänger- und vor allem den Kriegervereinen. Aber auch Schule, Universität, die (evangelische) Kirche und das Militär haben zur Verbreitung beigetragen. „Kaiser und Reich“ setzte sich als feststehender Begriff durch. Dagegen hat die Verfassung des Reiches keinen eigenständigen Symbolwert entwickeln können. Von den Institutionen gewannen nur der Reichskanzler und der Reichstag in dieser Hinsicht eine gewisse Bedeutung. Der Reichstag und die allgemeinen Wahlen wurden zu einem sichtbaren Stück nationaler Einheit. Mit den Feiern zu den Kaisergeburtstagen, dem Sedanstag^[33] und anderen Gelegenheiten durchdrang das Nationale den Jahreskalender vor allem der bäuerlichen und bürgerlichen Bevölkerung. Sichtbar wurde der Nationalismus auch in den zahlreichen Nationaldenkmälern wie dem Niederwalddenkmal, dem Hermannsdenkmal, später den Kaiser-Wilhelm-Denkmalern auf dem Deutschen Eck oder der Porta Westfalica, den zahlreichen Bismarcktürmen bis hin zu den lokalen Kriegerdenkmälern.

Auf längere Sicht konnten sich auch die „Reichsfeinde“ der Zugkraft des Nationalen nicht entziehen. Auf den Katholikentagen wurde seit 1887 nicht nur ein Hoch auf den Papst, sondern auch eins auf den Kaiser ausgebracht. Vor allem nach Kriegsbeginn 1914 zeigte sich, dass auch die Arbeiter vom Nationalismus keineswegs unbeeinflusst blieben.

Deutsche Geschichte (JR 313)

Vor allem während der wilhelminischen Epoche trat neben den halboffiziellen Nationalismus immer stärker ein völkischer Radikalnationalismus, wie ihn etwa der Alldeutsche Verband repräsentierte. Er propagierte nicht nur die Schaffung eines großen Kolonialreiches, sondern auch einen von Deutschland beherrschten mitteleuropäischen Machtbereich.^[34]

Die Ära Bismarck

Die ersten Jahrzehnte des neuen Kaiserreichs waren innen- wie außenpolitisch in hohem Maße von der Person Bismarcks geprägt. Dabei zerfällt die Zeit zwischen 1871 und 1889 deutlich in zwei Phasen. Von 1871 bis 1878/79 arbeitete Bismarck vornehmlich mit den Liberalen zusammen. In der folgenden Zeit dominierten die Konservativen und das Zentrum.

Die liberale Ära

Angesichts des erbittert geführten Verfassungskonflikts der sechziger Jahre in Preußen ist es auf den ersten Blick verwunderlich, dass Otto von Bismarck bereits während des Bestehens des Norddeutschen Bundes und in den ersten Jahren des Kaiserreichs politisch mit den Liberalen eng zusammenarbeitete. Ein zentraler Grund dafür waren die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag, in dem die Liberalen eine starke Mehrheit bildeten. Die Nationalliberalen allein hatten 1871 125 von 382 Sitzen. Rechnet man die Abgeordneten der Liberalen Reichspartei und der Fortschrittspartei hinzu, hatte der Liberalismus die absolute Mehrheit, die meist noch durch die Freikonservativen verstärkt wurde. Nach der Reichstagswahl von 1874 besaßen die Liberalen allein mit 204 von 397 Abgeordneten die absolute Mehrheit. Gegen oder besser gesagt mit diesen Parteien konnte der Reichskanzler kaum regieren, zumal sich die Konservativen der Politik Bismarcks verweigerten und das Zentrum spätestens mit Beginn des Kulturkampfes als mögliches Gegengewicht ausfiel. Erleichtert wurde die Politik der Reichsgründungsphase durch die boomende wirtschaftliche Entwicklung, die liberale Reformen gesellschaftlich akzeptabel machten.^[35]

Innen- und rechtspolitische Reformen



Der Chef des Reichskanzleramtes Rudolf von Delbrück, Porträt von Gottlieb Biermann (1875)

Die eigentlichen Partner Bismarcks waren dabei die Nationalliberalen unter Rudolf von Bennigsen. Die Nationalliberalen waren zwar in vielen Punkten kompromissbereit, ihnen gelang es aber auch zentrale liberale Reformvorhaben durchzusetzen. Erleichtert wurde die Zusammenarbeit durch liberale Beamte wie den Chef des Reichskanzleramtes Rudolf von Delbrück oder den preußischen Finanzminister Otto von Camphausen sowie den Kultusminister Adalbert Falk. Der Schwerpunkt der Reformen war die wirtschaftliche Liberalisierung. So wurde in allen Bundesstaaten die Gewerbefreiheit oder die Freizügigkeit eingeführt, sofern diese nicht bereits bestanden. Im Sinne des Freihandels liefen die letzten Schutzzölle für Eisenwaren aus. Ein Marken- und Urheberschutz sowie ein einheitliches Patentgesetz wurden eingeführt. Erleichtert wurde auch die Gründung von Aktiengesellschaften. Außerdem wurden Maße, Gewichte und die Währung vereinheitlicht. Mit der Reichsbank wurde 1875 eine zentrale Notenbank gegründet. Ein weiterer Schwerpunkt war der Ausbau des Rechtsstaates, dessen Grundlagen teilweise bis in die Gegenwart Bestand haben. Zu nennen ist zunächst das in Grundzügen heute noch geltende, wenn auch vielfach novellierte Reichsstrafgesetzbuch von 1871. Dieses wurde mit nur geringen Änderungen gegenüber dem Strafgesetzbuch des Norddeutschen Bundes übernommen.

Meilensteine waren die Reichsjustizgesetze von 1877, namentlich das Gerichtsverfassungsgesetz, die Strafprozessordnung, die Zivilprozessordnung, die ebenfalls bei allen inhaltlichen Veränderungen heute noch in Kraft sind, sowie die Konkursordnung. Durch das Gerichtsverfassungsgesetz wurde 1878 das Reichsgericht als höchstes deutsches Straf- und Zivilgericht eingeführt. Ein einheitlicher oberster deutscher Gerichtshof, der auch das bestehende Reichsoberhandelsgericht ablöste, trug zur rechtlichen Vereinheitlichung des Reiches stark bei. Daneben gelang es der liberalen Mehrheit auch die Zuständigkeiten des Reichstages in Fragen des Zivilrechts auszuweiten. War das Parlament im Norddeutschen Bund nur für zivilrechtliche Fragen mit wirtschaftlichem Hintergrund zuständig, wurde

auf Antrag der nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Johannes von Miquel und Eduard Lasker die Zuständigkeit 1873 auf das gesamte Zivil- und Prozessrecht ausgeweitet. In der Folge entstand das 1896 beschlossene und am 1. Januar 1900 in Kraft getretene Bürgerliche Gesetzbuch als bis heute geltende Privatrechtskodifikation.

Allerdings mussten die Liberalen im Bereich der Prozessordnung und der Pressegesetzgebung weitreichende Kompromisse hinnehmen, die von einem Teil der Linksliberalen nicht mitgetragen wurden. Eine Mehrheit kam 1876 nur mit Hilfe der Konservativen zustande. Da auch im preußischen Abgeordnetenhaus eine liberale bis gemäßigt konservative Mehrheit vorhanden war, kam es auch im größten Bundesstaat zu politischen Reformen. Dazu zählt etwa die preußische Kreisordnung von 1872, die nicht zuletzt die Reste ständischer Herrschaftsrechte beseitigte. Das drohende Scheitern am Widerstand des preußischen Herrenhauses konnte freilich nur durch einen „Pairsschub“ (also die Ernennung neuer politisch genehmer Mitglieder) gebrochen werden.^[36]

Der Kulturkampf

Die Zusammenarbeit zwischen Liberalen und Bismarck funktionierte nicht nur bei der Reformpolitik, sondern auch im so genannten Kulturkampf gegen die Katholiken und die Zentrumspartei. Die Ursachen lagen strukturell im Gegensatz zwischen dem säkularen Staat, der immer mehr Regelungskompetenzen beanspruchte und einer Amtskirche, die sich im Zeichen des Ultramontanismus der Moderne in allen ihren Ausprägungen entgegenstellte. Vor allem die Enzyklika Quanta Cura von 1864 mit ihrem Syllabus errorum war eine klare Absage an die Moderne.^[37] Für die katholische Kirche repräsentierte der Liberalismus als Erbe der Aufklärung und als Träger der Modernisierung den Gegensatz ihrer eigenen Positionen. Für die Liberalen ihrerseits war das Papsttum mit seiner Ablehnung jeglicher Veränderungen ein Relikt des Mittelalters. Bismarck hatte verschiedene Gründe für den Kulturkampf. Nicht zuletzt aber verdächtigte er den Klerus, die polnische Bewegung in den preußischen Ostprovinzen zu fördern. Auch er wollte grundsätzlich nicht, dass die staatliche Autorität und die Einheit des Reiches durch andere ältere Mächte eingeschränkt werden könnten. Innenpolitisch ging es ihm auch darum, die Liberalen durch die Umlenkung der politischen Debatte von weiteren innenpolitischen Reformvorhaben abzubringen. Die Auseinandersetzung zwischen modernem Staat und ultramontaner Kirche war ein gemeineuropäisches Phänomen. Auch in deutschen Staaten wie Baden (Badischer Kulturkampf) und Bayern hatte es bereits in den 1860er-Jahren einen Kulturkampf gegeben. Die katholischen Bischöfe in Deutschland haben die päpstliche Kritik an der Moderne meist nicht offensiv verfolgt, auch gab es seit 1866 keine katholische Fraktion mehr im preußischen Abgeordnetenhaus. Stattdessen hat sich der Mainzer Bischof Wilhelm Emmanuel von Ketteler 1866 für eine Anerkennung der kleindeutschen Lösung ausgesprochen.^[38]



Karikatur von Wilhelm Scholz zur Beendigung des Kulturkampfes. Papst Leo XIII. und der Reichskanzler fordern sich gegenseitig zum Fußkuss auf. Bildunterschrift: *Pontifex: „Nun bitte, genießen Sie sich nicht!“ Kanzler Bismarck: „Bitte gleichfalls!“ Aus.: Kladderadatsch, Nr. 14/15 (18. März 1878)* In der Anfangsphase ab 1871 ging es Liberalen und Regierung darum, den staatlichen Einfluss zu verstärken. Das Strafgesetzbuch wurde um den sogenannten „Kanzelparagraphen“ erweitert, der die politische Betätigung von Geistlichen einschränken sollte.^[39] Der als ultramontane Speerspitze geltende Jesuitenorden wurde verboten.^[40] Außerdem wurde in Preußen die staatliche Schulaufsicht eingeführt.^[41] In einer zweiten Phase etwa ab 1873 griff der Staat nunmehr direkt in den Innenbereich der Kirche ein, indem etwa die Priesterausbildung oder die Besetzung kirchlicher Ämter staatlicher Kontrolle unterworfen wurden. In einem dritten Schritt folgten ab 1874 weitere Gesetze wie die Einführung der Zivilehe. Reine Repressionsinstrumente waren ein Expatriierungsgesetz vom Mai 1874, das es erlaubte, den Aufenthalt von unbotmäßigen Geistlichen zu beschränken oder sie notfalls auszuweisen. Das

Deutsche Geschichte (JR 313)

sogenannte Brotkorbgesetz sperrte der Kirche alle staatlichen Zuwendungen. Im Mai wurden alle Kloostergemeinschaften aufgelöst, sofern sie sich nicht ausschließlich der Krankenpflege widmeten.

Eine Folge der Kulturkampfgesetze war, dass in der Mitte der 1870er-Jahre viele Pfarrstellen vakant waren, keine kirchlichen Handlungen mehr stattfanden, Bischöfe verhaftet, abgesetzt oder ausgewiesen waren. Aber die Regierungsmaßnahmen und die Forderungen der Liberalen führten innerhalb des katholischen Deutschlands rasch zu Gegenreaktionen und zu einer breiten politischen Mobilisierung. Die noch vor dem eigentlichen Beginn des Kulturkampfes gegründete Zentrumspartei zog rasch einen Großteil der katholischen Wähler an sich.^[42]

Grenzen der Zusammenarbeit

Neben den Gemeinsamkeiten gab es allerdings auch Grenzen der Übereinstimmung zwischen Bismarck und den Liberalen. So scheiterte etwa der Versuch von Nationalliberalen und Fortschrittspartei, die verschiedenen Städteordnungen zu vereinheitlichen auch an der mangelnden Unterstützung des Reichskanzlers. Vorerst am Einspruch Bismarcks war zunächst auch eine Finanzreform gescheitert.^[43]

Ein Dauerproblem blieb der Militäretat. Anfangs konnte man den Konflikt zunächst noch vor sich herschieben, aber spätestens 1874 stand er wieder an. Während die Regierung und insbesondere Kriegsminister Albrecht von Roon eine Dauerbewilligung des Etats (Äternat) verlangte, beharrten die Liberalen auf einem jährlichen Bewilligungsrecht. Ein Nachgeben hätte den Verzicht auf eine Mitgestaltung von etwa 80 % des Gesamtetats bedeutet. Die Auseinandersetzung endete mit einem Kompromiss – der Bewilligung für sieben Jahre (Septennat). Immerhin blieb es bei der Regelung der Militärstärke durch Gesetz, allerdings über einen recht langen Zeitraum gestreckt. Auch in anderen Bereichen gab es keine Übereinstimmung. So konnten sich die Liberalen weder mit der Forderung nach Schwurgerichten bei Pressevergehen, noch beim Beamtenrecht oder Militärstrafrecht durchsetzen.

Den Liberalen war es in der ersten Hälfte der 1870er-Jahren durchaus gelungen, in einer Reihe von Politikfeldern ihre Handschrift erkennen zu lassen, allerdings war dies nur durch Kompromisse mit Bismarck möglich. Nicht selten war der Machterhalt wichtiger als die Durchsetzung liberaler Prinzipien. Auch intern gab es Kritik etwa an den Ausnahmegesetzen des Kulturkampfes.^[44] Insbesondere gelang es nicht, die Rechte des Parlaments zu stärken. Dies führte innerhalb des liberalen Lagers zu Spannungen und zu Enttäuschungen bei einigen Wählergruppen. Zudem war mit dem Zentrum eine neue politische Richtung entstanden. Seither konnten die Liberalen nicht mehr beanspruchen, die eigentliche Vertretung des gesamten Volkes zu sein. Bismarck gelang es in den frühen 1870er-Jahren, die Staatsmacht zu stärken. Allerdings führte das Bündnis mit den Liberalen dazu, dass auch die Regierung Zugeständnisse machen musste und der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modernisierung Vorschub leistete.^[45]

Gründerjahre und Gründerkrach



Eisenwalzwerk (Ölgemälde von Adolph Menzel 1872–1875)

Schon kurz nach der Reichsgründung erfolgte ein Wirtschaftsaufschwung, die sogenannten Gründerjahre begannen. An diese schloss sich eine wirtschaftliche Depression an, die Gründerkrise.

Als Ursachen für den Aufschwung gelten verschiedene Faktoren: Der Handel innerhalb der Reichsgrenzen wurde stark vereinfacht. Erstmals in der Reichsgeschichte wurde ein einheitlicher Binnenmarkt geschaffen. Die behindernden Landeszölle entfielen. Ein einheitliches metrisches Maßsystem wurde Ende 1872 eingeführt. Eine durch Kriegserfolg und Reichsgründung ausgelöste, allgemeine Aufbruchstimmung führte zu einem enormen Investitionsanstieg und Bauboom. Die sehr hohen Reparationszahlungen Frankreichs finanzierten ebenfalls maßgeblich die Gründerzeit.

Schon 1872 übertrumpfte das Deutsche Reich das durch den Krieg geschwächte Frankreich als Industriemacht.

Im Jahr 1873 setzte dann eine wirtschaftliche Krise ein, die man als Gründerkrise bezeichnet. Der wirtschaftliche Einbruch begann als Berliner Börsenpanik im Oktober 1873. Er war aber nicht nur eine Folge überhitzter Spekulationen, sondern eine tief greifende Wirtschaftskrise, ausgelöst durch sinkende

Deutsche Geschichte (JR 313)

Nachfrage und in den Aufschwungjahren aufgebaute Überkapazitäten. Die unterschiedlichen Branchen wurden zu unterschiedlichen Zeitpunkten und unterschiedlich stark von der Krise erfasst. Besonders betroffen waren Montanindustrie, Maschinenbau und Baugewerbe, während die Konsumgüterindustrie weniger litt. Die Gründerkrise dauerte sechs Jahre bis 1879. In dieser Zeit fiel die Industrieproduktion zunächst leicht ab, um danach zu stagnieren. Die Güterpreise sanken erheblich ab, die Gewinne schrumpften und die Löhne fielen beträchtlich. Auch die Landwirtschaft geriet Mitte der 1870er-Jahre in die Krise. Hier spielten vor allem strukturelle Gründe und insbesondere das Entstehen eines Weltgetreidemarktes eine Rolle. In direkter Konkurrenz mit Russland und den USA waren deutsche Produkte bald selbst auf dem Binnenmarkt zu teuer.

Eine langfristig wichtige Folge war die Bildung von wirtschaftlichen Interessenverbänden. Es entstanden der *Verein Süddeutscher Baumwollindustrieller*, der *Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller*, der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen und ähnliche Organisationen. Diese verlangten vom Staat die Einführung von Schutzzöllen und gründeten zur gemeinsamen Interessenvertretung 1876 den Centralverband Deutscher Industrieller. Auch im Bereich der Landwirtschaft begannen sich schutzzöllnerische Verbände zu bilden, auch wenn in Ostelbien zunächst die Freihändler dominierend blieben. Immerhin ließ die Hinwendung zum Schutzzoll Landwirtschaft und Industrie enger zusammenrücken.

Die Gründerkrise hatte auch erhebliche Auswirkungen auf die Parteienlandschaft. Der Fortschrittsoptimismus der vergangenen Jahrzehnte wich einer pessimistischen Grundeinstellung. Vor allem das Gedankengut des Liberalismus („laissez faire, laissez aller“) wurde für den wirtschaftlichen Niedergang verantwortlich gemacht. Die freihändlerischen Liberalen verloren an Gewicht, während die Konservativen und das Zentrum gewannen. In dieser Stimmungslage nahm die Bedeutung des modernen Antisemitismus zu, da angeblich hinter Liberalismus und Börsenkapital das internationale Judentum steckte. Ausdruck fand er zum Beispiel im Berliner Antisemitismusstreit oder im Entstehen der christlich-sozialen Partei des Hofpredigers Adolf Stoecker. Die antisemitische Bewegung blieb zwar eine Minderheit, schaffte es aber immerhin, 1881 für eine „Antisemitenpetition“ 255.000 Unterschriften zu sammeln.

Auf die Regierung wuchs der Druck, regulierend in das Marktgeschehen einzugreifen, statt wie in Zeiten der Hochkonjunktur auf die Kräfte des Marktes zu vertrauen. Der Staat selber spürte die Gründerkrise durch sinkende Steuereinnahmen, auch das Defizit nahm zu. Der Zwang zu einer umfassenden Finanzreform wurde immer stärker. Gegen die Mehrheit der Liberalen war diese Reform allerdings nicht durchzusetzen. Diese wollten ihrerseits nun die Finanzschwierigkeiten nutzen, um verfassungspolitische Ziele durchzusetzen.^[46]

Politik nach der Wende von 1878/1879

Die immer weniger tragfähige Zusammenarbeit mit den Liberalen sowie die wirtschaftlichen, sozialen und finanzpolitischen Probleme im Gefolge der Gründerkrise waren Hintergründe für einen fundamentalen Politikwechsel des Reichskanzlers Otto von Bismarcks. Dieser war gekennzeichnet durch das Sozialistengesetz, die Abwendung von den Liberalen und die Einführung von Schutzzöllen. Die Haltung der Nationalliberalen dazu war widersprüchlich. Sie trugen zwar einige Maßnahmen mit, dennoch standen sie zunächst aber grundsätzlich in Opposition zum „System Bismarck.“^[47] Diese widersprüchliche Haltung zur Politik Bismarcks führte innerhalb der nationalliberalen Partei zu einer tiefen Krise. Zunächst spaltete sich 1879 ein rechter Flügel ab. Ein Jahr später ging aus dem eher linken Flügel die Liberale Vereinigung hervor, die entschieden gegen die konservative Wende anzukämpfen versuchte.^[48] Der politische Wandel von 1878 als Bündnis von landwirtschaftlichem Großgrundbesitz und Schwerindustrie wurde in der Forschung unter dem Begriff der Inneren Reichsgründung diskutiert.^[49]



Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie (Reichsgesetzblatt 34/1878)
Die beiden Attentate auf Kaiser Wilhelm I. im Mai und Juni des Jahres 1878 wurden von Bismarck für eine offensive antisozialdemokratische Politik genutzt. Die Sozialdemokraten galten spätestens seit dem offenen Bekenntnis von August Bebel und Wilhelm Liebknecht für die Pariser Kommune als Reichsfeinde. Damit befand sich die Regierung in Übereinstimmung mit weiten Teilen des Bürgertums. Tatsächlich schienen sich die Sozialdemokraten im Aufwind zu befinden, kamen sie doch bei den Reichstagswahlen von 1877 immerhin auf bereits 9,1 %. Außerdem war die Spaltung in ADAV und SDAP seit 1875 überwunden. Gleichwohl hat eine tatsächlich „revolutionäre“ Gefahr nie bestanden.^[50] Bismarck behielt sich mit dem Sozialistengesetz weitgehende Ausnahmeregelungen vor. Im ersten Anlauf war dieses Ziel allerdings an der Reichstagsmehrheit gescheitert.

Das zweite Attentat auf den Kaiser im Juni bot Bismarck die Gelegenheit, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben. Im Wahlkampf tat die Regierung alles, um die Revolutionsfurcht im Bürgertum und den Mittelschichten zu schüren. Wirkungsvoll verbunden wurden in der konservativen Presse dabei Antisozialismus, Antiliberalismus und antisemitische Untertöne. Die Liberalen hatten dagegen einen schweren Stand, zumal sich die wirtschaftlichen Interessenverbände erstmals für eine Schutzzollpolitik und gegen den liberalen Freihandel aussprachen. Die Wahl vom Juli 1878 brachte den Nationalliberalen, sowie der Fortschrittspartei erhebliche Verluste, während die Freikonservative Partei und die Deutschkonservative Partei zulegen konnten. Vor allem aber verloren die Nationalliberalen ihre parlamentarischen Schlüsselstellung an die Zentrumsparlei. Dennoch brauchte die Regierung die Nationalliberalen für die Verabschiedung des Sozialistengesetzes, da sich das Zentrum angesichts des Kulturkampfes hier verweigerte. In der nationalliberalen Partei blieb das Vorhaben umstritten. Die Parteimehrheit um Bennigsen war angesichts der Wahlniederlage bereit, dem Gesetz zuzustimmen. Ein kleinerer linker Flügel um Lasker wollte zunächst an der Ablehnung festhalten und das Vorgehen als Angriff auf den Rechtsstaat verurteilen. Aber auch dieser Flügel stimmte aus Sorge um den Zusammenhalt der Partei dem Gesetz schließlich zu, nachdem die Liberalen in den Beratungen einige Milderungen und eine Befristung des Gesetzes auf zwei Jahre durchgesetzt hatten.^[51] Am 18. Oktober 1878 nahm der Reichstag das Gesetz mit 221 gegen 149 Stimmen von Seiten des Zentrums, der Fortschrittspartei und der Sozialdemokraten^[52] an.

Das Sozialistengesetz selbst basierte auf der unbewiesenen Behauptung, die Attentäter auf den Kaiser wären Sozialdemokraten gewesen. Es ermöglichte das Verbot von Vereinen, Versammlungen, von Druckschriften und Geldsammlungen. Zuwiderhandlungen konnten mit Geld- oder Gefängnisstrafen belegt werden. Auch konnten Aufenthaltsverbote ausgesprochen oder über bestimmte Gebiete der kleine Belagerungszustand verhängt werden. Allerdings war das Gesetz befristet und musste daher vom Parlament immer wieder bestätigt werden. Außerdem blieben die Arbeit der Parlamentsfraktionen und die Beteiligung an Wahlen davon unberührt. Das Gesetz erfüllte sein Ziel auf längere Sicht nicht. Die Sozialdemokratie blieb als politische Kraft bestehen. Allerdings war das Gesetz mitverantwortlich dafür, dass die Anhänger der Partei sich in ein politisches Ghetto zurückzogen, das sich verfestigte. Als Reaktion auf die Verfolgung schlug die Partei überdies spätestens seit 1890 einen konsequent marxistischen Kurs ein.^[53]



Der führende nationalliberale Politiker Rudolf von Bennigsen (Holzschnitt um 1871)

Bereits 1875 hatte Bismarck angekündigt, an Stelle des Freihandels eine Schutzzollpolitik zu setzen. Dabei spielten weniger ideologische Gründe eine Rolle, sondern finanzpolitische Erwägungen. Bislang war das Reich auf Zuwendungen der Länder (Matrikularbeiträge) angewiesen gewesen, durch Zolleinnahmen erhoffte sich die Regierung eine Milderung dieser Abhängigkeit. Unterstützung erwartete Bismarck dafür beim landwirtschaftlich geprägten Zentrum und bei den Konservativen, aber auch auf dem rechten, industriell geprägten Flügel der Nationalliberalen. ^[54]

Nach der Verabschiedung des Sozialistengesetzes begann Bismarck ab 1878 den Wechsel in der Zoll- und Finanzpolitik umzusetzen. Da die liberalen zuständigen Fachminister von Camphausen und Achenbach diese Politik nicht mittragen konnten, traten sie zurück, wie zuvor schon Delbrück. Allerdings stießen die Vorstellungen Bismarcks in der hohen Beamtenschaft und bei den Finanzministern der Länder zunächst auf einhellige Ablehnung. Eine wichtige Rolle bei der Aufweichung dieser Position spielen die wirtschaftlichen Interessenverbände und vor allem der Centralverband deutscher Industrieller, denen es gelang, Einfluss auf eine amtliche Denkschrift zu nehmen, die sich für eine protektionistische Politik aussprach. Die Verbände warben erfolgreich für diesen Politikwechsel bei den Mitgliedern des Reichstages. Quer durch alle bürgerlichen Parteien schlossen sich 204 Abgeordnete der konservativen Parteien, fast alle Mitglieder der Zentrumsfraktion und eine Minderheit von 27 nationalliberalen Abgeordneten den Forderungen an. Die Umsetzung des Programms erwies sich allerdings als schwierig, da die Nationalliberalen ihre Zustimmung von erheblichen konstitutionellen Zugeständnissen abhängig machten. Dasselbe gilt für die Zentrumsparterie. Ihr Preis – die sogenannte „Franckensteinsche Klausel“ – lief darauf hinaus, dass die Zolleinnahmen nicht vollständig beim Reich verbleiben, sondern ab einer bestimmten Höhe den Ländern zufließen sollten. Bismarck konnte sich zwischen Zentrum und Nationalliberalen entscheiden, musste aber in jedem Fall erhebliche Abstriche von seinem Programm zum „Schutz der nationalen Arbeit“ machen. Seine Entscheidung fiel aus verschiedenen Gründen für das Zentrum aus. Wohl am bedeutendsten war, dass die Forderungen des Zentrums nicht auf eine weitere Parlamentarisierung hinausliefen. Die Reichstagsrede Bismarcks vom Juli 1879 besiegelte das Ende der liberalen Ära. In ihr erteilte der Reichskanzler dem Ziel eines bürgerlich-liberalen, auf Dauer parlamentarisch geprägten Staates eine klare Absage zu Gunsten eines zwar weiterhin konstitutionellen, aber doch klar obrigkeitlich-monarchischen Systems. ^[55]

Einführung der Sozialversicherung

Mit der industriellen Revolution und dem Übergang zur Hochindustrialisierung hatte sich der Schwerpunkt der sozialen Frage von den pauperisierten ländlichen Unterschichten hin zur städtischen Arbeiterbevölkerung verlagert. Auf kommunaler Ebene hatte es dazu verschiedene Ansätze gegeben, wie etwa das Elberfelder System der Armenfürsorge. Während des Kaiserreichs setzte nun eine neue Form staatlicher Sozialpolitik ein, die gleichzeitig ein wesentlicher Bestandteil der Entstehung des modernen Interventionsstaates war. Innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft war auch aus Furcht vor einer revolutionären Arbeiterbewegung die Notwendigkeit einer Lösung der Arbeiterfrage nicht umstritten. Kontrovers diskutiert wurden jedoch die Mittel und vor allem die Rolle des Staates. Insbesondere die Liberalen setzten anfangs auf gesellschaftliche Lösungen, etwa in Form von Selbsthilfeeinrichtungen der Arbeiter. Aus Kreisen der Sozialreformer, vor allem aus dem Umfeld des Vereins für Socialpolitik, wurden jedoch Forderungen nach stärkerem staatlichen Engagement in dieser Frage erhoben.



Zeitgenössisches Schaubild zu den Einnahmen, Ausgaben und Leistungen der Sozialversicherungen zwischen 1885 und 1909

Bismarck und die von ihm geführte Reichsregierung hatten lange zwischen beiden Positionen geschwankt, ehe sie sich für eine stärker staatliche Intervention entschieden. Für diese Entscheidung spielte eine Rolle, dass gesellschaftliche Lösungsansätze, wie sie den Liberalen vorschwebten, in der Praxis der Dynamik der industriellen Entwicklung offenbar nicht gewachsen waren. Hinzu kam aber ein weiteres Motiv. Bismarck hoffte mit Hilfe einer staatlichen Sozialpolitik die Arbeiter an den Staat zu binden und damit auch der Repressionspolitik des Sozialistengesetzes seine Schärfe zu nehmen. Das ursprüngliche Konzept der Regierung sah eine staatlich getragene und steuerfinanzierte Zwangsversicherung vor. Der Gesetzgebungsprozess war langwierig. Während der Beratungen sorgten Parteien, die Ministerialbürokratie und die Interessenverbände für erhebliche Modifikationen der ursprünglichen Entwürfe, so dass eigentlich nur bedingt von der „Bismarckschen Sozialversicherung“ gesprochen werden kann. Die zentralen Schritte waren die Einführung der Krankenversicherung (1883), der Unfallversicherung (1884) sowie schließlich die Invaliditäts- und Altersversicherung (1889). Allen gemeinsam war, dass der direkte staatliche Einfluss entgegen den ursprünglichen Plänen begrenzt war. Die Versicherungen waren zwar öffentlich-rechtliche Einrichtungen, aber eben nicht staatlich. Außerdem enthielten sie Elemente der Selbstverwaltung und ihre Finanzierung erfolgte nicht primär aus Steuern, sondern aus den Beiträgen der Arbeitsmarktparteien beziehungsweise der Unternehmer. Außerdem folgten sie nicht dem Prinzip des Bedarfs der Betroffenen, sondern waren lohn- und beitragsbezogen. Die Einführung der Sozialversicherung war noch einmal eine große Leistung Bismarcks, auch wenn das Ergebnis schließlich nicht ganz so ausfiel wie geplant. Dies gilt nicht nur für die Struktur der Versicherungen, sondern vor allem für das Ziel, mit ihrer Hilfe die Arbeiter von der Sozialdemokratie fern zu halten.^[56]

Grenzen des Systems Bismarck



Zentrumspolitiker Ludwig Windthorst

Ziele der konservativen Wende von 1878/1879 waren die Blockade einer weiteren Liberalisierung des Reiches und darüber hinaus eine Entwicklung im konservativen Sinn. Mit dem ersten Ziel war Bismarck weitgehend erfolgreich, das zweite ließ sich nicht umsetzen, da es im Parlament keine dauerhafte Mehrheit für ein solches Programm gab. Eine konservative Umgründung des Kaiserreichs stieß stets auf den Widerstand des Reichstages. Der Reichskanzler versuchte zwar, eine dauerhafte Mehrheit zustande zu bringen, scheiterte damit allerdings. In den frühen 1880er Jahren widersetzte sich im Wesentlichen das Zentrum den Plänen des Reichskanzlers. Solange der Kulturkampf noch nicht ganz beendet war, verfolgte die Partei unter der Führung von Ludwig Windthorst einen betont konstitutionellen Kurs, der die Rechte des Parlaments sicherte und sich einer engeren Zusammenarbeit mit der Regierung verweigerte. Zwar wurden 1880 ein neues Septennat verabschiedet und das Sozialistengesetz verlängert, andere Gesetzesentwürfe der Regierung, etwa für ein Tabakmonopol, scheiterten. Die Probleme

verschärften sich für die Regierung mit der Reichstagswahl von 1881, als die beiden konservativen Parteien 38 und die Nationalliberalen sogar 52 Mandate im Reichstag einbüßten. Dagegen gewannen Sozialdemokraten und Zentrum leicht hinzu, während die Liberale Vereinigung und die Fortschrittspartei die eigentlichen Wahlgewinner waren. Zusammen gewannen die Linksliberalen 80 Sitze hinzu.

Mit der Schwächung der parlamentarischen Unterstützung verschärfte Bismarck seinen Konfrontationskurs gegenüber dem Reichstag noch und versuchte, das Gewicht der Regierung im politischen System zu stärken. In diesen Zusammenhang gehörten Überlegungen, einen Deutschen Volkswirtschaftsrat aus Vertretern der Interessenverbände als eine Art Nebenparlament zu errichten. Ähnliche Pläne standen hinter der Schaffung von Berufsgenossenschaften als Träger der Unfallversicherung. Immer wieder wurden auch Gerüchte über die Änderung des Reichstagswahlrechts und eine Aufhebung der Verfassung lanciert. Mit keinem seiner antiparlamentarischen Vorstöße hatte Bismarck Erfolg. Sie trugen zur weiteren Verhärtung der Fronten bei und verstärkten in der Öffentlichkeit den Eindruck, dass es dem Kanzler zunehmend an politischen Konzepten fehle.¹⁵⁷¹

Kartellparteien und konservative Mehrheit

Mandate im Deutsche Reichstag 1871–1887 ¹⁵⁸¹

	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887
Konservative	57	22	40	59	50	78	80
Freikonservative	37	33	38	57	28	28	41
Nationalliberale	125	155	128	99	47	51	99
Fortschrittspartei	46	49	35	26	60	-	-
Liberale Vereinigung	-	-	-	-	46	-	-
Freisinn	-	-	-	-	-	67	32
Zentrum	63	91	93	94	100	99	98
Sozialdemokraten	2	9	12	9	12	24	11
Minderheiten	21	34	34	40	45	43	33
Sonstige	31	4	17	13	9	7	3

In der zweiten Hälfte der 1880er-Jahre veränderte sich die politische Situation vor allem durch Verschiebungen im Parteiensystem. Die politische Ausrichtung der Nationalliberalen verlagerte sich nach dem Rücktritt von Rudolf von Bennigsen, dem Aufstieg von Johannes Miquel und dem wachsenden Einfluss agrarischer Interessen deutlich nach rechts. Die Partei stellte sich mit ihrer Heidelberger Erklärung von 1884 in den wesentlichen Streitfragen hinter den Reichskanzler und grenzte sich gegenüber den Linksliberalen ab. Dies führte ebenfalls 1884 indirekt zur Fusion der Liberalen Vereinigung mit der Deutschen Fortschrittspartei zur Deutsch-Freisinnigen Partei. Der Abbau der Kulturkampfgesetze seit der ersten Hälfte der 1880er Jahre führte zu einer Minderung der Oppositionshaltung des Zentrums. Nach der Reichstagswahl von 1884, die mit Verlusten der Linksliberalen und deutlichen Gewinnen der konservativen Parteien sowie leichten Zuwächsen der Nationalliberalen endete, schien eine Rechtskoalition möglich zu werden. Tatsächlich arbeiteten diese Parteien bei der Germanisierungspolitik in den preußischen Ostprovinzen zusammen.

Forciert wurde der Plan einer rechten Mehrheit 1886 im Zusammenhang mit einer tiefen außenpolitischen Krise. Bismarck verlangte daraufhin die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke des Heeres, was von Zentrum und Freisinn strikt abgelehnt wurde. Die Folge war eine erneute Reichstagsauflösung. Im Wahlkampf tat die Regierung alles, um Linksliberale, Zentrum und Sozialdemokraten als Reichsfeinde abzustempeln. Darüber hinaus schlossen Konservative und Nationalliberale ein Wahlbündnis – das so genannte Kartell. Die Wahl von 1887, die im Zeichen eines möglichen Krieges mit Frankreich stattfand, brachte den Kartellparteien (vor allem den Nationalliberalen) Gewinne, die zu Lasten der Linksliberalen und der Sozialdemokraten gingen. Die Kartellparteien verfügten mit 220 von 397 Abgeordneten über eine absolute Mehrheit.

Bismarck hatte zwar seither eine starke Mehrheit, gleichzeitig war er aber auch vom Fortbestand der Koalition abhängig. In der ersten Zeit arbeiteten Kartell und Regierung recht reibungslos zusammen. So wurde die umstrittene Militärvorlage ebenso beschlossen wie Gesetze im Interessen der Landwirtschaft. Auch das Sozialistengesetz wurde noch einmal bis 1890 verlängert. Danach nahmen die Spannungen

allerdings deutlich zu. So stimmten die Nationalliberalen einem Friedensgesetz zur Beendigung des Kulturkampfes nicht zu, auch weigerte sich ein Teil ihrer Fraktion, die landwirtschaftlichen Schutzzölle noch einmal zu erhöhen. Dies Gesetz kam dann nur mit Hilfe des Zentrums zustande. Auch die Fortsetzung des Sozialistengesetzes, die Kolonialpolitik und die Sozialgesetzgebung stieß bei den Nationalliberalen auf Kritik. Die Sozialgesetze kamen ebenfalls nur mit Hilfe des Zentrums zustande. Im konservativen Lager verstärkten sich die Stimmen, die nach einer dauerhaften Zusammenarbeit mit dem Zentrum verlangten.^[59]

Bündnisse und Außenpolitik

Das Kaiserreich verdankte sein Entstehen im Krieg gegen Frankreich der wohlwollenden Neutralität von England und Russland. Diese relativ günstige diplomatische Großwetterlage hielt indes nicht an. Das strukturelle Hauptproblem war, dass mit der Gründung des Reiches eine neue Großmacht in Europa entstanden war, die erst ihren Platz im System der Mächte finden musste. Obwohl Bismarck immer wieder die Saturiertheit der neuen Nation beteuerte, erschien den übrigen Staaten die Politik Deutschlands als nicht recht berechenbar. Insgesamt schien die außenpolitische Situation relativ offen. Fixpunkte waren jedoch einerseits der deutsch-französische Gegensatz und andererseits die Konkurrenz von Großbritannien und Russland (The Great Game). Es gab für die deutsche Außenpolitik verschiedene theoretische Handlungsoptionen sich in das bestehende Staatensystem zu integrieren. Obwohl sich Bismarck zunächst alle Alternativen bis hin zu einem Präventivkrieg offen hielt, entschied er sich letztlich aber für eine defensive Variante als „ehrlicher Makler“ zwischen den Mächten.

Bündnissysteme bis Anfang der 1880er-Jahre

Am 7. September 1872 kam es zu einem Dreikaisertreffen. Kaiser Wilhelm begrüßte in Berlin Kaiser Franz Joseph I. und Zar Alexander II. Am 22. Oktober 1873 wurde das Drei-Kaiser-Abkommen zwischen dem Deutschen Reich, Russland und Österreich-Ungarn unterzeichnet. Am Beginn der Außenpolitik des neuen Reiches standen damit einerseits ein enges Bündnis mit Österreich-Ungarn und ein gutes Einvernehmen mit Russland.

Die Entscheidung für eine defensive Politik fiel 1875 nach der so genannten Krieg-in-Sicht-Krise, als Russland und England deutlich gemacht hatten, einen möglichen Präventivkrieg des Reiches gegen das wieder erstarkte Frankreich nicht hinzunehmen. Dies machte deutlich, dass der Versuch, eine hegemoniale Stellung zu erreichen, die Gefahr eines europäischen Krieges in sich trug.

Die Entscheidung für eine Gleichgewichtspolitik wurde zuerst in der Balkankrise 1877/1878 im Zusammenhang mit einem türkisch-russischen Krieg deutlich. Während die übrigen Großmächte eigene Interessen hatten, versuchte Deutschland als Vermittler aufzutreten. Dabei bestand allerdings die Gefahr, die Unterstützung Österreich-Ungarns und Russlands zu verlieren. Daher hat Bismarck alles vermieden, um sich zwischen beiden Seiten entscheiden zu müssen. Das Ziel war es, eine Konstellation herbeizuführen, wie der Kanzler in seinem Kissinger Diktat von 1877 festhalten ließ, *in welcher alle Mächte außer Frankreich unser bedürfen, und von Koalitionen gegen uns durch ihre Beziehungen zueinander nach Möglichkeit abgehalten werden*^[60].



Berliner Kongress (Gemälde von Anton von Werner, 1881, 3,60 × 6,15 m im Berliner Rathaus)
Abgebildet (v. l. n. r.): von Haymerle, Károlyi, de Launay, Gortschakow, Waddington, Disraeli, von Radowitz, zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Corti, Graf de Moun, d'Oubril, de Saint-Vallier, Desprey, Andrássy, Bucher, Otto von Bismarck, von Holstein, Busch, Herbert von Bismarck, Pjotr Andrejewitsch Schuwalow, Sadullah Bey, Russell, von Bülow, Salisbury, Carathéodori und Mehmed Ali Pascha

Zur Lösung des Interessengegensatzes zwischen Russland und Großbritannien nach dem Russisch-Türkischen Krieg fand 1878 der Berliner Kongress statt. Bismarck bemühte sich dabei um die Rolle als „ehrlicher Makler“ und um einen Ausgleich zwischen den Großmächten. Dies stand allerdings im Gegensatz zur Hoffnung der russischen Regierung, die sich von dem Kongress eine diplomatische Bestätigung der erzielten militärischen Erfolge auf dem Balkan erwartet hatte. Insofern wurde das Ergebnis, das gerade Österreich mehr Einfluss zugestand, ohne militärische Opfer gebracht zu haben, von

Deutsche Geschichte (JR 313)

Russland als eine diplomatische Niederlage gewertet. Nach dem Kongress verschlechterte sich das Verhältnis des Zarenreichs gegenüber Deutschland so drastisch, dass es bis zum Ersten Weltkrieg kein tragfähiges Bündnis zwischen diesen beiden Staaten mehr gab.

In der Folge kam es zum Bündnis zwischen Russland und Frankreich. Bismarck suchte daher noch deutlicher als zuvor ein Zusammengehen mit Österreich-Ungarn. Dies gipfelte am 7. Oktober 1879 in dem sogenannten „Zweibund“. Mit dem Bündnis war die Rolle des Deutschen Reiches als ungebundenem Mittler zwischen den Mächten beendet. Es begann in der Folge der Aufbau des Bismarckschen Bündnissystems, zunächst nach Osten, dann nach Westen und Süden. Im Jahr 1881 erfolgte der Abschluss des Dreikaiserbundes mit Österreich-Ungarn und Russland. Inhaltlich verpflichteten sich die Mächte, den Status quo auf dem Balkan nur in Absprache zu verändern und im Kriegsfall mit einer vierten Macht wohlwollende Neutralität zu wahren. Diese Bestimmung bezog sich in erster Linie auf einen neuen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland sowie Großbritannien und Russland. Da die Spannungen zwischen Österreich-Ungarn und Russland auf dem Balkan aber bald wieder zunahm, scheiterte die Dreikaiserpolitik auf längere Sicht.

Nach Süden wurde 1882 der Zweibund mit Italien zum Dreibund erweitert. Hintergrund dieser Erweiterung waren die zunehmenden Spannungen zwischen Frankreich und Italien in Tunesien. Auch der Dreibund war ein Defensivbündnis und entlastete zudem noch Österreich-Ungarn, da es über den Verlauf der Grenze mit Italien immer wieder zu Streitigkeiten gekommen war.

Das Kaiserreich stand daher zu Beginn der 1880er-Jahre im Zentrum zweier Bündnissysteme. Die Aufrechterhaltung war kompliziert, von Widersprüchen gekennzeichnet und labil. Auf dieser instabilen Basis gelang für einige Zeit ein Festschreiben des status quo.^[61]

Beginn des deutschen Imperialismus



Deutscher Kolonialherr in Togo (ca. 1885)

Bereits Mitte der 1880er-Jahre führte die imperialistische Expansion der Großmächte zu einer neuen Dynamik in den Beziehungen, die das Aufrechterhalten des Gleichgewichts immer schwieriger machte und es schließlich aus der Balance warf.

Anfangs wurde die Expansion nach Übersee von privaten Unternehmern getragen. Zwar kam es bald zu staatlichen Unterstützungen, aber diese bewegten sich nach britischem Vorbild noch im Rahmen des Aufbaus eines „informal Empire“ (das heißt die Kontrolle eines Gebiets ohne offizielle staatliche Inbesitznahme). Gründe für ein Engagement in Übersee waren einerseits das Auftreten einer wirkungsmächtigen Kolonialbewegung in Deutschland, die in Kolonien eine Möglichkeit sah, die Gründerkrise zu überwinden und den Bevölkerungsanstieg zu bremsen. Aber der Besitz von Kolonien wurde auch als eine nationale Prestigefrage betrachtet. Als Kolonialpropagandisten traten bald Organisationen wie der Deutsche Kolonialverein oder die Gesellschaft für Deutsche Kolonisation auf. Beide schlossen sich später zur Deutschen Kolonialgesellschaft zusammen.^[62]

Die Gründe, weshalb Bismarck dem Druck der Kolonialbewegung nachgab und begann, ein formelles Empire zu errichten, sind in der Forschung umstritten. Ein Argument ist, dass der Reichskanzler die Probleme Großbritanniens unter anderem in Afghanistan und im Sudan ausnutzte, um durch eine antienglische Politik die Annäherung an Frankreich zu suchen. Höhepunkt dieser Entwicklung war die Berliner Kongo-Konferenz 1884/85, als Deutschland und Frankreich zusammen Englands Mittelafrikapolitik entgegentraten. Andere Interpretationen verweisen vor allem auf innenpolitische Gründe. Der Erwerb von Kolonien sollte danach parteipolitische Erleichterungen für die Regierung bringen und bei den Reichstagswahlen von 1884 Stimmen für die der Regierung nahe stehenden Parteien bringen. Eine dritte These deutet die Wende als Sozialimperialismus. Danach sollten Kolonien gewissermaßen die sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten überdecken und Legitimationsdefizite abbauen. Neuere Forschungen sehen eine Mischung aus verschiedenen Ursachen und betonen zusätzlich die Eigendynamik in den späteren Kolonien. Das Jahr 1884 markiert dann den eigentlichen Beginn der

Deutsche Geschichte (JR 313)

deutschen Kolonialpolitik, als im April Deutsch-Südwestafrika unter den Schutz des Deutschen Reichs gestellt wurde. Auch in Deutsch-Ostafrika, Togo, Kamerun und im Pazifik wich die informelle einer formellen Herrschaft. Zwar blieb die Kolonialpolitik unter Bismarck Episode, die Expansion endete bereits 1885, allerdings war damit ein Anfang für ein weiteres Ausgreifen ebenso wie für Konflikte mit Großbritannien gemacht.¹⁶³¹

Übersicht über die deutschen Kolonien („Deutsche Schutzgebiete“):

1. Deutsch-Neuguinea seit 1885, erworben durch Otto Finsch, im Auftrag der Neuguinea-Kompagnie (dazu gehörte: Kaiser-Wilhelms-Land (heute nördliches Papua-Neuguinea), Bismarck-Archipel (Papua-Neuguinea), Bougainville-Insel (Papua-Neuguinea, nördliche Salomon-Inseln 1885–1899 (Salomonen (Choiseul und Santa Isabel)), Marianen seit 1899, Marshallinseln seit 1885, Palau seit 1899, Karolinen (Mikronesien) seit 1899, Nauru seit 1888
2. Deutsch-Ostafrika (heute Tansania, Ruanda, Burundi, Mosambik-Ruvuma-Dreieck) seit 1885, erworben durch Carl Peters
3. Deutsch-Südwestafrika (heute Namibia, Botswana-Südrand des Caprivi-Zipfels) seit 1884, erworben durch Franz Adolf Eduard Lüderitz
4. Deutsch-Witu (heute südliches Kenia), 1885–1890, erworben durch die Gebrüder Denhardt aus Zeitz
5. Kiautschou seit 1898 (China, für 99 Jahre gepachtet)
6. Kamerun seit 1884, (heute Kamerun, Nigeria-Ostteil, Tschad-Südwestteil, Westteil der Zentralafrikanischen Republik, Nordostteil der Republik Kongo, Gabun-Nordteil) erworben durch Gustav Nachtigal
7. Samoa seit 1899, heute unabhängiger Staat Samoa
8. Togoland seit 1884, (heute Togo, Ghana-Westteil) erworben durch Gustav Nachtigal

Außenpolitische Doppelkrise 1885/1886



„Wir Deutsche fürchten Gott, sonst Niemand auf der Welt.“ (Zitat einer Rede Bismarcks vor dem Reichstag am 6. Februar 1888; Propagandadruck, zeitgenössische Kreidelithographie)

Nicht nur die Hinwendung zu einer imperialistischen Politik in Übersee, sondern auch zwei Krisenherde in Europa veränderten die deutsche Außenpolitik. In Frankreich entstand, ausgehend nicht zuletzt von General Georges Ernest Boulanger, eine nationalistische Sammlungsbewegung, die für einen Revanchekrieg gegen Deutschland eintrat. Die Gefahr wuchs noch, als Boulanger Kriegsminister wurde. Bismarck spielte diese Bedrohung aus innenpolitischen Gründen bewusst hoch, unter anderem um dazu beizutragen, dass bei den Reichstagswahlen von 1887 eine regierungsfreundliche Mehrheit entstehen konnte. Gleichzeitig diente die Verschärfung des Tons gegenüber Frankreich der Überdeckung der außenpolitischen Schwierigkeiten in Ost- und Südosteuropa. Dort hatte die Bulgarische Krise zur Verschärfung der Gegensätze zwischen Österreich-Ungarn und Russland und zum faktischen Zerbrennen des Dreikaiserbundes geführt. Auch Deutschlands Verhältnis zu Russland verschlechterte sich nicht zuletzt wegen der Schutzzollpolitik. Bei der deutschen Regierung wuchs die Sorge um einen Zweifrontenkrieg, da es offenbar zu einer Annäherung zwischen Russland und Frankreich kam. Innenpolitisch geriet Bismarck angesichts der Doppelkrise unter Druck, da ihm Kritiker vorwarfen, seine Außenpolitik sei überholt. Von einigen Militärs, wie von General Alfred von Waldersee, aber auch von Deutschkonservativen und selbst von Sozialdemokraten, wurde eine scharfe Gangart gegenüber Russland bis hin zu einem Präventivkrieg gefordert. Bismarck versuchte die teilweise von ihm selbst ausgelöste nationalistische Welle zu dämpfen und die Krise diplomatisch beizulegen. Dies gelang mit Mühen, die deutlich machten, dass sich der politische Spielraum Deutschlands seit der Reichsgründung erheblich reduziert hatte. Im Jahr 1887 gelang die Wiederherstellung des Dreibundes mit Österreich-Ungarn und Italien. Durch verschiedene weitere Verträge, wie dem Mittelmeerabkommen zwischen Italien und

Deutsche Geschichte (JR 313)

Großbritannien und dem Orientdreibund, an denen Deutschland nicht beteiligt war, wurde es durch seine Verbündeten doch Teil einer antirussischen Koalition.

Noch im selben Jahr wurde anstelle des Dreikaiserabkommen am 18. Juni der Rückversicherungsvertrag mit Russland abgeschlossen. Beide Staaten verpflichteten sich bei einem unprovokierten Angriff seitens einer dritten Macht zu wohlwollender Neutralität. Dabei sah ein geheimes Zusatzprotokoll die deutsche Unterstützung Russlands in dessen Balkan- und Bosphoruspolitik vor. Damit ging Deutschland hier Verpflichtungen ein, die im Gegensatz zu den Bündnissen und Verträgen mit anderen Staaten standen. Wichtiger war Bismarck an dieser Stelle offenbar, ein mögliches Bündnis zwischen Frankreich und Russland zu verhindern.

Insgesamt war die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts am Ende von Bismarcks Amtszeit immer schwieriger geworden. Hatte er zu Beginn noch die vorhandenen Gegensätze zwischen den Großmächten austarieren können, blieb ihm am Ende nur noch, die Spannungen zu schüren, um dann zu versuchen, sie im Sinne des Reiches einzuhegen.^[64]

Dreikaiserjahr 1888



Friedrich III.

Am 9. März 1888 starb Kaiser Wilhelm I. Drei Tage später wurde sein Sohn, der schwerkranke Friedrich III., zum neuen Kaiser proklamiert. Mit seiner Inthronisierung verbanden sich Hoffnungen auf eine Liberalisierung des Reiches und einen größeren Einfluss des Parlaments auf politische Entscheidungen. Man sagte ihm Sympathien für das parlamentarische System der britischen Monarchie nach.

Während des Antisemitismustreits hatte er sich öffentlich gegen die Judenfeinde gestellt. Besonders die Freisinnigen, vor allem Bamberger, Forckenbeck und von Stauffenberg standen dem Kaiser nahe. Aufgrund seiner Krankheit konnte er die Politik allerdings kaum beeinflussen. Lediglich die Entlassung des hochkonservativen preußischen Innenministers von Puttkamer war ein Zeichen in die erwartete Richtung. Bereits 99 Tage nach seinem Amtsantritt, am 15. Juni 1888, starb Friedrich III. an Kehlkopfkrebs. Aufgrund der kurzen Amtszeit wird er auch als „99-Tage-Kaiser“ bezeichnet. 10 Tage nach seinem Tod wurde sein 29-jähriger Sohn als Kaiser Wilhelm II. inthronisiert. Durch die kurze Abfolge dreier Monarchen wird das Jahr 1888 auch als Dreikaiserjahr bezeichnet.^[65]

Das wilhelminische Reich

Noch deutlicher als zur Zeit Bismarcks stand die Politik während der wilhelminischen Ära unter dem Druck, sich den Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft anzupassen und Antworten auf die dringendsten sozialen und ökonomischen Fragen der Zeit zu finden: so etwa in Bezug auf die Integration und Emanzipation der Arbeiter in Staat und Gesellschaft, aber auch auf die negative wirtschaftliche Entwicklung in Handwerk und Landwirtschaft. Die Übernahme neuer staatlicher Aufgaben führte zu Finanzierungsproblemen und einer entsprechend hohen Belastung des Staatshaushalts. Nicht zuletzt ging es auch darum, die politischen Strukturen an die Bedingungen einer industriellen Gesellschaft und einer bislang nicht gekannten tiefgreifenden Politisierung der Bevölkerung anzupassen.^[66]

Das Ende der Ära Bismarck

Bismarck blieb zunächst unbeschadet im Amt. So versuchte er noch 1889 ein Bündnis mit Großbritannien einzugehen, scheiterte jedoch mit diesem Vorhaben. Ein Schlusspunkt unter die Sozialgesetzgebung war die am 23. Mai in Kraft getretene Alters- und Invalidenversicherung.



Die Punch-Karikatur „*Dropping the Pilot*“ (dt. meist „*Der Lotse geht von Bord*“) von Sir John Tenniel zur Entlassung Bismarcks 1890

Zwischen Wilhelm II. und Bismarck kam es schon bald zu Konflikten. Neben dem Generationsunterschied spielte dabei Wilhelms Wunsch, selbst die Politik zu gestalten, eine wichtige Rolle. Dies schränkte Bismarcks Spielraum erheblich ein. Bestärkt wurde der Kaiser dabei von seinem engsten Umfeld, etwa von Philipp zu Eulenburg. Auch in der Öffentlichkeit nahm die Kritik an der autoritären Kanzlerherrschaft – von einigen sogar als Kanzlerdiktatur bezeichnet – sowie an der innenpolitischen Erstarrung zu. Nicht zuletzt waren Kaiser und Kanzler in der Arbeiterfrage uneins. Während Bismarck an seinem Repressionskurs festhielt, sprach sich Wilhelm für ein Ende der Sozialistengesetze aus. Ein Zeichen für diese veränderte Haltung war während des großen Bergarbeiterstreiks von 1889 der Empfang einer Delegation von streikenden Arbeitern. Dagegen legte Bismarck den Entwurf für ein nunmehr unbefristetes Sozialistengesetz vor. Die Mehrheit des Reichstages lehnte das Gesetz allerdings ab und das Kartell der Rechtsparteien brach auseinander. Diese mussten bei den Reichstagswahlen 1890 starke Verluste hinnehmen, während das Zentrum, die Linksliberalen und die Sozialdemokraten zulegen konnten. Damit war die parlamentarische Mehrheit für die Politik Bismarcks nicht mehr vorhanden. Die erneuten Drohungen mit einem Staatsstreich liefen ins Leere. In der Folge verschärfen sich die Konflikte zwischen Wilhelm II. und Bismarck noch einmal und der Kanzler geriet allmählich politisch ins Abseits. Bismarck wurde durch Wilhelm II. am 18. März 1890 zum Rücktritt von allen seinen Ämtern gezwungen.¹⁶⁷¹

„Der neue Kurs“ und die Amtszeit von Leo von Caprivi

Neuer Reichskanzler wurde Leo von Caprivi. Anders als Bismarck, der innenpolitisch eine Politik der Konfrontation betrieben hatte, setzte der neue Kanzler auf eine ausgleichende und versöhnlichere Politik. Vor allem sollten Reformen die sozialen Konflikte mildern und dem schleichenden Legitimitätsverlust der letzten Bismarckjahre entgegenwirken. In der Außenpolitik lehnte der Kaiser auf Anraten Friedrich August von Holsteins eine Verlängerung des Rückversicherungsvertrages mit Russland ab, was Russland zwang, sich mit Frankreich zu arrangieren.

Seit 1890 begann – vor allem getragen vom preußischen Handelsminister Hans Hermann von Berlepsch und seinem Mitarbeiter Theodor Lohmann – ein neuer Schub für die Sozialpolitik.¹⁶⁸¹ Dabei setzte dieser vor allem auf den Ausbau des Arbeitsschutzes und eine Reform des Arbeitsrechts. In den kaiserlichen Februarerlassen von 1890 wurden diese Pläne zu einem offiziellen Programm der Regierung erhoben. Die Novelle der Gewerbeordnung setzte 1891 Teile davon tatsächlich um. Dazu gehörte das Verbot der Sonntagsarbeit, eine weitere Beschränkung der Fabrikarbeit für Frauen und Kinder oder Regelungen für die Arbeit in gesundheitsgefährdenden Betrieben. Die Verbesserung der Gewerbeaufsicht sollte die Umsetzung der Maßnahmen kontrollieren. Die Fortführung des Programms scheiterte einerseits an schlechteren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und andererseits am Widerstand der Industrie. Die geplante Neuregelung des Koalitionsrechts blieb daher aus. In der Handelspolitik schloss die Regierung Caprivi eine Reihe von Handelsverträgen, die nicht nur drohende Zollkriege verhinderten, sondern die Absatzmöglichkeiten für deutsche Produkte verbesserten. Dies war allerdings nur für den Preis von niedrigeren Agrarzöllen zu haben. Unter Caprivi verschob sich die Wirtschaftspolitik mithin von der Landwirtschaft hin zur exportorientierten Industrie. In Preußen hatte Caprivi, der wie Bismarck auch preußischer Ministerpräsident war, nur teilweise Erfolge bei der Reform der Landgemeindeordnung, die schließlich durch den Widerstand der Konservativen stark verwässert wurde. Ein Erfolg war allerdings die Finanzreform des preußischen Finanzministers Miquel, die 1891 zur Erhebung einer zumindest schwach progressiven Einkommensteuer führte. 1893 folgte eine Vermögensteuer. Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuern waren seither Gemeindesteuern. Allerdings zeigten die Konzessionen an die Großgrundbesitzer auch die Grenzen der Reformfähigkeit. Kaum Erfolg hatten Bemühungen um eine Reform des Dreiklassenwahlrechts in Preußen.



„Die Februarerlasse“. Idealisierte Darstellung Wilhelm II. und des Anspruchs auf ein „soziales Kaisertum“ (Neuruppiner Bilderbogen von 1890)

Insgesamt hatte die Politik Caprivis zwar Erfolge, die Reformen gingen aber nicht weit genug, um einen wirklichen Systemwechsel herbeizuführen. Ein Problem war dabei auch der Reibungsverlust an der Staatsspitze. Vor allem das Auseinandertreten der Politik im Reich und in Preußen war folgenreich. Während der Kanzler sich im Reichstag gegenüber dem Zentrum und den Linksliberalen öffnete, verfolgte Miquel als starker Mann in Preußen eine Zusammenarbeit zwischen Konservativen und Nationalliberalen. Im Jahr 1892 musste Caprivi das Amt des Ministerpräsidenten an Graf Botho zu Eulenburg abgeben. Dies schwächte die Position des Reichskanzlers noch mehr, dem es ohnehin nicht gelang, im Reichstag eine dauerhafte Mehrheit hinter sich zu bringen. Vor allem eine neue Heeresvorlage, die einen starken Rüstungsschub bedeutet hätte, traf auf den Widerstand nicht nur der Sozialdemokraten und des Freisinns, sondern auch des Zentrums, das die Politik des Kanzlers bislang meist mitgetragen hatte. Dies führte 1893 zur Auflösung des Reichstags und zu Neuwahlen. Die SPD gewann zwar dazu, aber die Linksliberalen, die sich über die Militärvorlage in Freisinnige Vereinigung und Freisinnige Volkspartei aufspalteten, verloren ebenso wie das Zentrum Mandate.

Dies ermöglichte zwar die Verabschiedung einer veränderten Fassung der Heeresvorlage, aber Caprivi hatte auch mit dem Widerstand der Konservativen zu rechnen, die sich vor allem gegen die Wende in der Zoll- und Handelspolitik wandten. Vor allem der neu gegründete Bund der Landwirte^[69] machte erfolgreich Stimmung gegen den Kanzler. In der konservativen Partei gab es zudem einen deutlichen Rechtsschwenk, als die Partei auf dem so genannten Tivoliparteitag 1892 die alte Führung stürzte, ein antisemitisches Programm^[70] annahm und sich eng an den Bund der Landwirte anlehnte. Auf Widerstand stieß Caprivi zunehmend auch bei Wilhelm II., der stärker als seine Vorgänger Einfluss auf die Politik ausüben und ein „persönliches Regiment“ errichten wollte. Auch wenn davon nur bedingt die Rede sein kann, hat der Kaiser doch erheblichen direkten und indirekten Einfluss ausgeübt. Vielfach zeigte sich dieser Einfluss in sprunghaften und planlosen Eingriffen in die Entscheidungsprozesse. Dies betraf weniger die Innen- als vielmehr die Flotten- und Außenpolitik. Dennoch begann sich der Kaiser auch gegen den innenpolitischen „Neuen Kurs“ zu wenden, da dieser nicht wie gehofft, die Legitimationsbasis erweitert, sondern sie mit der drohenden Abwendung der Konservativen sogar noch verringert hatte. Gegen den neuen Kurs wetterte zudem auch Bismarck, der immer noch Einfluss auf Teile der Presse hatte.

Hatte der Kaiser zu Beginn seiner Herrschaft gegenüber den Sozialdemokraten noch ein gewisses Entgegenkommen gezeigt, änderte sich dies in der Mitte der 1890er-Jahre unter dem Druck der Industrie (hier angeführt von Carl Ferdinand von Stumm-Halberg), Teilen der Landwirtschaft, des Hofstaates, des preußischen Ministerpräsidenten und Anderer. Diese forderten einen schärferen Kurs gegenüber den Sozialdemokraten. Es war die Rede von neuen Ausnahmegesetzen und erneut gab es Gerüchte über Staatsstreichpläne. Als auch Wilhelm sich gegen Caprivi wandte, war dieser nicht mehr zu halten und wurde im Oktober 1894 wie auch der preußische Ministerpräsident Eulenburg entlassen.^[71]

Kanzler des Übergangs und „persönliches Regiment“



Wilhelm II. um 1890 (Gemälde von Max Koner)

Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst wurde am 29. Oktober 1894 Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident. Bereits sein Alter von mehr als 75 Jahren lässt ihn als eine personelle Zwischenlösung erscheinen. Konflikten mit dem Kaiser versuchte Hohenlohe zwar möglichst aus dem Weg zu gehen, dennoch war seine Amtszeit geprägt von teils latenten, teils manifesten Meinungsunterschieden zwischen Kaiser und Kanzler. Diese reichten bis hin zu einer lang dauernden Regierungskrise.

Der neue Kanzler offenbarte durchweg eine Politik des Zögerns, die angesichts des immer stärker hervortretenden kaiserlichen Anspruchs auf ein „persönliches Regiment“ der Einsicht in seinen begrenzten Einfluss entsprach. Wilhelm übte namentlich einen starken Einfluss auf Personalentscheidungen aus. Dabei wurden die Exponenten des „Neuen Kurses“ entweder entlassen oder politisch kaltgestellt. Die Sozialpolitik begann ab 1893 zu stocken. Persönlich stand Hohenlohe neuen Ausnahmegesetzen gegen die Sozialdemokratie zwar eher skeptisch gegenüber, aber bezeichnend für seine Schwäche war, dass 1895 mit der Umsturzvorlage und später der Zuchthausvorlage^[72] von 1899 – die letztere war dabei auch eine Reaktion auf den Hamburger Hafendarbeiterstreik von 1896/97 – im Reichstag solche Gesetze zur Abstimmung standen. Bezeichnend für die schwebende politische Lage war, dass beide keine Mehrheit fanden. Dasselbe Schicksal erlitt ein „kleines Sozialistengesetz“ in Preußen. Erfolg hatte freilich die Lex Arons 1898, das Sozialdemokraten vom Lehramt an Hochschulen ausschloss. In die Kanzlerzeit von Hohenlohe-Schillingsfürst fiel 1896 nach langen Vorarbeiten die Verabschiedung des bürgerlichen Gesetzbuches. Dieses vereinheitlichte das bis dahin regional unterschiedliche bürgerliche Recht. In Kraft trat das Gesetzbuch zum 1. Januar 1900. Es bildete den Abschluss des nach der Reichsgründung begonnenen rechtlichen Kodifizierungsprozesses.^[73]

Ära von Bülow

Sammlungspolitik

Nicht zuletzt die Misserfolge bei der Durchsetzung neuer Ausnahmegesetze verstärkten im Umfeld des Kaisers noch einmal Gedanken an einen antiparlamentarischen Staatsstreich. Im Jahr 1897 bildete Wilhelm II. die Regierung dann entscheidend um. Hohenlohe blieb zwar zunächst im Amt, aber der eigentliche Schwerpunkt der Politik lag bei vier anderen Personen: Johannes Miquel als Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums, Arthur von Posadowsky-Wehner als Chef des Reichsamtes des Inneren, Alfred von Tirpitz als Chef des Reichsmarineamtes sowie Bernhard von Bülow als Außenstaatssekretär. Diese sollten nach Willen des Kaisers die Innenpolitik in konservative Bahnen lenken, den Aufbau einer starken Flotte forcieren und außenpolitisch im Sinne einer Weltpolitik agieren. Mit diesem Wechsel ließen die direkten Eingriffe des Kaisers in die Politik zunächst nach, da die neue Führung ohnehin weitgehend im Sinne Wilhelms handelte. Die Konflikte zwischen Regierung und Kaiser gingen nach 1900 mit dem Wechsel im Reichskanzleramt zu Bernhard von Bülow weiter zurück.

Das Schlagwort der neuen Führung am Ende des 19. Jahrhunderts war die Sammlungspolitik der „staaterhaltenden und produktiven Kräfte“ gegen die Sozialdemokratie. Zollpolitik, Flottenbau, Weltpolitik und Kaisertum sollten gesellschaftlich integrierend wirken und Mittelstand und Bürgertum gegen die Sozialdemokratie einen. Diesem Ziel diente auch die Handwerkspolitik. Das Handwerksgesetz von 1897 kam den Wünschen des alten Mittelstandes entgegen, etwa durch die Einführung von Handwerkskammern und Innungen. Zur Einbindung agrarischer und gewerblicher Interessen beteiligte die Regierung Vertreter der landwirtschaftlichen und industriellen Interessenorganisationen bei der Ausarbeitung neuer Zolltarife, deren Verabschiedung nach der Jahrhundertwende anstand. Zwar gelang es dabei, die Interessen der Landwirtschaft und der Schwerindustrie im Zeichen des Schutzzolls in eine gewisse Übereinstimmung zu bringen. Allerdings haben die exportorientierte Leichtindustrie und insbesondere die expandierende chemische Industrie dies massiv kritisiert und gründeten zur

Deutsche Geschichte (JR 313)

Durchsetzung ihrer antiprotektionistischen Ziele 1895 den Bund der Industriellen. Der Schutzzoll erwies sich insgesamt als nicht tragfähig für ein Bündnis von Landwirtschaft und der Industrie. Auch in anderen Bereichen gab es unterschiedliche Interessen. Die mögliche Erhöhung der Agrarzölle führte außerdem zu Protesten der Linksliberalen und Sozialdemokraten, die einen Anstieg der Lebenshaltungskosten befürchteten. Zu Protesten führte auch der geplante Bau des Mittellandkanals, der von den ostelbischen Großgrundbesitzern vehement abgelehnt wurde. Zu einem Kompromiss in der Zollfrage kam es erst 1902 unter dem Kanzler von Bülow. Wenn auch moderat, belastete dieser tatsächlich die Konsumenten und die Sozialdemokraten konnten den Reichstagswahlkampf von 1903 auch mit der Parole gegen den „Brotwucher“ führen.^[74]

Flottenpolitik



Großadmiral Alfred von Tirpitz

Der Flottenbau war zwar auch ein persönliches Anliegen von Kaiser Wilhelm II., die Flotte sollte aber auch zum Ausgleich der Interessengegensätze in der Gesellschaft beitragen. Vor allem im Bürgertum, aber auch im Mittelstand traf der Flottenbau auf eine breite Resonanz, während im Reichstag zunächst Vorbehalte vorhanden waren. Eine langfristige Festlegung der Baukosten hätte die budgetrechtlichen Kompetenzen des Parlaments erheblich geschwächt. Außerdem wäre der Bau als Mittel für eine Weltpolitik fast zwangsläufig mit negativen Folgen für die Beziehungen mit Großbritannien verbunden gewesen.^[75]

Von Wilhelm II. war eine mächtige Flotte ursprünglich zum Schutze des Handels und der Küsten gedacht. Umgekehrt verlangte eine weltweit operierende Einsatzflotte nach Stützpunkten in Übersee. Dies wurde zu einem wichtigen Motiv für die Kolonialpolitik insbesondere im Stillen Ozean. Dieses Konzept einer Kreuzerflotte wurde allerdings durch das Schlachtfloottenkonzept verdrängt. Alfred Tirpitz wurde der Hauptförsprecher und Organisator dieser Flotte. Das Konzept zielte auf eine offensive Verteidigung der deutschen Küste und den Durchbruch einer feindlichen Blockadeflotte ab. Hinter der Schlachtflotte stand auch der Risikogedanke. Jeder potentielle Angreifer sollte mit starken Verlusten rechnen müssen. Um als Abschreckungswaffe zu dienen, musste die Flotte eine beträchtliche Stärke haben. Dieser Wandel der Flottendoktrin, der erkennbar auf eine Konfrontation in der Nordsee ausgelegt war, musste das Misstrauen insbesondere in England gegenüber dem deutschen Kaiserreich verstärken.

1896 wurde eine Vergrößerung der Flotte noch abgelehnt. Zwei Jahre später wurde allerdings ein erstes Flottengesetz vom Reichstag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Freisinnige Volkspartei, der nationalen Minderheiten sowie eines kleinen Teils des Zentrums angenommen. Im Jahr 1900 folgte eine erneute Erweiterung der Bauvorhaben, die bei Ausführung ein Verhältnis von 2:3 gegenüber der britischen Flotte bedeutet hätte. Die Folge der Baupolitik war ein Wettrüsten mit Großbritannien.

Die schließliche Zustimmung des Parlaments und der Öffentlichkeit zur Flottenpolitik war nicht zuletzt das Ergebnis einer modern anmutenden Öffentlichkeitsarbeit von Tirpitz. Ein eigenes Nachrichtenbüro im Reichsmarineamt^[76] führte regelrechte Werbekampagnen für die Flotte durch. Dabei arbeitete es eng mit dem 1898 gegründeten Flottenverein zusammen. Diese Massenbewegung, die vom Wirtschaftsbürgertum bis hin in die kleinbürgerlichen Schichten reichte, hatte 1900 immerhin 270.000 Mitglieder. Nimmt man korporative Mitglieder hinzu, waren es 1908 mehr als eine Million. Die Propaganda für die Flottenbegeisterung spielte eine wichtige Rolle, allerdings traf sie gerade im Bürgertum auf eine längere Tradition des Marineenthusiasmus. Hinzu kam, dass der übersteigerte Nationalismus in der Flotte ein Symbol für die Macht des Reiches sah. Daneben spielten auch wirtschaftliche Interessen der Industrie für den Flottenbau eine Rolle. Vorbehalte gegen die Flottenpolitik hatten allerdings die ostelbischen Rittergutsbesitzer, die darin eine moderne Konkurrenz zum Heer sahen. Beim zweiten Flottengesetz mussten die Konservativen denn auch mit zollpolitischen Zugeständnissen, den so genannten „Bülow-Tarifen“ gewonnen werden.^[77]

Der Weg zur Weltpolitik

Nach den imperialistischen Ansätzen der Bismarckschen Politik in den 1880er-Jahren wandelte sich der Charakter der Außenpolitik seit den 1890er-Jahren endgültig. Dabei spielte der Imperialismus der europäischen Staaten eine beträchtliche Rolle. Die Handlungsfelder erweiterten sich, gleichzeitig nahm aber auch die Zahl der möglichen Konfliktpunkte zu. Ebenso wichtig war, dass die Außenpolitik kein reiner Arkanbereich der Regierung blieb. Vielmehr gewann die öffentliche Meinung Einfluss, und auch in der Außenpolitik spielten organisierte gesellschaftliche Gruppen eine Rolle. Dies galt nicht zuletzt für ökonomische Interessen. Ebenso wichtig waren daneben auch strategische und rüstungspolitische Faktoren. Bei allen Widersprüchen auch innerhalb der politischen Führung zeichneten sich verschiedene Tendenzen ab. Das Reich versuchte zunächst, durch ein klares Bekenntnis zu Österreich-Ungarn und später auch zu Italien, seine Stellung in Mitteleuropa zu festigen. Dabei spielten Handelsverträge eine wichtige Rolle auch wenn eine Zollunion mit dem Habsburger Reich nicht zu Stande kam. Im Jahr 1891 wurde der Dreibund verlängert und inhaltlich ausgestaltet. Ein weiteres Ziel der Politik des neuen Kurses war der Versuch, mit Großbritannien zu einer Verständigung zu kommen. Ein Mittel war dabei die Kolonialpolitik. In diesen Zusammenhang fällt, noch teilweise von Bismarck vorbereitet, der Tausch von Sansibar gegen die Insel Helgoland im Jahr 1890.^[178] Dies führte in Deutschland zu teils heftigen Protesten, aus denen später der rechte Alldeutsche Verband hervorging. Ziel des Kolonialerwerbs der 1890er Jahre, der vor allem vom Reichsmarineamt betrieben wurde, war der Aufbau eines weltumspannenden Netzes von Flottenstützpunkten.



Verabschiedung des deutschen Ostasien-Expeditionskorps zur Niederschlagung des "Boxeraufstands".- Kaiser Wilhelm II. bei seiner Ansprache ("Hunnenrede")

Die guten Beziehungen zu Großbritannien ermöglichten es, die Bindungen an Russland aufzugeben. Der Rückversicherungsvertrag lief 1890 aus und wurde von deutscher Seite nicht verlängert.^[179] Eine Bindung an Russland hätte nach Meinung der Reichsleitung der Bindung an Österreich-Ungarn ebenso wie den Beziehungen mit Großbritannien geschadet. Russland rückte daraufhin enger an Frankreich heran. Eine Militärkonvention von 1892 war der Beginn einer Spaltung Europas in zwei gegnerische Blöcke. Im Übrigen hat die Annäherung an Großbritannien nicht die erwünschten Früchte getragen. Stattdessen nahmen die Interessengegensätze in Übersee zu. Dies führte zum Versuch, bessere Beziehungen zu Russland aufzubauen. Insgesamt pendelte Deutschland zwischen England und Russland in den 1890er-Jahren hin und her und wirkte auf keine der Seiten damit wirklich glaubwürdig. Dieses Misstrauen verstärkte sich noch, als Deutschland in der Orientpolitik letztlich gegen Russland begann, das osmanische Reich zu stützen. Im südlichen Afrika ergaben sich dagegen Interessengegensätze mit Großbritannien.

In den späten 1890er-Jahren begann die Außenpolitik Deutschlands endgültig den Rahmen der Kontinental- zu Gunsten der Weltpolitik, d. h. des Imperialismus, zu verlassen.^[180] Das populäre Schlagwort von Bülow's war die Forderung nach einem Platz an der Sonne.^[181] Weltpolitik war nicht nur der Versuch, Deutschland als Großmacht zu etablieren, sondern hatte auch eine innenpolitische Komponente. Sie diente dazu, die inneren Spannungen zu überdecken und es gab auch wirtschaftliche Interessen etwa an Absatz- oder Rohstoffmärkten. In der deutschen Öffentlichkeit, sieht man einmal von den Sozialdemokraten ab, stieß das Konzept der Weltpolitik auf eine breite Zustimmung. Wie weit das imperialistische Gedankengut in das liberale Bürgertum reichte, zeigte das Beispiel von Max Weber und Friedrich Naumann. Diese versprachen sich davon Wohlstand und die Integration der Arbeiter. Auch von konservativer Seite wurde der Imperialismus als Mittel der nationalen Integration betrachtet. Bei den neuen Rechten waren die imperialistischen Expansionsforderungen mit der Kritik an den etablierten Honoratioren verbunden. Dagegen sah nur ein vergleichsweise kleiner Teil der Wirtschaft in der imperialistischen Expansion Vorteile, war diese doch vor allem auf den Export in die Industriestaaten

Deutsche Geschichte (JR 313)

ausgerichtet. Gekennzeichnet war die imperialistische Politik daneben von den oft kontraproduktiven Reden des Kaisers (wie etwa der Hunnenrede von 1900)^[82], von ihrer auf Zustimmung in Deutschland ausgerichteten Sprunghaftigkeit und von immer wieder aufgebauten Drohkulissen. Angesichts einer dynamischen Wirtschaft, einer starken Armee und einer immer größeren Flotte musste dies auf die europäischen Mächte bedrohlich wirken.



„The Germans to the front...“ (idealisierende Darstellung der deutschen Rolle während des Boxeraufstandes auf einer zeitgenössischen Postkarte)

Der weltpolitische Anspruch schlug sich im Erwerb von Kolonien nieder. Im Vergleich zu den hochtönenden Ansprüchen war der tatsächliche Zuwachs jedoch begrenzt. Das Reich erwarb 1898 Kiautschou^[83] in China und 1899 verschiedene Inseln im Pazifik. In den Bereich des informellen Imperialismus fiel der Bau der Bagdadbahn ab 1899.

Für die tatsächliche Politik spielte weiterhin die Lage in Europa die zentrale Rolle. Um die Jahrhundertwende stockte die deutsch-britische Annäherung vor allem durch das antienglische Weltmachtkonzept und den Flottenbau. Es kam allerdings zu keiner ernststen Konfrontation, da Großbritannien mit anderen Staaten eine Vielzahl von Konflikten hatte und außenpolitisch unter verschiedenen Partnern wählen konnte. Daher hielt man sich in London auch eine Annäherung an Berlin offen. Vorübergehend schien sich nach der gemeinsamen Niederschlagung des Boxeraufstandes durch die europäischen Mächte, die USA und Japan eine Annäherung an Großbritannien abzuzeichnen. Diese für Deutschland günstige Situation änderte sich nach 1902. Vor allem die Entente cordiale von Großbritannien mit Frankreich von 1904 hatte hier eine erhebliche Bedeutung. Der Versuch Deutschlands, sich wieder an Russland anzunähern, führte zwar 1904 zu einem Handelsvertrag, der Erfolg aber blieb letztlich aus. Deutschland scheute hier auch ein engeres Bündnis, um angesichts des russisch-japanischen Krieges nicht zum Handlanger der russischen Politik in Fernost zu werden. Im Westen versuchte das Deutsche Reich gegen Frankreich Erfolge zu erzielen. Es stellte sich etwa gegen die französische Expansion in Marokko. Kaiser Wilhelm II. landete 1905 demonstrativ in Tanger und forderte eine internationale Konferenz. Diese fand auch in Algeciras statt, führte aber dazu, dass das Misstrauen gegenüber Deutschland noch zunahm. Die Marokkokrise festigte nicht nur die Zusammenarbeit von Frankreich und England, sondern führte auch zu einer britisch-russischen Übereinkunft über ihre Interessen im Mittelmeerraum. Insgesamt hatte das weltpolitische Auftrumpfen Deutschlands zu einer außenpolitischen Isolation geführt, trat Deutschland doch in direkte Konkurrenz mit England und Frankreich. Diese wurde durch die Flottenrüstung vor allem gegenüber Großbritannien noch verstärkt. Die Lage war auch deshalb problematisch, weil 1902 zwar der Dreibund erneuert wurde, Italien aber kurze Zeit später mit Frankreich ein geheimes Neutralitätsabkommen schloss. Damit war das Bündnis faktisch entwertet und Deutschland hatte mit Österreich-Ungarn nur noch einen Bündnispartner.^[84]

Innenpolitik nach der Jahrhundertwende



Reichstagssitzung 1905 (Gemälde von Georg Waltenberger)

Auch innenpolitisch zeigte sich bald, dass der Flottenbau und die Weltpolitik die Probleme nur kurzfristig überdecken konnten, sie mittelfristig jedoch eher noch verstärkten. Die innenpolitische Stabilisierung um die Jahrhundertwende gründete sich auf einen kurzlebigen politischen Konsens von Konservativen, Nationalliberalen und vor allem dem Zentrum. Die Reichstagswahlen von 1903 änderten daran zunächst kaum etwas. Die Linksliberalen hatten leichte Verluste hinzunehmen, Nationalliberale und Sozialdemokraten gewannen dazu. Die Sozialdemokraten stiegen im Reichstag zur zweitstärksten

Deutsche Geschichte (JR 313)

Fraktion auf. Das Zentrum blieb stärkste Kraft und konnte trotz Verlusten seine parlamentarische Schlüsselstellung behaupten. Die Partei blieb zunächst die wichtigste Stütze der Regierung. Auch wegen dieser Abhängigkeit kam die Reichsleitung dem Zentrum in einigen Punkten entgegen. Als eines der letzten Relikte der Kulturkampfzeit wurde das Jesuitenverbot aufgehoben. Auch die Einführung von Diäten für Mitglieder des Reichstages 1906 ging auf Forderungen des Zentrums zurück. Außerdem bestimmte die Partei den innenpolitischen Kurs des Reiches maßgeblich mit.

Angesichts der guten Konjunkturlage wuchsen um die Jahrhundertwende die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften kräftig. Lagen sie 1900 noch bei 680.000, waren es 1906 bereits 1,6 Millionen. Gleichzeitig nahm auch die Zahl der Arbeitskämpfe zu. Gab es 1900 nur 806 registrierte Streiks, waren es 1906 schon 3059. Auch vor diesem Hintergrund wurde die Sozialpolitik allmählich wieder aufgenommen. Nach dem endgültigen Scheitern antisozialdemokratischer Repressionsgesetze hoffte die Regierung noch einmal, mit sozialpolitischen Maßnahmen den Zulauf der Arbeiter zur SPD begrenzen zu können. Allerdings stand dahinter auch ein stärkerer gesellschaftlicher Druck von Seiten der Sozialreformer. Ausdruck dafür war etwa 1901 die Gründung der Gesellschaft für Soziale Reform. Die ursprünglichen Reformabsichten der Reichsleitung waren allerdings begrenzt. So ging es darum, die Versicherungspflicht der Sozialversicherung auszudehnen (Erweiterung der Unfallversicherung 1900), Kinderarbeit in der Heimindustrie zu verbieten oder um die Einführung von Gewerbegerichten in größeren Städten. Die Novelle des Berggesetzes war dagegen eine Reaktion auf den Bergarbeiterstreik von 1905. Sie sah unter anderem eine Arbeitszeit unter Tage von 8½ Stunden und die Einführung von Arbeiterausschüssen vor. Weitergehende Reformen blieben aus.

Militärpolitisch wurde die Friedenspräsenzstärke des Heeres um 10.000 Mann erhöht. Außerdem sah eine neue Flottenvorlage von 1905 neben dem Bau einer Reihe von Kreuzern den Übergang zu den stärkeren aber auch teureren Schlachtschiffen vom Dreadnoughttyp vor. All dies verstärkte die finanzpolitischen Probleme des Reiches erheblich. Trotz langwieriger Verhandlungen kam es nicht wie erhofft zu einer großen Steuerreform, lediglich eine kleine Reform wurde verabschiedet.

Problematisch für von Bülow wurde allmählich, dass er nach den verschiedenen außenpolitischen Misserfolgen den Rückhalt des Kaisers verlor. Außerdem wuchs bei den Konservativen der Unmut über das angeblich zu zaghafte Vorgehen gegen die Sozialdemokratie. Die Position des Zentrums als parlamentarischer Stütze der Regierung wurde vor allem durch innerparteiliche Veränderungen problematisch. Innerhalb des Zentrums kam es, gestützt auf die christlichen Gewerkschaften und den Volksverein für das katholische Deutschland, zum Aufstieg eines starken Arbeitnehmerflügels. Daneben gewann ein kleinstädtisch-agrarischer Populismus an Anhängern. Beide zusammen bildeten – bei allen Gegensätzen – im Zentrum eine „demokratische“ Richtung, die, etwa repräsentiert von Matthias Erzberger, eine Reform des Wahlrechts in Preußen forderte, aber auch die Kolonialpolitik ablehnte. Die Ablehnung eines Nachtragshaushaltes für eine weitere Unterstützung des Kolonialkrieges gegen die aufständischen Herero führte Ende 1906 zur Auflösung des Reichstages^[85] und zu Neuwahlen.^[86]

Bülowblock

Der Wahlkampf wurde hochemotional geführt und die Regierung^[87] und Organisationen wie der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie warfen Zentrum und SPD nationale Unzuverlässigkeit vor. Gegen beide schlossen Konservative, Nationalliberale und Linksliberale Wahlabsprachen – dies war der so genannte Bülow-Block. Die Beteiligung der Linksliberalen war nur deshalb möglich geworden, weil diese nach dem Tod von Eugen Richter ihre Vorbehalte gegen den Kolonialismus aufgegeben hatten. Die sogenannte „Hottentottenwahl“ (August Bebel) führten zu Gewinnen der Blockparteien, während die SPD fast die Hälfte ihrer Mandate verlor. Das Zentrum verlor trotz Mandatszuwachsen seine Schlüsselposition, da die Liberalen und die Konservativen zusammen die Mehrheit hatten.

Mandate im Deutschen Reichstag 1890–1912 ^[88]

	1890	1893	1898	1903	1907	1912
<u>Konservative</u>	73	72	56	54	60	43
<u>Freikonservative</u>	20	28	23	21	24	14
<u>Nationalliberale</u>	42	53	46	51	54	45
<u>Linksliberale</u>	66	37	41	30	42	42
<u>Zentrum</u>	106	96	102	100	105	91

Deutsche Geschichte (JR 313)

Sozialdemokraten	35	44	56	81	43	110
Minderheiten	38	35	34	32	29	33
Antisemiten	5	16	13	11	22	10
Deutsche Volkspartei	10	11	8	6	7	-
Sonstige	2	5	18	11	11	9

Der Bülowblock blieb nicht nur ein Wahlbündnis, sondern von Bülow kündigte an, sich in Zukunft auf diese Parteien stützen zu wollen. Deutlich gemacht wurde der Politikwechsel durch die Ersetzung von Innenstaatssekretär Posadowsky, der an einer Zusammenarbeit mit dem Zentrum festhalten wollte, durch Theobald von Bethmann-Hollweg. In zahlreichen Politikfeldern gab es Übereinstimmungen, in anderen Bereichen waren Kompromisse möglich, aber es gab innerhalb des Bülowblocks auch kaum überbrückbare Gegensätze. Es wurde eine Reform des Vereins- und Versammlungsrechts durchgeführt, die zwar liberale Fortschritte brachte, aber auf Druck der Konservativen auch erhebliche Grenzen aufwies. So hatten Landarbeiter weiterhin kein Koalitionsrecht. Hinzu kam ein Sprachenparagraf, der die deutsche Sprache in öffentlichen Versammlungen vorschrieb und damit ein Ausnahmegesetz gegen die französisch sprechenden Lothringer und die Polen darstellte. Dies konnten die Linksliberalen nur schwer mittragen. Einige wie Theodor Barth verweigerten die Zustimmung und traten aus der freisinnigen Vereinigung aus. Ebenso umstritten blieb das preußische Wahlrecht. Während die Deutschkonservativen auf der einen Seite das Dreiklassenwahlrecht verteidigten, verlangten die Linksliberalen auf der anderen Seite die Einführung des demokratischen Reichstagswahlrechts. Ein weiteres Konfliktfeld war die immer drängender werdende Reichsfinanzreform. Diese Gegensätze konnte Bülow eine Zeit lang überbrücken und moderieren, allerdings war er nun nicht nur von der Gunst des Kaisers, sondern auch von einer brüchigen Regierungsmehrheit abhängig.

Noch erschwert wurde die innenpolitische Lage durch die Daily-Telegraph-Affäre^[89]. Eine Sammlung von Äußerungen Wilhelms II. während seines Englandbesuchs dokumentierte eine Reihe von taktlosen und politisch unklugen Äußerungen des Kaisers. In der politischen und publizistischen Öffentlichkeit nahm daraufhin die Kritik am „persönlichen Regiment“ zu. Das Kaisertum verlor dabei einen Großteil seiner Überzeugungskraft. Einige Publizisten wie Maximilian Harden verlangten sogar den Rücktritt des Kaisers, und selbst die Konservativen sahen sich genötigt, dem Kaiser künftig Zurückhaltung zu empfehlen. Tatsächlich wurden die kaiserlichen Einmischungen von Wilhelm II. in die Tagespolitik seither seltener. Da auch der Kanzler den Kaiser kaum verteidigte, verlor Bülow bei Wilhelm II. nunmehr völlig die Unterstützung.

Zum Schicksal des Bülowblocks wurde 1909 die Frage der Reichsfinanzreform. Die Lage der Reichsfinanzen war durch den Flottenbau und die Weltpolitik desolat. Die Ausgaben überstiegen die Einnahmen und die Schulden des Staates stiegen an. Sie lagen bei 4,5 Milliarden Mark (1890 waren es erst 1,1 Milliarden gewesen) und das jährliche Defizit lag bei über 500 Millionen Mark. Die Schwierigkeit einer Finanzreform hatte dabei nicht zuletzt auch allgemeinpolitische Hintergründe, ging es doch darum zu klären, welche Bevölkerungsgruppe die Lasten der Aufrüstung zu tragen hatte. Während Verbrauchssteuern die Geringverdiener belastet hätten, würden Besitzsteuern die Wohlhabenden betreffen. Die Regierung legte einen Gesetzentwurf vor, der sich bemühte, die Interessen der verschiedenen Blockparteien zu berücksichtigen. Bald zeigte sich allerdings, dass in der Frage von Erbschaftssteuern keine Einigung zu erzielen war. Vor allem die Konservativen wollten eine Belastung des Grundbesitzes auf jeden Fall vermeiden, während die Liberalen in einer stärkeren Besteuerung von Grund und Boden eine überfällige Notwendigkeit sahen. Nach langen internen Debatten entschied sich das Zentrum schließlich dafür, zusammen mit den Konservativen zu stimmen. Zwar sah das Gesetz letztlich etwas moderater aus, aber der Großgrundbesitz schaffte es noch einmal, seine Interessen durchzusetzen. Dagegen entstand eine breite Protestbewegung, die sich im Hansabund sammelte. Politisch war der Block an der Finanzreform endgültig zerbrochen. Dies führte im Juni 1909 schließlich zur Entlassung von Bülows.^[90]

Das Reich am Vorabend des Ersten Weltkrieges

Parteienkonstellation

Innerhalb der konservativen Partei scheiterten die Versuche, die einseitige Konzentration auf die agrarischen Interessen durch die Schaffung einer konservativen Volkspartei zu überwinden. Stattdessen

Deutsche Geschichte (JR 313)

herrschte immer stärker eine Belagerungsmentalität vor und die Partei verteidigte noch zäher als zuvor ihre Positionen. Dies geschah zunehmend auch gegen die Regierung und teilweise in Zusammenarbeit mit der neuen Rechten. Trotz dieser Entwicklung arbeitete das Zentrum bis etwa 1912/1913 mit den Konservativen zusammen, nicht zuletzt, um nicht wieder in die politische Isolation zu geraten. Das wurde erleichtert durch die Schwächung des demokratischen Flügels innerhalb des Zentrums. Der Arbeiterflügel etwa wurde durch den so genannten Gewerkschafts- und Zentrumsstreit geschwächt. Insgesamt rückte die Partei stärker nach rechts. Umgekehrt führte das Scheitern des Bülowblocks bei den Nationalliberalen zu einer scharfen Distanzierung gegenüber den Konservativen und zu einem gewissen Schwenk nach links. Dies geschah nicht ohne Spannungen, gab es doch weiterhin Anhänger einer Zusammenarbeit mit den Konservativen. Die Fraktionsführung um Ernst Bassermann versuchte, die auseinanderstrebenden Kräfte zusammenzuhalten, während der linke Flügel um Gustav Stresemann ein Bündnis mit den Linksliberalen anstrebte. Bei den Linksliberalen ihrerseits führten die Erfahrungen während des Bülowblocks 1910 zum Zusammenschluss zur Fortschrittlichen Volkspartei. Diese Partei wandte sich nunmehr entschieden gegen die Rechten. Umstritten blieb freilich ein Bündnis mit der SPD, etwa nach dem Vorbild des Großblocks in Baden. Dabei spielte allerdings auch die Entwicklung der Sozialdemokraten eine Rolle. Es stellte sich angesichts der Stärke der Partei immer dringlicher die Frage, welche Richtung die SPD einschlagen würde. Die sogenannten „Zentristen“ verbanden eine marxistische Ideologie mit praktischer Reformarbeit, setzten auf eine weitere organisatorische Stärkung und erwarteten den Zusammenbruch von Staat und Gesellschaft. Die Linke um Rosa Luxemburg plädierte dagegen für Massenstreiks, wollte die Arbeiterschaft radikalisieren und die Revolution vorbereiten. Die Reformisten um Eduard Bernstein sprachen sich dagegen für Reformen und eine Zusammenarbeit mit den linken Liberalen aus, fanden für diesen Kurs innerhalb der Partei aber keine Mehrheit. Die Parteiführung um August Bebel folgte mit Blick auf die Einheit der SPD weitgehend der zentristischen Linie.¹⁹¹¹

Anfänge der Regierung Bethmann-Hollweg



Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg

Nach dem Ende der Kanzlerschaft von Bülows war der Versuch, das Kaiserreich durch imperialistische Expansion und moderate Reformen im Innern zu stabilisieren weitgehend gescheitert. Der Bruch des Bülow-Blockes hatte stattdessen das Gegenüber von ländlich-agrarischer und städtisch-industrieller Welt noch einmal verschärft. Allerdings haben die Parteien und der Reichstag an Einfluss gewonnen, während der Kaiser und die Reichsleitung geschwächt wurden. Der neue Reichskanzler hieß Bethmann-Hollweg, der zusammen mit Clemens von Delbrück als Staatssekretär des Inneren versuchte, die gestärkte Position des Reichstages wieder zurückzudrängen. Der neue Kanzler vermied es daher auch, sich auf Dauer an eine Parteienkoalition zu binden und setzte stattdessen auf wechselnde Mehrheiten. Allerdings blieb die Regierung in der Praxis zunächst auf die Unterstützung des Zentrums und der Konservativen angewiesen. Durch die Abhängigkeit von den Konservativen blieben alle Reformansätze halbherzig. Im Zweifel wurden Entscheidungen vertagt, da die innenpolitische Stabilisierung meist Vorrang vor der Lösung von Sachproblemen hatte. In der Finanzpolitik war dies insofern erfolgreich, weil sich die Regierung in einen strikten Sparkurs rettete. Um den Versuch von Reformen kam die Regierung angesichts des Veränderungsdrucks der bürgerlichen und sozialdemokratischen Linken kaum herum, versuchte aber gleichzeitig Konservative, Zentrum und Nationalliberale näher zusammenzubringen. Dies engte den Spielraum stark ein. Dies zeigte sich etwa angesichts des Reformversuchs des preußischen Dreiklassenwahlrechts im Jahr 1910. Den Konservativen ging der Gesetzentwurf der Regierung zu weit, während die Liberalen ihn als nicht weitgehend genug ablehnten. Die Sozialdemokraten demonstrierten in Massenkundgebungen für ein demokratisches Wahlrecht, was allerdings dazu führte, dass der „schwarz-blaue Block“ aus Zentrum und Konservativen allen Reformansätzen in dieser Frage eine

Absage erteilte. Ein ganz anderes Schicksal ereilte die Einführung einer Verfassung für das Reichsland Elsass-Lothringen. Anstatt den Regierungsantrag zu übernehmen, übernahmen im Reichstag Zentrum, SPD und Linksliberale die Initiative und gestalteten die Verfassung in entscheidenden Punkten um.¹⁹²¹ Dagegen blieb die Wirtschaftspolitik weiterhin landwirtschaftsfreundlich ausgerichtet. In der Sozialpolitik allerdings gab es Bewegung. Dazu zählte etwa 1911 die Reichsversicherungsordnung, die gewissermaßen den Aufbau der Sozialversicherung abschloss. In diesen Rahmen gehört auch die Einführung der Angestelltenversicherung. Diese neue Einrichtung hatte dabei die nicht unwillkommene Folge, dass die sozialen Unterschiede zwischen Angestellten und Arbeitern betont und institutionalisiert wurden.¹⁹³¹

Die politische Entwicklung nach der Reichstagswahl von 1912

War das Regieren des Kaiserreichs bis zur Reichstagswahl von 1912 bereits höchst schwierig, verstärkte sich dies anschließend noch einmal deutlich. Die Unzufriedenheit der Wähler mit der schwankenden Regierungspolitik führte letztlich zu erheblichen Verlusten der Konservativen, des Zentrums aber auch der liberalen Parteien. Die klaren Gewinner waren die Sozialdemokraten, die erstmals zur stärksten Fraktion wurden. Die Folge war freilich, dass der schwarz-blaue Block seine Mehrheit verloren hatte, ohne dass eine neue Mehrheit in Sicht gewesen wäre. Die Konservativen befanden sich nunmehr in der Defensive, und außerhalb des Parlaments gewann die neue Rechte um den Alldeutschen Verband oder den Deutschen Wehrverein Zulauf. Zusammen mit agrarischen und industriellen Interessenverbänden entstand 1913 das Kartell der schaffenden Stände als eine Art rechter Dachorganisation. Die Rechte wandte sich dabei mehr oder weniger deutlich nicht nur gegen die Linke, sondern auch gegen die Regierung. Bei aller Zusammenarbeit verblieben im rechten Lager allerdings auch Unterschiede, etwa zwischen den Verteidigern ländlicher Interessen und völkischen Gruppen. Auf der anderen Seite zeichneten sich nach den Wahlen von 1912 auch Reformansätze ab. So verlor im Zentrum der agrarische Flügel an Gewicht, während die Bürgerlichen an Einfluss gewannen. In der Folge löste sich die Partei von ihrer Bindung an die Konservativen und suchte die Zusammenarbeit mit den Nationalliberalen. Beide zusammen vertraten eine nationalistische und rüstungsfreundliche Politik, forderten aber auch eine stärkere Demokratisierung des Reiches und mehr Rechte für das Parlament. Die Linksliberalen unterstützten dies und versuchten Brücken zu den Sozialdemokraten zu schlagen. Allerdings gab es bei Zentrum und Nationalliberalen weiterhin große Widerstände gegen eine Zusammenarbeit mit der SPD. Umgekehrt waren die Vorbehalte der Sozialdemokraten ebenfalls beträchtlich.

Vor dem Hintergrund der neuen Mehrheitsverhältnisse war die Lage der Regierung noch schwieriger geworden als sie ohnehin schon war. Die vom Reichskanzler als „Politik der Diagonalen“ bezeichnete Vorgehensweise folgte keinem Konzept, sondern versuchte je nach Situation zu reagieren. Insgesamt herrschte seit 1912 eine Blockade der Innenpolitik vor. Besonders deutlich wurde dies in der Sozialpolitik. Der große Bergarbeiterstreik von 1912 war Ausdruck einer erneuten Zunahme von Arbeitskämpfen und führte zwar zu neuen antigewerkschaftlichen Überlegungen, nicht aber zu einer weiteren Ausgestaltung der Sozialpolitik. Kaum Probleme hatte die Regierung dagegen bei der Umsetzung der Flotten- und Wehrpolitik. So konnte 1912 sowohl eine Verstärkung des Heeres wie eine Novellierung der Flottengesetze beschlossen werden. 1913 stimmten die bürgerlichen Parteien einer neuen Wehrvorlage zu, die angesichts der außenpolitischen Spannungen die stärkste Heeresvergrößerung des Kaiserreichs bedeutete. Bei der Finanzierung der neuen Rüstungsausgaben folgte das Parlament nicht den Vorstellungen der Regierung, sondern beschloss eine einmalige Vermögensabgabe sowie eine progressive Vermögenssteuer. Dabei stimmten erstmals Zentrum, Liberale und Sozialdemokraten zusammen. Diese Zusammenarbeit funktionierte im beschränkten Umfang auch bei der Ausdehnung der Parlamentsrechte insgesamt. So wurden unter anderem Vertrauens- oder Misstrauensabstimmungen eingeführt. Angewandt wurde dieses Instrument etwa im Zusammenhang der Zabern-Affäre¹⁹⁴¹ 1913, als Kaiser, Regierung und militärische Führung das unrechtmäßige Vorgehen von Soldaten gegen Zivilisten in Lothringen deckten. Anschließend sprach der Reichstag gegen die Stimmen der Konservativen der Regierung das Misstrauen aus. Ob am Ende der Vorkriegszeit eine echte Chance für eine Parlamentarisierung bestand, ist umstritten. Allerdings trug die mangelnde Handlungsfähigkeit von Reichstag auf der einen Seite und Regierung auf der anderen Seite dazu bei, einen möglichen Krieg auch als eine Art innenpolitischen Befreiungsschlag zu betrachten.¹⁹⁵¹

Außenpolitik
Folgen der Bosnienkrise



Wilhelm II. im Jahr 1905 (Bildpostkarte)

In den letzten Jahren vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges nahmen die internationalen Spannungen deutlich zu. Besonders konfliktrichtig war dabei der Balkan. Österreich-Ungarn annektierte 1908 die bereits 1878 besetzten osmanischen Provinzen Bosnien und Herzegowina. Dies löste heftige Proteste Serbiens unterstützt von Russland aus. Deutschland stellte sich dabei eindeutig auf die Seite der Doppelmonarchie und übte massiven diplomatischen Druck auf Russland aus. Die Bosnienkrise war zwar ein kurzfristiger Erfolg der Mittelmächte, hatte aber für Deutschland langfristig negative Folgen. Zum einen wurde es noch stärker als zuvor an Österreich gebunden und zum anderen führte die diplomatische Niederlage zum Beginn einer massiven Aufrüstung.

Auch von Bülow, noch amtierender Kanzler, erkannte die Gefahr einer solchen Risikopolitik und steuerte nunmehr einen vorsichtigeren Kurs. Daran knüpfte Bethmann-Hollweg an, der die Außenpolitik deutlicher von der Weltpolitik nach Europa zurückverlagerte. Außerdem versuchte der neue Kanzler, durch eine größere Berechenbarkeit das Vertrauen der übrigen Mächte zurückzugewinnen. Dabei setzte er auf einen Kurs der Entspannung gegenüber Russland und Frankreich und bessere Beziehungen zu England. Tatsächlich verbesserte sich das Verhältnis sowohl zu Russland wie auch Frankreich zeitweise. Mit Großbritannien hoffte das Reich zu einer Verständigung in der Flottenfrage zu kommen und im Fall eines möglichen Krieges die Zusicherung der britischen Neutralität zu erhalten. Dazu kam es nicht, weil einerseits Kaiser und Öffentlichkeit in Deutschland kaum zu Abstrichen bei der Flottenrüstung bereit waren und andererseits die Bereitschaft in Großbritannien begrenzt war, die guten Beziehungen zu Frankreich und Russland aufs Spiel zu setzen.^[96]

Panthersprung nach Agadir

Ein Großteil des gerade wieder gewonnenen Vertrauens verspielte Deutschland im Zusammenhang mit der zweiten Marokkokrise 1911, die vom Reich bewusst ausgelöst wurde. Ursache war das militärische Vordringen Frankreichs, das den internationalen Absprachen widersprach. Unter der Leitung des neuen Außenstaatssekretärs Alfred von Kiderlen-Wächter setzte die Reichsleitung auf einen harten Kurs.^[97] Dabei spielten nun auch wieder weltpolitische Ambitionen eine Rolle. Das Reich war nur vordergründig an einer Unabhängigkeit Marokkos interessiert. Das eigentliche Ziel war es, für die Anerkennung der französischen Vorherrschaft in Marokko im Gegenzug die Abtretung französischer Besitztümer in Französisch-Äquatorialafrika zu erreichen. Demonstrativ wurde das Kanonenboot Panther nach Marokko entsandt – ein Vorgang, der in der zeitgenössischen Presse als Panthersprung nach Agadir betitelt wurde. Als Frankreich sich davon nicht beeindruckt ließ und England sich auf die Seite Frankreichs stellte, so dass ein europäischer Krieg drohte, musste das Reich letztlich einlenken. Im Marokko-Kongo-Vertrag akzeptierte Deutschland die französische Vorherrschaft in Marokko und erhielt als Kompensation Teile Französisch-Äquatorialafrikas, die als „Neukamerun“ an die deutsche Kolonie Kamerun angegliedert wurden. Kamerun erhielt dadurch einen schmalen Zugang zum Kongo.^[98] Letztlich bedeutete der Ausgang der zweiten Marokkokrise aber eine diplomatische Niederlage für das Deutsche Reich. Die forsche „Kanonenboot-Diplomatie“ hatte nicht zum Erfolg geführt, Frankreich erhielt das gegenüber den zentralafrikanischen Gebieten wirtschaftlich ungleich wertvollere Marokko zugesprochen. Auf der internationalen Konferenz waren die deutschen Forderungen allgemein auf Ablehnung gestoßen und nur noch von Österreich-Ungarn unterstützt worden, so dass die zunehmende Isolierung Deutschlands deutlich wurde.

Balkankriege

In der öffentlichen Meinung und auch im Reichstag blieb die Konfliktbereitschaft hoch, gleichzeitig wuchs von Seiten des Generalstabs die Kritik an der Regierung. Durch die Festigung der englisch-französischen Entente waren die Möglichkeiten der deutschen Außenpolitik allerdings begrenzt. Innerhalb der deutschen Führung war man sich zudem über den Kurs uneins. Während Tirpitz in Übereinstimmung mit dem Kaiser eine weitere Vergrößerung der Flotte auf den Weg bringen wollte, versuchte Bethmann-Hollweg dies zu verhindern, aus Sorge um die Beziehungen mit Großbritannien. Dies gelang nur bedingt und daher blieben Unterredungen mit dem britischen Kriegsminister Richard Burdon Haldane, 1. Viscount Haldane, Anfang 1912 in Berlin ergebnislos. In der Folge ging daher das Wettrüsten zwischen Großbritannien und Deutschland weiter, auch wenn beide Regierungen weiter im Gespräch blieben. Tatsächlich gab es Anzeichen für eine beginnende Verständigung etwa in Kolonialfragen. Vor allem aber arbeiteten beide während der Balkankriege eng zusammen. Bei diesen Kriegen der neuen Balkanstaaten gegen das osmanische Reich in den Jahren 1912 und 1913 brach auf dem Balkan das ohnehin labile Gleichgewicht endgültig zusammen und führte zur Konfrontation von Österreich-Ungarn und Russland. Damit drohte eine Konfrontation der Blöcke. Verhindert wurde dies durch die ausgleichende Politik von Deutschland und Großbritannien.

In der deutschen Führung bestanden während der Balkankrise allerdings erhebliche Unstimmigkeiten und Führungsprobleme. Im Dezember des Jahres 1912 berief Wilhelm II. den Kriegsrat vom 8. Dezember 1912 mit hohen Militärs ein. Nicht geladen war die zivile Reichsleitung. Zwar fiel auf dieser Sitzung nicht, wie lange angenommen, eine Entscheidung, einen großen Krieg planmäßig anzusteuern. Gleichwohl wurde immer deutlicher, dass die Militärs^[99] einen europäischen Krieg für unvermeidlich hielten und über einen Präventivschlag nachdachten. Eine Folge der Besprechung war die Absicht, die Armee im großen Stil aufzurüsten, wie sie der Reichstag 1913 in einer Wehrvorlage beschloss.^[100]

Der Erste Weltkrieg

Julikrise

Der Mord am österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand in Sarajevo am 28. Juni 1914 durch den serbischen Attentäter Gavrilo Princip (Attentat von Sarajevo) löste bei den Mächten eine hektische diplomatische Aktivität aus, die in einen europäischen Krieg mündete. Über die Schuld am Krieg gab es bei den Kriegsparteien naturgemäß unterschiedliche Ansichten, die nach 1918 zu einer Jahrzehnte andauernden Kriegsschulddebatte führten.



Entente und die Mittelmächte 1916

Unzweifelhaft ist, dass Deutschland während der zum Krieg führenden Julikrise eine Schlüsselrolle spielte. Anders als noch bei den Balkankriegen von 1912 riet Deutschland Österreich-Ungarn zu einem energischen Vorgehen gegen Serbien und sagte der Doppelmonarchie die bedingungslose Unterstützung des Reiches zu. Bethmann-Hollweg wusste, als er diesen „Blankoscheck“^[101] ausstellte, dass damit die Gefahr eines großen europäischen Krieges gegeben war. Hinter dieser Entscheidung stand vor allem die Sorge um ein in absehbarer Zeit militärisch überlegenes Russland und das Zusammenrücken von England und Frankreich. Daher band sich das Reich nunmehr noch fester als zuvor an den einzigen noch verbliebenen Bündnispartner. Hinzu kam angesichts der festgefahrenen innenpolitischen Situation auch der Wunsch, die Kritiker vor allem der Rechten mit außenpolitischen Erfolgen zu besänftigen. Nicht zuletzt drang das Militär nunmehr vehement auf einen Präventivkrieg gegen Russland.^[102] Auch wenn der Kanzler diese Position nicht teilte, verringerte dieser Druck doch die Chancen für eine diplomatische Lösung. Die Reichsleitung entschied sich für einen Kurs des „kalkulierten Risikos“. Sie hoffte zwar, einen Krieg vermeiden zu können, konnte ihn aber auch nicht ausschließen. Letztlich gab Deutschland aber die Kontrolle aus der Hand, weil alles auf die Haltung Russlands ankam. Gegen Ende Juli geriet die Krise endgültig außer Kontrolle, als Österreich-Ungarn Serbien den Krieg erklärte und Russland darauf

Deutsche Geschichte (JR 313)

mit einer Teilmobilmachung antwortete. Zwar gab es von deutscher Seite noch Versuche zu einer diplomatischen Lösung zu kommen, aber man stellte sich immer mehr auf einen Krieg ein. Dabei kam es aus innenpolitischen Gründen darauf an, Russland als Aggressor erscheinen zu lassen. Als Russland am 30. Juli schließlich die Generalmobilmachung verkündete, konnte Deutschland dies als entscheidenden Schritt hin zum Krieg präsentieren. Daraufhin erklärte Deutschland Russland am 1. August und Frankreich am 3. August den Krieg. Gemäß dem Schlieffenplan von 1905 marschierte die deutsche Armee im neutralen Belgien ein. Das Ziel war dabei, die Befestigungen an der deutsch-französischen Grenze zu umgehen und durch einen schnellen Vormarsch die französischen Armeen in einer Umfangsschlacht auszuschalten. Eine entscheidende Schwäche des Plans war, dass er die waffentechnische Entwicklung der Zeit und damit die Möglichkeit zur Führung eines Bewegungskrieges überschätzte. Schnelle motorisierte Verbände waren noch nicht vorhanden, die Verteidiger konnten den Angreifer in einem Stellungskrieg binden, der letztlich zu einem Abnutzungskrieg wurde. Auch wurde die Hoffnung, dass England die Verletzung der belgischen Neutralität hinnehmen würde, nicht erfüllt. Stattdessen führte der Einmarsch zum Kriegseintritt Großbritanniens und des gesamten Empires gegen die Mittelmächte.^[103]

Kriegsverlauf

Am 18. August begann die deutsche Großoffensive zur Umfassung der alliierten Armeen, dabei stieß man sehr schnell nach Brüssel vor. Am 4. September gelang es den Deutschen, die Marne zu überschreiten. Allerdings wurde der Vormarsch durch eine alliierte Gegenoffensive (Marneschlacht) aufgehalten. Auch weitere Versuche wieder in die Offensive zu gehen, bei denen es unter anderem zur nationalistisch verklärten Schlacht von Langemarck kam, scheiterten. Daraufhin ging der Bewegungskrieg in einen Stellungskrieg über. Das Scheitern des Schlieffenplans hatte zur Folge, dass die Mittelmächte im Westen, Osten und im Süden einen Mehrfrontenkrieg führen mussten. Im Osten rückte nach Kriegsbeginn die russische Armee unerwartet früh in Ostpreußen ein. Der Sieg bei Tannenberg Ende August 1914 und weiteren Schlachten stoppten den Vormarsch und begründeten den politischen Mythos der beiden Generäle Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff. Vor allem die österreichisch-ungarische Armee hatte gegenüber Serbien und Russland zu Beginn des Krieges einen schweren Stand. Die ersten Kriegsmonate hatten gezeigt, dass die Kräfte nur ausreichten, um an einer Front auf einen entscheidenden Sieg hoffen zu können.

Aus verschiedenen Gründen wurde 1915 die Ostfront wichtiger als die Westfront. Es gelang den deutschen Truppen, Österreich-Ungarn vor dem drohenden Zusammenbruch zu retten und eine Landverbindung zum verbündeten osmanischen Reich aufzubauen. Die deutsche Offensive drängte die russischen Truppen zurück, Serbien wurde besiegt, nachdem Bulgarien sich den Mittelmächten angeschlossen hatte und Rumänien neutral blieb. Die Offensive wurde daraufhin abgebrochen. Im Süden entstand mit der italienischen Kriegserklärung am 23. Mai 1915 eine weitere Front. Deutschland unterstützte seinen Bündnispartner auch dort mit Truppen.



Australische Soldaten im Chateauwald bei Ypern 1917

Im Jahr 1916 trat die Westfront wieder in den Mittelpunkt der deutschen Kriegsanstrengungen. Angesichts der Schützengräben und Befestigungen gab es auf beiden Seiten zwei Handlungsoptionen. Die eine war der Durchbruch durch die feindlichen Linien und die zweite war ein „Abnutzungskrieg.“ Im Frühjahr 1915 hatten die Alliierten bereits mehrfach vergeblich versucht, die deutschen Stellungen zu durchbrechen. Der deutsche Angriff auf Verdun seit dem 21. Februar 1916 setzte dagegen nicht mehr wirklich auf eine Durchbrechung der Linien. In einer riesigen Materialschlacht mit einkalkulierten hohen Opferzahlen sollte die feindliche Armee vielmehr zermürbt werden. Die Schlacht kostete über 600.000

Tote und Verwundete auf beiden Seiten. Ihr Ziel hatten die Deutschen nicht erreicht, vielmehr demoralisierte die Unmenschlichkeit der Schlacht auch die deutschen Soldaten. Die Alliierten setzten bei der Gegenoffensive an der Somme seit dem 1. Juli 1916 nun ebenfalls auf eine Ermattungsstrategie. Nach ungeheuren Verlusten auf beiden Seiten wurde dieser Versuch Ende November 1916 abgebrochen.

Auf dem Höhepunkt der Kämpfe an der Westfront wurde immer deutlicher, dass Deutschland einem Mehrfrontenkrieg kaum noch gewachsen war. Sowohl Italien wie auch Russland gingen zur Offensive über. Die Brussilow-Offensive führt in Galizien zum Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Armee. Die Folge war der Übergang Rumäniens in das Lager der Alliierten. Die Lage zwang die Deutschen, erneut starke Verbände in den Osten zu verlegen, um die Front zu stabilisieren. Im August 1916 wurde Erich von Falkenhayn als Generalstabschef des deutschen Heeres von Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg abgelöst. Militärisch begann sich die Kriegsführung in den Jahren 1916/17 zu radikalieren. Bereits 1915 hatte das deutsche Reich den uneingeschränkten U-Bootkrieg proklamiert. Nach Protesten der USA wurde diese Form des Seekriegs wieder eingeschränkt. Im Januar 1917 wurde der unbeschränkte U-Bootkrieg auf Druck der Heeresführung aber auch des Reichstages und der öffentlichen Meinung gegen den Willen des Kanzlers wieder aufgenommen. Die Folge war am 6. April 1917 der Kriegseintritt der USA auf Seiten der Alliierten. Diese Entwicklung war im Rückblick kriegsentscheidend. Bis zur Ankunft der Amerikaner dauerte es allerdings einige Monate. Im Westen begann im Frühjahr 1917 eine britische Offensive, die Flandernschlacht. Sie dauerte mehrere Monate und brachte den Briten nur geringe Gebietsgewinne bei hohen Verlusten.

Im Osten hatte sich die Lage durch die Oktoberrevolution in Russland zunächst zu Gunsten der Mittelmächte verändert. Die neuen Machthaber wollten den Frieden nach außen, um ihre Herrschaft im Innern durchzusetzen. Mitte Dezember 1917 wurde ein Waffenstillstand geschlossen und anschließend über einen Separatfrieden verhandelt. Die Hoffnung der bolschewistischen Regierung auf einen milden Frieden erfüllte sich nicht, stattdessen setzte die deutsche Seite im Frieden von Brest-Litowsk einen Diktatfrieden durch. Russland hatte Polen, Kurland, Litauen, große Teile Georgiens abzugeben, die Selbstständigkeit der Ukraine sowie Finnlands zu garantieren und sich aus Estland und Livland zurückzuziehen.

Damit bot sich im Westen scheinbar noch einmal eine Chance auf eine siegreiche Offensive. Diese Frühjahrsoffensive begann im März 1918, scheiterte aber rasch. Bereits den Gegenoffensiven der Kriegsgegner, jetzt auch mit Unterstützung amerikanischer Truppen, war Deutschland nicht mehr gewachsen. Ab Sommer 1918 gerieten immer mehr deutsche Soldaten in alliierte Gefangenschaft.^[104]

Innere Entwicklung

Soziale und wirtschaftliche Entwicklung

Wirtschaftlich begann nach Kriegsbeginn die Umstellung der Produktion auf die Kriegswirtschaft. Nach einer kurzen Phase hoher Arbeitslosigkeit führte die hohe Zahl von Einberufungen bald zu einem Arbeitskräftemangel. Die Betriebe versuchten diesem durch den Einsatz von Kriegsgefangenen und durch eine vermehrte Einstellung von Frauen zu begegnen.^[105] Mit wachsender Kriegsdauer wirkten sich die fehlenden Nahrungsmittelimporte und die fehlenden landwirtschaftlichen Arbeitskräfte negativ auf die Versorgungslage der Bevölkerung aus. Die Folge waren beträchtliche Preissteigerungen^[106] und Versorgungsmängel. Nur unzureichend gelang es, dem durch Bewirtschaftungsmaßnahmen^[107] Herr zu werden.^[108]

Burgfriede und nationale Begeisterung

Die innenpolitischen Probleme des Kaiserreichs rückten mit der Mobilmachung in den Hintergrund. Das vom Kanzler für den Kaiser erdachte Schlagwort „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“ fiel auch deshalb auf fruchtbaren Boden, weil kaum jemand in Deutschland Zweifel daran hatte, dass Russland der eigentliche Aggressor sei.^[109] Zwar gab es neben den vielfachen Berichten nationalen Überschwangs auch nachdenkliche Stimmen, aber letztlich verweigerten sich auch die Kritiker des Systems nur selten der nationalen Solidarität. Die Sozialdemokratie hatte noch während der Julikrise erfolgreich Massendemonstrationen gegen einen möglichen bevorstehenden Krieg organisiert und die Zusammenarbeit mit anderen Parteien der Internationalen gesucht, aber als das Vaterland gegen die „zaristische Reaktion“ geschützt werden sollte, änderte sich die Stimmung. Die entschiedenen Kriegsgegner und Klassenkämpfer, wie Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg waren isoliert, während Reformisten wie Eduard David oder Ludwig Frank innerhalb kürzester Zeit die Reichstagsfraktion dazu

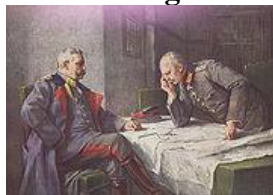
bringen konnten, nicht nur abzuwarten, sondern den nötigen Kriegskrediten zuzustimmen.^[110] Der von der Regierung proklamierte Burgfriede, also das Zurückstellen innenpolitischer Auseinandersetzungen, war weitgehend gesellschaftlicher Konsens, zumal man allgemein erwartete, dass ein Krieg nur wenige Wochen dauern würde. Die Generalkommission der freien Gewerkschaften verzichtete für die Dauer des Krieges auf Arbeitskämpfe und der Reichstag beschloss, alle Wahlen bis nach Kriegsende zu verschieben.^[111]

Durch die Verhängung des Kriegsrechts ging die vollziehende Gewalt an die kommandierenden Generäle der Militärbezirke über. Diese unterstanden de jure zwar direkt dem Kaiser, dieser war aber nicht fähig und in der Lage, die insgesamt 24 Militärbefehlshaber zu kontrollieren und zu koordinieren. Wilhelm II., der sich nach Kriegsbeginn meist im sogenannten „Großen Hauptquartier“ aufhielt, war mit der Situation völlig überfordert, spielte kaum noch eine politische Rolle und verlor an Autorität. Stattdessen entwickelten sich der Chef des Generalstabs und der Generalquartiermeister als sein Stellvertreter zu eigenständigen, auch innenpolitisch wichtigen Machtzentren.

Die anfänglichen militärischen Erfolge und später die beschönigende Zensur der Presse führten in den ultranationalistischen Kreisen aber auch im breiten Bürgertum zu hochgespannten Siegeserwartungen. Dies führte zu teils extremen Kriegszielvorstellungen. Matthias Erzberger machte mit einer Denkschrift vom 2. September 1914 den Anfang. Er forderte Annexionen im Westen und im Osten, die dauerhafte Beherrschung Belgiens und die Schaffung von deutschfreundlichen Satellitenstaaten auf dem Gebiet Russlands. Auch das Septemberprogramm des Reichskanzlers sah Gebietsabtretungen im Westen, die Schaffung eines von Deutschland beherrschten mitteleuropäischen Wirtschaftsraums sowie eines großen mittelfrikanischen Kolonialreiches vor. Noch weiter ging eine Denkschrift der großen wirtschaftlichen Verbände aus dem Jahr 1915. Diese sah noch weitere Erwerbungen und eine Entrechtung der jeweiligen Bevölkerung vor. In ihrer Mehrheit blieb die Arbeiterbewegung bei ihren anfänglichen defensiven Kriegszielen. Stattdessen hoffte sie auf innenpolitische Reformen, namentlich auf die soziale und politische Gleichberechtigung, das uneingeschränkte Koalitionsrecht sowie eine Demokratisierung und Parlamentarisierung des politischen Systems. Vor dem Hintergrund dieser unterschiedlichen Erwartungen war Bethmann-Hollweg trotz Burgfriedens zum Lavieren gezwungen. Dies ließ sowohl auf der Rechten wie auf der Linken den Zweifel an der Aufrichtigkeit des Kanzlers wachsen.

In der SPD trat die Kritik bereits Anfang Dezember 1914 offen zu Tage, als Karl Liebknecht im Reichstag zunächst als einziger Abgeordneter gegen weitere Kriegskredite stimmte. Ihm schloss sich im März 1915 Otto Rühle an. Daraus entwickelte sich allmählich eine innerparteiliche Opposition, die ein Jahr später bereits 20 Abgeordnete umfasste. Liebknecht und Rühle verließen die Fraktion und am 24. März 1916 wurden auch die übrigen Abweichler ausgeschlossen. Diese bildeten von nun an die so genannten „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“, die zunächst noch eine innerparteiliche Opposition blieb.^[112]

Die neue Oberste Heeresleitung und das Hilfsdienstgesetz



Die oberste Heeresleitung Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff

Bedrohlicher als die inneren Auseinandersetzungen in der SPD war die Kritik von Rechts, gestützt von der Schwerindustrie, an der Haltung des Reichskanzlers. Diese forderten seit 1915 vehement die Ausweitung des U-Bootkrieges gegen die englische Handelsblockade. Der Kanzler hoffte durch die Ablösung des wenig erfolgreichen Generalstabschefs von Falkenhayn durch Hindenburg und dessen Generalstabschef Ludendorff von deren Popularität zu profitieren. Allerdings war bald klar, dass die neue militärische Führung den relativ vorsichtigen Kurs des Kanzlers nicht unterstützte. Stattdessen plädierte sie für die Wiederaufnahme des unbeschränkten U-Bootkrieges und sprach sich für territoriale Annexionen aus. Auch im Parlament verlor Bethmann-Hollweg zunehmend an Rückhalt. Zwar stellte sich die Mehrheit hinter die OHL, ohne dass damit eine Vorentscheidung über eine verkappte Militärdiktatur gefallen wäre. Gleichzeitig nämlich beschloss eine Mehrheit von den Nationalliberalen bis zu den Sozialdemokraten, dass der Haushaltsausschuss auch bei Vertagung des Parlaments das Recht

haben würde, über die Außenpolitik und den Krieg zu beraten. Mit einer kaiserlichen Verordnung vom 4. November 1916 wurde der Ausschuss zum Hauptausschuss aufgewertet und tagte seither fast permanent. Die von der OHL geforderte Mobilisierung aller verfügbaren Arbeitskräfte^[113] für die kriegswichtige Produktion in Form des so genannten Hilfsdienstgesetzes^[114] sollte zudem in Abstimmung mit dem Parlament und den Verbänden erfolgen. Während der OHL eine Militarisierung der gesamten Bevölkerung vorschwebte, hatte die zivile Reichsleitung eine Beschränkung auf eine allgemeine Arbeitspflicht erreicht. Das Parlament setzte zudem noch die Einrichtung von Arbeiterausschüssen in den betroffenen Betrieben durch. Außerdem wurden von Arbeitgebern und Arbeitnehmern paritätisch besetzte Einigungsämter eingesetzt.^[115]

Friedensresolution und innenpolitische Radikalisierung

Dennoch war die Macht der OHL beträchtlich. Ihr gelang es, gegen die zivile Reichsleitung den unbeschränkten U-Bootkrieg durchzusetzen.^[116] Inzwischen hatten die Blockade, die Umstellung auf kriegswichtige Produktion, Transportschwierigkeiten und andere Gründe zu einer seit der frühindustriellen Zeit unbekanntenen sozialen Not bis hin zu akutem Nahrungsmangel („Steckrübenwinter“ 1916/1917) und Hungerunruhen geführt.^[117] Auch dadurch stieg der politische Druck an. Die Linksliberalen ergriffen im März 1917 die Gelegenheit, um auf eine Parlamentarisierung des Reiches zu drängen. Dem schlossen sich Stresemann für die Nationalliberalen, Philipp Scheidemann im Namen der SPD und auch das Zentrum an. Bethmann-Hollweg versuchte, sich der neuen Lage anzupassen. Allerdings folgte ihm der Kaiser in seiner „Osterbotschaft“^[118] vom 7. April 1917 nur teilweise. Unter der kriegsmüden Arbeiterbevölkerung begannen Massenstreiks und die soeben neu gegründete USPD^[119], hervorgegangen aus der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, fand großen Zuspruch. Auch die nunmehrige Mehrheitssozialdemokratie (MSPD) verlangte ein deutlicheres Entgegenkommen. Als die Regierung ablehnend reagierte, ergriff Erzberger vom Zentrum die Initiative zu einer Friedensresolution des Reichstages, die in Beratungen zwischen Vertretern der Links- und Nationalliberalen, des Zentrums und der SPD entstand. Aus diesen Treffen ging der interfraktionelle Ausschuss von Linksliberalen, SPD und Zentrum hervor. Wegen der vermittelnden Haltung des Kanzlers begann auch die OHL sich gegen Bethmann-Hollweg zu wenden und beim Kaiser auf dessen Entlassung zu drängen.^[120] Als sich im Zusammenhang mit der Friedensresolution die Parteien von den Konservativen bis zu den Sozialdemokraten aus unterschiedlichen Gründen gegen den Kanzler aussprachen, war die Position Bethmann-Hollwegs nicht mehr zu halten.^[121]

Nachfolger wurde überraschend Georg Michaelis. Dieser erwies sich als kaum in der Lage, den diktatorischen Bestrebungen der OHL entgegenzutreten. Da sich die Militärs dagegen aussprachen, hatte etwa die Friedensresolution des Reichstages ebenso wenig praktische Bedeutung wie die Friedensinitiative des Papstes von 1917. Die Initiative des Reichstages, die sich für einen Verständigungsfrieden ohne Annexionen aussprach, führte allerdings dazu, dass sich auf der politischen Rechten eine neue Sammlungsbewegung bildete. Die Deutsche Vaterlandspartei^[122], maßgeblich von Wolfgang Kapp gegründet, hatte 1918 etwa 300.000 Mitglieder und agitierte für einen siegreichen „Hindenburgfrieden“ mit zahlreichen Annexionen. Auch die Unterstützung der Behörden für die Vaterlandspartei kostete den Reichskanzler das Vertrauen des Parlaments. Sein Nachfolger wurde der ehemalige bayerische Ministerpräsident Georg von Hertling. Dieser musste auf Druck der Parteien den Fortschrittliberalen Friedrich von Payer zum Vizekanzler machen und sich auf ein Programm des Parlaments verpflichten lassen. Hertling blieb allerdings Gegner einer Parlamentarisierung des Reiches und ging Konfrontationen mit der OHL aus dem Weg. Diese setzte nach der Oktoberrevolution im Osten die militärische Besetzung weiterer Gebiete durch. Damit hintertrieb die militärische Führung auch jede Möglichkeit, mit den Gegnern im Westen zu einem Verständigungsfrieden zu kommen.^[123]

Oktoberreformen und das Ende der Monarchie



„Der Kaiser hat abgedankt. [...] Das alte und morsche, die Monarchie ist zusammengebrochen. Es lebe das Neue. Es lebe die deutsche Republik!“^[124] Der SPD-Politiker Philipp Scheidemann ruft auf dem Westbalkon (zweites Fenster nördlich des Portikus) des Reichstages am 9. November 1918 die Republik aus.



Flucht Wilhelms II. am 10. November 1918: Der vormalige Kaiser (Bildmitte bzw. vierter von links) auf dem Bahnsteig des belgisch-niederländischen Grenzübergangs Eysden kurz vor seiner Abreise ins niederländische Exil

Immerhin blieb das Bündnis aus MSPD, Linksliberalen und Zentrum als Gegenpol zur OHL erhalten. Allerdings gab es zwischen den Parteien erhebliche Konflikte. Als Ende Januar 1918 Hunderttausende von Arbeitern gegen die Unterbrechung der Verhandlungen in Brest-Litowsk streikten^[125], traten führende Sozialdemokraten wie Scheidemann, Friedrich Ebert und Otto Braun in die Streikleitung ein. Dies rief unter den bürgerlichen Parteien erhebliche Kritik hervor. Als nach dem Durchbruch der Alliierten bei Amiens am 8. August 1918 immer deutlicher wurde, dass der Krieg verloren sein würde, hat die Parlamentsmehrheit letztlich auch mit Zustimmung des Zentrums Hertling gestürzt und forderte die endgültige Parlamentarisierung des Reiches.^[126] Parallel sahen auch Teile der Regierung und schließlich auch Hertling selbst die Notwendigkeit von Konzessionen, um einer Revolution zuvorzukommen. Bereits am 14. August 1918 hatte die OHL die militärische Lage als aussichtslos eingestuft und forderte am 29. September die Ausarbeitung eines Waffenstillstandsangebots.^[127] Dies sollte durch eine parlamentarische Regierung geschehen, um so die Verantwortung für die Niederlage den Parteien zuweisen zu können. Der Kaiser konnte angesichts dieses Drucks von allen Seiten nur noch zustimmen. Gebildet wurde daraufhin eine Koalition aus MSPD, Fortschrittlicher Volkspartei und Zentrum und dem Prinzen Max von Baden als Reichskanzler. Noch vor der offiziellen Ernennung setzte die OHL durch, dass die neue Regierung unmittelbar nach Amtsantritt bei Präsident Woodrow Wilson um einen Waffenstillstand nachsuchen sollte, um so die vor dem Zusammenbruch stehende Armee noch retten zu können. Als die OHL Ende Oktober einen Rückzieher machte, entließ Kaiser Wilhelm II. Ludendorff, während Hindenburg im Amt blieb. Am 26. Oktober 1918 hat der Reichstag die Parlamentarisierung des Reiches auch offiziell durch Gesetze (Oktoberreform) vollzogen. Bereits am 15. Oktober hatte das preußische Abgeordnetenhaus das Ende des Dreiklassenwahlrechts beschlossen.^[128] Die Reformen kamen freilich zu spät, um das Kaiserreich noch retten zu können. Der Flottenbefehl vom 24. Oktober 1918 zum Auslaufen der Flotte gegen die überlegene Royal Navy löste einen Matrosenaufstand aus, der sich innerhalb weniger Tage zur Revolution, der Novemberrevolution entwickelte. In zahlreichen deutschen Städten wurden Arbeiter- und Soldatenräte gegründet. Kurt Eisner rief in München den Freistaat Bayern aus. Die Revolution erfasste am 9. November auch Berlin, wo Reichskanzler Max von Baden aus Sorge vor einem radikalen politischen Umsturz eigenmächtig die Abdankung des Kaisers bekannt gab und die Reichskanzlerschaft auf den Vorsitzenden der SPD, Friedrich Ebert, übertrug. Am Nachmittag desselben Tages rief Philipp Scheidemann die Deutsche Republik aus. Karl Liebknecht vom Spartakusbund proklamierte die Freie Sozialistische Republik Deutschland. Der Kaiser wurde von Vertrauten zur Abdankung gedrängt, um die Situation zu entschärfen und evtl. die Monarchie zu retten. Am 10. November begab er sich ins niederländische Exil. Die meisten anderen deutschen Fürsten dankten freiwillig ab. Der letzte monarchische Teilstaat war dabei das Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen mit der Residenzstadt Sondershausen, dessen Fürst Günther Victor am 25. November 1918 abdankte.

Das Kaiserreich in der Historiografie

Die Geschichte des Kaiserreichs wurde seit ihrem Beginn nicht zuletzt vor dem Hintergrund der jeweiligen politischen Situation immer wieder unterschiedlich interpretiert. Nach der Gründung des neuen Reiches dominierte zunächst eine preußisch-kleindeutsche Interpretationslinie. Der Basler

Deutsche Geschichte (JR 313)

Historiker Jacob Burckhardt befürchtete schon 1871, dass nun „die ganze Weltgeschichte von Adam an siegesdeutsch angestrichen und auf 1870 bis 1871 orientiert sein wird.“^[129] Tatsächlich haben die einflussreichen Historiker Heinrich von Sybel und Heinrich von Treitschke die bisherige deutsche Geschichte auf die Reichseinigung zulaufen lassen und dabei die Rolle Preußens betont. Im Gegensatz etwa zu Johann Gustav Droysen traten bei diesen nationalliberalen Interpreten die liberaldemokratischen Hoffnungen zurück. Stattdessen wurde die Macht des Nationalstaates und der Genius von Bismarck hervorgehoben. Diese Interpretation blieb im Kern auch während des wilhelminischen Reiches führend.^[130]



Heinrich von Sybel

Vor allem während des Ersten Weltkrieges wurde von Historikern die Existenz eines deutschen Sonderweges behauptet, indem das Kaiserreich als bessere Alternative sowohl zu Demokratie und Kapitalismus des Westens, als auch zur autokratischen Herrschaft des Zaren beschrieben wurde. Negativ gewendet, etwa mit Hinweisen auf den deutschen Militarismus und übersteigerten Nationalismus, wurde die Sonderwegsthese bei den Alliierten aufgenommen.^[131]

Erst in der Weimarer Republik konnte das Kaiserreich als eine abgeschlossene Zeitepoche betrachtet werden. Dennoch blieb bis weit in die 1980er-Jahre kennzeichnend, dass die Geschichte des Kaiserreichs kontrovers vor dem Hintergrund der jeweiligen Zeit diskutiert wurde. Dabei gab es Schwerpunkte der Debatten. In den 1920er-Jahren stand die Kriegsschuldfrage im Zentrum.^[132] Neben einer dominanten Richtung, die sich gegen eine Kriegsschuld Deutschlands aussprach und das Kaiserreich weiterhin positiv bewertete, gab es eine Minderheit, die sich wie Johannes Ziekursch oder Eckart Kehr kritisch mit dem Kaiserreich auseinandersetzte.^[133] Während des Dritten Reiches gab es einerseits eine eher traditionelle nationalkonservative Deutung der Zeit seit 1871. Daneben gab es andererseits von der vom Regime geförderten Volkstumsgeschichte Kritik am „unvollendeten Reich.“ Eine vermittelnde Interpretation von Erich Marcks deutete die Bismarcksche Reichsgründung als eine erste Stufe der Nationalstaatsbildung, die Adolf Hitler vollendet habe.^[134]

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde eine Kontinuitätslinie von Bismarck über Wilhelm II. bis hin zu Hitler diskutiert. Allerdings dominierte dabei zunächst noch eine eher konservative Sichtweise. Theodor Schieder räumte vorsichtig gewisse Defizite des Staates ein, als er davon sprach, dass das Kaiserreich als Nationalstaat, als Verfassungsstaat und als Kulturstaat unvollendet gewesen wäre. Auch Gerhard Ritter erkannte einige Strukturprobleme, etwa bei der Einhegung des Militarismus, blieb insgesamt allerdings doch einer eher konservativen Traditionslinie verpflichtet. Nicht zuletzt versuchten die Darstellungen der Nachkriegszeit Deutschland in einen gesamteuropäischen Kontext einzubetten und die Sonderwegsthese so zu verwerfen. Ebenso wurde nach dem Krieg auch diskutiert, inwieweit die kleindeutsche Lösung von 1866 unausweichlich gewesen sei.^[135]

Das Kaiserreich erlebte seine Hochkonjunktur als Forschungsgegenstand ab den 1960er-Jahren, als mit der Fischer-Kontroverse wieder die Kriegsschulddebatte in den Vordergrund rückte. Dabei standen nicht nur die handelnden Personen, sondern – anknüpfend an die geschichtswissenschaftlichen Vorläufer aus den 1920er-Jahren – auch strukturelle Defizite des Reiches im Mittelpunkt. Diese Debatte ging in den 1970er- und frühen 1980er-Jahren in die von der Bielefelder Schule wieder aufgegriffene (negative) Sonderwegsthese über. Nicht zuletzt durch die kompakte Kaiserreichstudie von Hans-Ulrich Wehler (1973) kamen in den 1970er Jahren weitere Fragestellungen etwa über die Innere Reichsgründung, die Kolonialpolitik Bismarcks und schließlich nach der Modernität des Wilhelminischen Reiches hinzu. Für den Aufschwung spielte nicht zuletzt ein Generationswechsel in der Geschichtswissenschaft eine Rolle. Autoren wie Wehler, Wolfgang J. Mommsen, Gerhard A. Ritter, Heinrich August Winkler oder Jürgen Kocka hatten eine ganz andere, westlich geprägte, intellektuelle Sozialisation hinter sich als ihre Vorgänger.^[136]

Deutsche Geschichte (JR 313)

In den 1980er Jahren ließ die Konjunktur der Kaiserreichforschung deutlich nach. Lag der Anteil der Artikel zum Deutschen Kaiserreich in der Historischen Zeitschrift von 1966–1977 bei 27 % fiel er zwischen 1986 und 1990 auf unter 10 % ab. In der Zeitschrift Geschichte und Gesellschaft machte der Anteil zwischen 1975 und 1979 noch ein Drittel aus, zwischen 1995 und 1999 waren es nur noch ein Viertel.^[137] Auch die deutsche Wiedervereinigung rief kein verstärktes Interesse am Thema hervor. Wichtiger für das gesellschaftliche Selbstverständnis wurden die Debatten über die NS-Zeit und die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg. Mittlerweile ist das Kaiserreich ein „normaler“ Forschungsbereich neben zahlreichen anderen, der anders als in den 1960–1980er Jahren nicht mehr für breite fachwissenschaftliche oder gar gesellschaftliche Kontroversen sorgt. Dabei haben sich allerdings die methodischen Zugriffsweisen und behandelten Sachthemen ausgeweitet. In den 1990er Jahren kam es etwa zu einem neuen Interesse an politikgeschichtlichen und kulturgeschichtlichen Fragestellungen. Immer wichtiger wurden auch vergleichende Forschungen etwa zu Adel und Bürgertum, aber auch die Nationalismusforschung wurde verstärkt. Dabei kam es teilweise etwa in der Bürgertumsforschung zu Relativierungen früherer Auffassungen. Immer wichtiger wurden auch die regionalen Unterschiede im Kaiserreich und die Erforschung der „sozialmoralischen Milieus“. Insgesamt spielt das Kaiserreich, anders als in den 1970er Jahren, als Vorgeschichte des Dritten Reichs eine geringere Rolle, wichtiger wurde das Kaiserreich als ein Beispiel für den gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Wandel vor dem Hintergrund von Industrialisierung und Demokratisierung. An die Stelle der Sonderweg-Thesen trat tendenziell die deutende Einbettung in den gesamteuropäischen Kontext.^[138]

Reichskanzler des Deutschen Kaiserreiches

Name	Amtsantritt	Ende der Amtszeit
<u>Fürst Otto von Bismarck</u>	21. März 1871	20. März 1890
<u>Graf Leo von Caprivi</u>	20. März 1890	26. Oktober 1894
<u>Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst</u>	29. Oktober 1894	17. Oktober 1900
<u>Fürst Bernhard von Bülow</u>	17. Oktober 1900	14. Juli 1909
<u>Theobald von Bethmann Hollweg</u>	14. Juli 1909	13. Juli 1917
<u>Georg Michaelis</u>	14. Juli 1917	1. November 1917
<u>Georg Graf von Hertling</u>	1. November 1917	30. September 1918
<u>Prinz Max von Baden</u>	3. Oktober 1918	9. November 1918

Literatur

Überblicksdarstellungen

- Margaret Anderson, Sibylle Hirschfeld (Übersetzung): *Lehrjahre der Demokratie - Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich*. Stuttgart 2009 ISBN 978-3-515-09031-5
- Ewald Frie: *Das Deutsche Kaiserreich* (= Kontroversen um die Geschichte). Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2004, ISBN 3-534-14725-1.
- Klaus Hildebrand: *Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler*. Stuttgart 1996, ISBN 3-548-26557-X.
- Heinrich Hirschfelder, Wilhelm Nutzinger: *Das Kaiserreich 1871–1918*. 2.Auflage, Bamberg 1999, ISBN 3-7661-4632-7.
- Gerd Hohorst, Jürgen Kocka, Gerhard Ritter: *Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch Bd.2: Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870–1914*. München 1978, ISBN 3-406-05406-4.
- Matthew Jefferies: *Imperial Culture in Germany, 1871–1918*. New York und London 2003, ISBN 1-4039-0421-9.
- Wilfried Loth: *Das Kaiserreich. Obrigkeitsstaat und politische Mobilisierung*. München 1996, ISBN 3-423-04505-1.
- Martina G. Lüke: *Zwischen Tradition und Aufbruch. Deutschunterricht und Lesebuch im Deutschen Kaiserreich*. Frankfurt am Main 2007, ISBN 978-3-631-56408-0.

Deutsche Geschichte (JR 313)

- Sven Oliver Müller, Cornelius Torp (Hrsg.): *Das Deutsche Kaiserreich in der Kontroverse*. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2009, [ISBN 978-3-525-36752-0](#).
- Thomas Nipperdey: *Deutsche Geschichte 1866–1918. Arbeitswelt und Bürgergeist*. München 1990, [ISBN 3-406-34453-4](#).
- Thomas Nipperdey: *Deutsche Geschichte 1866–1918. Machtstaat vor der Demokratie*. C. H. Beck, München 1992, [ISBN 3-406-34801-7](#).
- Michael Stürmer: *Das ruhelose Reich. Deutschland 1866–1918*. Berlin 1983, [ISBN 3-442-75526-3](#).
- Hans-Peter Ullmann: *Das deutsche Kaiserreich 1871–1918*. Frankfurt 1995, [ISBN 3-518-11546-4](#).
- Volker Ullrich: *Die nervöse Großmacht. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs 1871–1918*. 5. Aufl., Frankfurt am Main 2004, [ISBN 3-596-11694-5](#).
- Volker Ullrich: *Deutsches Kaiserreich*. Fischer Kompakt. Frankfurt am Main 2006, [ISBN 3-596-15364-6](#).
- Hans-Ulrich Wehler: *Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918*. Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 1973, [ISBN 3-525-33542-3](#).
- Hans-Ulrich Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 3: Von der deutschen Doppelrevolution bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges. 1849–1914*. München 1995, [ISBN 3-406-32490-8](#).
- Heinrich August Winkler: *Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte 1806–1933*. Bd. 1, Bonn 2002, [ISBN 3-89331-463-6](#).

Ära Bismarck

- Wolfgang J. Mommsen: *Das Ringen um den nationalen Staat. Die Gründung und der innere Ausbau des Deutschen Reiches unter Otto von Bismarck, 1850 bis 1890*. Berlin 1993 (= Propyläen Geschichte Deutschlands 7/1), [ISBN 3-549-05817-9](#).

Wilhelminische Epoche

- Wolfgang J. Mommsen: *Bürgerstolz und Weltmachtstreben. Deutschland unter Wilhelm II. 1890 bis 1918*. Berlin 1995 (= Propyläen Geschichte Deutschlands 7/2), [ISBN 3-549-05820-9](#).
- John C. G. Röhl: *Kaiser, Hof und Staat. Wilhelm II. und die deutsche Politik* in der Google Buchsuche. C. H. Beck, München 1988 (TB 2002), [ISBN 978-3-406-49405-5](#).
- John C. G. Röhl: *Wilhelm II.*, C. H. Beck, München 1993–2008:
 - Band 1: *Die Jugend des Kaisers, 1859–1888* in der Google Buchsuche. München 1993, ²2001, [ISBN 3-406-37668-1](#).
 - Band 2: *Der Aufbau der Persönlichen Monarchie, 1888–1900* in der Google Buchsuche. München 2001, [ISBN 3-406-48229-5](#).
 - Band 3: *Der Weg in den Abgrund, 1900–1914*. München 2008, [ISBN 978-3-406-57779-6](#). (online-Rezension von Lothar Machtan, Institut für Geschichtswissenschaft, Universität Bremen auf [H-Soz-u-Kult](#))

Kaiserreich und Erster Weltkrieg

- Fritz Fischer: *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18* (1961), Droste 2000 (Nachdruck der Sonderausgabe 1967), [ISBN 3-7700-0902-9](#).
- Jürgen Kocka: *Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918*. Göttingen 1978, [ISBN 3-525-35984-5](#).
- Gunther Mai: *Das Ende des Kaiserreichs: Politik und Kriegführung im Ersten Weltkrieg*. München 1993, [ISBN 3-423-04510-8](#).